

Editorial

Klaus Poier / Judith Wilhelm

Der großartige Wahlsieg von Wolfgang Schüssel mit dem höchsten Zuwachs für eine Partei, den es je seit 1945 in Österreich gegeben hat, machte die ÖVP auch bundesweit wieder zu einer echten und großen Volkspartei. Dieser Wahlerfolg ist Verantwortung, Chance und Herausforderung und kann nur durch konsequente Politik langfristig abgesichert werden. Es gilt zu hinterfragen, welche Art von Politik und Parteistruktur geeignet ist, diesem Auftrag als Volkspartei im 21. Jahrhundert gerecht zu werden. Überhaupt stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Parteien im 21. Jahrhundert.

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist deutlich geworden, dass die Wählerlandschaft ungemein mobil geworden ist und dass veraltete Parteistrukturen nicht mithalten können. Medialisierung, Personalisierung, Individualisierung, Entsolidarisierung, Globalisierung etc. sind die bestimmenden Phänomene unserer Zeit, die an der Politik, ihren Akteuren und ihren Institutionen nicht spurlos vorbeigehen, im Gegenteil: Sie verändern sie nachhaltig und machen weitreichende Adaptierungen notwendig, jedenfalls, um erfolgreich zu sein.

Wie sollen Parteien – speziell Volksparteien – daher unter den Bedingungen der Mediengesellschaft im 21. Jahrhundert aussehen, welche Aufgaben haben sie? Wie sollen sie organisiert sein, welche Binnenstrukturen sollen sie aufweisen? Welche Entscheidungsmechanismen sind zweckmäßig und effektiv? Wie sollen politische Parteien heute finanziert werden? Welche Veränderungen etwa hinsichtlich von Spenden und Mitgliedsbeiträgen wären parteiintern sowie auf gesetzlicher Ebene sinnvoll? Wie sollen Wahlkämpfe zugeschnitten und durchgeführt werden? Was ist das Erfolgsgeheimnis einer „Partei 21“? Diesen Fragen soll in diesem Politicum eingehend nachgegangen werden. Freilich sind diese speziell auf Parteien zugeschnittenen Problemstellungen untrennbar eingebettet in den großen Komplex der Staats- und Demokratiereform. Auch diese Aspekte

müssen und werden daher in den einzelnen Beiträgen angesprochen. Die Diskussion um eine grundsätzliche und tiefgehende Staatsreform ist derzeit in Österreich auch in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Ein österreichischer Verfassungskonvent – ein Vorschlag des derzeitigen steirischen Bundesratspräsidenten Herwig Hösele, der auch Initiator dieser Politicum-Nummer war – könnte sich schon bald mit den Grundfragen unseres Zusammenlebens in Österreich und der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beschäftigen. Einige der wichtigsten Themen eines solchen Verfassungskonvents – Föderalismusreform, Kompetenzverteilung, Wahlrecht, Direkte Demokratie etc. – werden auch in mehreren Beiträgen dieses Politicum näher erläutert und mit den Anforderungen an die „Partei 21“ verknüpft.

Autoren dieses Politicum sind Politiker, Wissenschaftler und Journalisten, die jeweils aus ihrem eigenen Zugang treffende und spannende Analysen sowie Reform- und Entwicklungsthesen formulieren. Ihnen gilt unser großer Dank für die hervorragenden Beiträge, die dieses Politicum zu einem abgerundeten und äußerst inhaltsreichen Heft machen. Für das Erscheinungsbild und die bewährte Layoutierung danken wir Frau Mag. Christiane Kada und Herrn Edi Höller. Unser Dank gilt ebenso Frau Heike Kopp für die organisatorische Mithilfe.

Für die „Partei 21“ gibt es sicher nicht das eine Erfolgsrezept. Wir sind jedoch sicher, dass die Beiträge dieses Politicum zahlreiche Hinweise und Anregungen bieten, welche Anforderungen sich an politische Parteien unserer Zeit stellen, um im sozio-politischen Umfeld des 21. Jahrhundert erfolgreich zu sein. Der Wahlerfolg Wolfgang Schüssels war großartig, aber er ist auch schon Vergangenheit. Es reicht sicherlich nicht, sich darauf auszuruhen. Vielmehr gilt es schon jetzt, den Grundstein für die nächsten Erfolge zu legen. Einen Beitrag dazu soll dieses Politicum leisten.

05	Waltraud Klasnic	Volkspartei sein im 21. Jahrhundert
09	Herwig Hösele	Die Volkspartei und ihre Erneuerung
19	Hermann Schützenhöfer	„Gebt mir eure Stimme ...!“ Schüssels Volkspartei auf dem Weg zur modernen Sozialpartei
23	Wolfgang Mantl	Politische Parteien: prospektiver Blick und operative Kraft
33	Bernd Schilcher	In einem Land wie jedem anderen – Österreichs Parteien auf dem Weg zur europäischen Normalität
39	Warnfried Dettling	Ein paar Anmerkungen zur Zukunft bürgerlicher Parteien
43	Hubert Sickinger	Zustand und Reform der Parteienfinanzierung
49	Reinhold Lopatka	Von der Parteien- zur Mediendemokratie
53	Andreas Schnider	Von Worten und Taten!
55	Christopher Drexler	Von der Traditionspartei zur Entscheidungsagentur
59	Judith Wilhelm	Was steht im Programm? Zur Programmarbeit politischer Parteien
61	Andreas Unterberger	Diktaturen auf Zeit
63	Alexander Purger	Die Parteireform ist schon passiert
65	Claus Reitan	Die Wähler ändern sich schneller als die Parteien
67	Hubert Wachter	Die Wahrheit ist zumutbar
69	Hans Rauscher	Die Stunde der Modernisierer
71	Claus Albertani	Vom vergeblichen Warten auf den großen Wurf
73	Klaus Poier	Wahlrechtsreform oder Rückkehr zur österreichischen „Normalität“
86		Autorenverzeichnis

Volkspartei sein im 21. Jahrhundert

Waltraud Klasnic

Es wird zunehmend bewusst: Ein neues Jahrhundert ist angebrochen. Die Aufgaben des 21. Jahrhunderts können nicht mit den Ritualen und Methoden des 20. Jahrhunderts bewältigt und gestaltet werden. Das gilt in allen Bereichen, das gilt insbesondere auch in der Politik. Ein neuer Stil ist gefragt. Ein neuer Umgang mit den Menschen, ein neuer Zugang zu den Menschen. Die tragenden Werte werden uns auch den Weg in die Zukunft weisen. Sie zu verwirklichen aber verlangt neue Methoden und Strukturen. Der spannende Wandel, ja Umbruch in der Politik und Parteienlandschaft, wie er auch in den Wahlergebnissen der letzten 15 Jahre zum Ausdruck kommt, unterstreicht das.

Wir leben in einer Mediengesellschaft. Manche Menschen glauben, dass die Schlagzeile des Tages wichtiger ist, als eine langfristige Orientierung. Wir brauchen beides: Sensibilität für die Erfordernisse der Zeit, aber gleichzeitig auch eine längerfristige Orientierung und Perspektive. Die Suche nach Antworten auf die Frage, wie wollen wir in 10, in 20 Jahren leben?

Und es ist meine feste Überzeugung: Gerade auch in einer Mediengesellschaft und in einer Gesellschaft der Kommunikation über Handy und Internet ist der persönliche Kontakt unersetzlich. Das Handy kann die Hand nicht ersetzen, Fernsehen und Internet können nicht das persönliche Gespräch, den Dialog ersetzen. Gerade in der virtuellen Welt wächst das Bedürfnis nach glaubwürdigen und verantwortungsvollen politischen Menschen, die sich auch persönlich stellen.

Diese Umbrüche bedeuten nicht, dass bewährte Strukturen beseitigt werden sollen. Wir müssen nur mutig Fragen stellen, damit wir Bewährtes von Überkommenem, Tragfähiges von Verkrustet-Brüchigem unterscheiden und die Strukturen so erneuern können, dass sie zukunftsfest sind. Strukturen, wenn sie tragfähig sind, geben nämlich auch Sicherheit im notwendigen Wandel. Sicherheit, die wir brauchen, auch als Fundament für Neues.

Die Demokratie ist das wichtigste Prinzip und Methode der Zukunftsgestaltung. Demokratie braucht Parteien. Demokratie und Parteien brauchen Ideen, also Programme und Persönlichkeiten.

Volkspartei sein ...

Die Volkspartei – ein großer, anspruchsvoller, programmatischer Name. Mitten im Volk zu sein, die Sehnsüchte und Wünsche, Problemstellungen, Hoffnungen der Menschen aufzuspüren, aufeinander zuzugehen, miteinander zu reden und zu arbeiten, das ist Volkspartei sein. Wir nehmen die Sorgen, Nöte und Ängste ernst. Nicht Angst machen, sondern realistische und hoffnungsvolle Perspektiven zeigen, ist unsere Aufgabe.

Die Volkspartei lebt. Volkspartei sein heißt auch Partei ergreifen für die Bedürfnisse des Volkes, insbesondere auch für jene, die nicht so stark sind, die zu kurz zu kommen drohen.

Volkspartei sein heißt Partei der Mitte sein. Eine Politik mit Herz und Verstand zu gestalten, eine Politik, die den konkreten Menschen im Mittelpunkt hat.

Eine lebendige Volkspartei lebt mitten im Volk, erfasst das Lebensgefühl der Menschen.

Volkspartei sein stellt auch den Anspruch, ein Programm und ein Konzept für die ganze Bevölkerung zu haben, für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für alle Berufsgruppen, für alle Bereiche der Gesellschaft.

Volkspartei sein heißt grundsatz- und wertorientiert, sozial, liberal, aufgeschlossen, verantwortungsbewusst und seriös, nachhaltig und dynamisch, heimat- und traditionsverbunden, europäisch und weltoffen sein – geleitet von den tragenden Grundsätzen der christlichen Demokratie und des Humanismus.

Volkspartei sein heißt, von einem christlich-humanistischen Menschenbild und der Gestaltung der Gesellschaft und der Welt nach menschlichem Maß

auszugehen. Volkspartei sein heißt, Leistung und Solidarität gehören für uns zusammen. Wenn die Volkspartei Standort sagt, meinen wir die Stärkung des Wirtschaftsstandortes, aber darüber hinaus den Lebensstandard im umfassenden Sinn, in dem der Mensch Geborgenheit, Sicherheit, Lebensqualität, eine lebenswerte Um- und Mitwelt hat.

Steirische Volkspartei sein heißt, insbesondere auch für die Steiermark, die Steirerinnen und Steirer, Partei zu ergreifen, die Steiermark-Partei zu sein.

Wir waren in der Steiermark immer eine große Volkspartei, wir sind am 24. November 2002 auch österreichweit wieder eine große Volkspartei geworden. Dies ist eine große Verantwortung, Verpflichtung und Chance, der wir gerecht werden wollen und die wir nützen wollen.

Volkspartei sein heißt daher auch, eine in den Ländern zutiefst verwurzelte Partei sein. Aus den Ländern und Gemeinden wächst die Kraft der Volkspartei. Hier waren wir immer stark, hier sind wir stark und hier werden wir stark sein, in guten wie in weniger guten Zeiten. Denn wir gestalten bürgernahe Politik an den Wurzeln. Gerade in einer Zeit, in der die Sehnsucht nach Heimat und Geborgenheit, die nichts mit Provinzialität zu tun hat, wächst.

Die Steirische Volkspartei als Vorausdenkerin

Die Steirische Volkspartei war stets erfolgreich um sinnvolle Erneuerungen, um einen positiven Beitrag zu einem neuen politischen Stil und einer neuen politischen Kultur bemüht.

Viele Vorschläge wurden in den letzten Jahrzehnten eingebracht. Nicht nur zur ÖVP-Reform auf Bundesebene schon in den fünfziger Jahren, sondern insbesondere auch zur Erneuerung der politischen und demokratischen Strukturen Österreichs.

So versammelte Landeshauptmann Josef Krainer I bereits vor vier Jahrzehnten in der „Neuen österreichischen Gesellschaft“ kritische Politiker, Wissenschaftler und Publizisten, um Reformvorschläge zu lancieren.

So waren wir das erste Bundesland, das Vorwahlen durchgeführt hat.

Wir waren ebenso das erste Bundesland, das einen weisungsgebundenen Landesrechnungshof eingeführt hat, der in vielen Ländern Nachahmung fand.

Wir waren das erste Bundesland, das ein Volksrechtsgesetz mit den weitestgehenden Bürgermitbestimmungsrechten beschlossen hat.

Wir haben seit 1990 strenge Unvereinbarkeitsregeln und Ämterkumulierungsbeschränkungen.

Seit Anfang der neunziger Jahre haben wir uns intensiv neue Vorschläge im Wahlrecht überlegt.

Zukunftsprogrammatik

Vorausdenken, Querdenken, Visionen und Perspektiven entwickeln, Anstöße geben, das hat seit 1972 die Qualität der Denkwerkstätte des „Modell Steiermark“ immer wieder ausgemacht. Wir pflegen die Diskussionskultur, denn offene, seriöse und ehrliche Diskussion ist gerade jetzt besonders wichtig. Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir in Österreich verstärkt wieder das Diskutieren und miteinander Reden lernen müssen.

In diesem Zusammenhang besonders wichtig ist die Offenheit für neue, auch unbequeme Ideen und Personen, um die wir uns immer bemühen. Diese dauernde Öffnung und Einladung auch an Parteiungebundene, Querdenker und Quereinsteiger ist besonders wichtig als „Frischzellenkur“.

Viele neue Politikansätze wurden und werden in der Steiermark modellhaft erdacht – so auch die ökosoziale Marktwirtschaft.

Das „Modell Steiermark“ ist damit die konsequenteste und kontinuierlichste Politikreform-Arbeitsgruppe Österreichs.

Wir sind jene politische Kraft, die die umfassendste Zukunftsprogrammatik für unsere Steiermark hat – mit dem sich ständig weiterentwickelnden Langzeitprogramm „Modell Steiermark“, mit unseren mittelfristigen Arbeitsprogrammen „Perspektive Steiermark“, mit den Initiativen und Konzepten des Landtagsklubs, nunmehr unter dem Dach des „Club Steiermark 2010“. Darüber hinaus habe ich als Landeshauptmann unter dem Motto „Miteinander weiterarbeiten“ das erste umfassende Arbeitsprogramm für Landtag und Landesregierung vorgelegt, das wir Schritt für Schritt umsetzen. Die Initiative „Kind(Er)Leben“ hat einen Langfristhorizont der Generationenverantwortung 2050.

Die Steiermark ist für uns Heimat und Zukunftsregion. Arbeiten, weiterdenken und weiterarbeiten, Kreativität fördern und Visionen entwickeln, sind für uns eine Einheit. Das Wichtige ist, dass wir nicht

Konzepte vom „grünen Tisch“ aus entwickeln, sondern, dass sie gelebt und auf breiter Basis diskutiert und umgesetzt werden. Die Aktion „Vor Ort am Wort“, die der seit 2001 im Amt befindliche Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Bundesrat Dr. Andreas Schnider entwickelt und am 14. Februar 2002 gestartet hat, ist beispielhaft für den notwendigen neuen politischen Stil und die politische Kultur, die wir im 21. Jahrhundert brauchen. „Vor Ort am Wort“ ist die größte Ideen- und Zukunftswerkstatt in den über 540 Gemeinden unseres Landes mit über 5.000 Ideenträgerinnen und -trägern unseres Landes gewesen.

Kultur der Begegnung als politischer Stil des 21. Jahrhunderts

Andreas Schnider hat diesen neuen politischen Stil und diese neue politische Kultur des 21. Jahrhunderts bereits in vielfacher Weise präsentiert. So wie ich auch für die Zeit vor der Landtagswahl 2000 den Begriff des Wahl-„kampfes“ bewusst nicht verwendet habe, weil Wahlzeit für mich die Zeit der besonders intensiven positiven Argumentation des Wettstreits der besseren Konzepte, Ideen und Personen sein soll, hat Andreas Schnider die Wahlbewegung zur Nationalratswahl am 24. November 2002 für unsere Steiermark gezielt als „Wahlzeit“, als Kultur der Begegnung konzipiert, deklariert und realisiert: Eine Wahlbewegung, die auf das Positive setzt und auf die Verunglimpfung und das Schlechtmachen des politischen Gegenübers verzichtet. Vertreter anderer politischer Parteien sind keine Gegner, sie sind Mitbewerber. Nur mit einem positiven Stil kann das Vertrauen in die Politik und in die Parteien gestärkt werden. Es soll dies auch ein Anstoß für eine neue positive Gesprächs- und Diskussionskultur in der Politik des 21. Jahrhunderts sein.

Für die Parteien des 21. Jahrhunderts wünsche ich mir

- einen neuen Stil des Gesprächs mit den Bürgern, des Gesprächs der Parteien untereinander, der nicht verletzt, sondern zur Mitgestaltung einlädt; ein Miteinander, in dem um die besten Lösungen

und Ideen gerungen wird, in dem nicht ein Gedanke, nur weil er vom anderen ist, gleich abqualifiziert wird. Die Konfrontation um jeden Preis ist aus meiner Sicht der Stil des vorigen Jahrhunderts,

- das Wissen, dass sie nicht das Ganze, sondern nur ein Teil sind, und dass sie auch Demut und Respekt haben müssen.

Wir sind Volkspartei

Für die Volkspartei des 21. Jahrhunderts wünsche ich mir, dass wir auf allen Ebenen jene Kandidatinnen und Kandidaten nominieren, wählen und präsentieren, die die besten sind, ganz gleich, woher sie kommen, und nicht, dass wir Kandidatinnen und Kandidaten nur nominieren, weil eine bestimmte Gruppe ein Nominierungsrecht hat.

Daher auch, dass mehr Frauen, mehr Vertreter der jungen und der älteren Generation die Chance haben, sich einzubringen, auf unseren Kandidatenlisten beginnend auf Gemeindeebene.

Dass wir Volkspartei leben, dass wir sagen, wir alle sind Volkspartei, und nicht dann, wenn uns etwas nicht gefällt, der Meinung sind, die ändern von der Volkspartei sollen's machen, sondern, dass wir wissen, „wir gemeinsam sind Volkspartei“.

Der großartige Wahlsieg von Wolfgang Schüssel mit dem höchsten Zuwachs für eine Partei, den es je seit 1945 in Österreich gegeben hat, hat die ÖVP auch bundesweit wieder zu einer echten und großen Volkspartei gemacht. Dieser Wahlerfolg ist Verantwortung, Chance und Herausforderung und kann nur durch konsequente Politik langfristig abgesichert werden. Es gilt zu hinterfragen, welche Art von Politik und Parteistruktur geeignet ist, diesem Auftrag als Volkspartei im 21. Jahrhundert gerecht zu werden. Überhaupt stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Parteien im 21. Jahrhundert. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ist deutlich geworden, dass die Wählerlandschaft ungemein mobil geworden ist und dass veraltete Parteistrukturen nicht mithalten können. Wie sollen Parteien unter den Bedingungen der Mediengesellschaft im 21. Jahrhundert aussehen, welche Aufgaben haben sie?

Die Volkspartei und ihre Erneuerung

Herwig Hösele

Analyse der Nationalratswahl vom 24. November 2002

Mit dem großartigen Wahltriumph von Wolfgang Schüssel – dem größten Wahlsieg seit 1945 – wurde die Volkspartei österreichweit wieder zu einer echten großen Volkspartei. Erstmals seit 1983 gab es wieder Stimmenzuwächse, noch dazu mit einem Rekordgewinn von über 833.000 Stimmen von 1,24 Millionen auf 2,07 Millionen und einem Plus von 15,39 Prozentpunkten. Erstmals seit 1966 hat die Volkspartei bei einer Nationalratswahl wieder die Mehrheit erzielt. Dieser riesige Wahlerfolg ist Verantwortung, Chance und Herausforderung zugleich, sich als Volkspartei im 21. Jahrhundert zu etablieren und belegt gleichzeitig die Richtigkeit der Entscheidung, im Jahr 2000 die Wende mit der FPÖ gewagt zu haben, nachdem es zuerst Jahre des Niedergangs als Zweiter in der großen Koalition gab. Die Dimension des Wahltriumphes von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel macht die Nachwahlstudie von Univ.-Prof. Dr. Fritz Plasser und Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram, „Analyse der Nationalratswahl 2002 – Muster, Trends und Entscheidungsmotive“, deutlich, aus der nun einige wichtige Ergebnisse zitiert werden sollen:

- „Dies bedeutet in längerfristiger Perspektive, dass
- die ÖVP ihre Verluste seit 1986 im Jahr 2002 mehr als wettmachen konnte,
 - die SPÖ nach wie vor deutlich unter ihrem Stand von 1986 liegt (2002 war das zweitschlechteste Wahlergebnis in der Geschichte der SPÖ überhaupt),
 - und insbesondere nur einen Bruchteil jener Wähler, den sie 1986-2002 an die FPÖ verloren hatte, wieder zurückgewinnen konnte,
 - während die Mehrheit jener Wähler, die 1986-1999 von der SPÖ zur FPÖ gewechselt hatten, nunmehr die ÖVP wählten.

Wechselwähleranteil (party changers) bei Nationalratswahlen (1979-2002)

In Prozent der Wähler und Wählerinnen haben diesmal eine andere Partei gewählt

NRW	Anteil der party changers
1979	7
1983	10
1986	16
1990	17
1994	19
1995	20
1999	18
2002	22

Quelle: FESSEL-GfK, Nachwahlbefragungen bzw. Exit-Polls (1986–2002).

Vergleicht man die soziodemographische Struktur der Wechselwähler mit jener des gesamten Elektorats, so zeigt diese flexible Gruppe

- einen etwas überdurchschnittlichen Männeranteil (85%),
- ein vergleichsweise junges Profil (58% sind unter 45 Jahre alt und weitere 29% entfallen auf die 45-59-Jährigen),
- einen hohen Anteil an ‚white collars‘ (46% entfallen auf Angestellte und Beamte)
- sowie überdurchschnittlich viele Maturanten und Akademiker (36%), aber auch Personen mit mittlerer Schulbildung (50%).

Wahlverhalten nach soziodemographischen Gruppen

In Prozent haben

2002 gewählt ...	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Männer	32	44	12	7
berufstätige Männer	30	44	14	8
nicht berufstätige Männer	14	26	14	36
Pensionisten	42	46	9	1

In Prozent haben	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
2002 gewählt ...				
Frauen	40	40	8	10
berufstätige Frauen	37	40	9	11
nicht berufstätige Frauen	42	33	8	15
Pensionistinnen	44	46	5	2
Alter				
Bis 29-Jährige	29	33	14	20
30-44-Jährige	35	42	11	9
45-59-Jährige	38	42	10	6
60-69-Jährige	42	46	7	2
70-Jährige und älter	41	52	6	0
Beruf				
Selbständige	15	60	16	7
Freie Berufe	19	55	6	16
Beamte, öffentlicher Dienst	39	41	7	12
Angestellte	37	37	11	12
Facharbeiter, Vorarbeiter	37	39	15	4
Arbeiter (un-/angelernt)	47	26	18	3
Landwirte	2	95	1	1
Pensionisten	43	46	7	2
Hausfrauen	44	38	11	8
in Schulausbildung	24	20	7	41

Quelle: FESSEL-GfK, Exit-Poll (2002).
Anmerkung: Rest auf 100% =
andere Parteien bzw. ungültig gewählt.

Veränderungen im Wahlverhalten soziodemographischer Gruppen 1999–2002

Veränderung in Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Männer	+1	+18	-20	+2
berufstätige Männer	±0	+18	-19	+3
Pensionisten	+1	+19	-19	±0
Frauen	+5	+13	-13	+1
berufstätige Frauen	+5	+14	-13	-1
Pensionistinnen	-1	+14	-14	±0
Alter				
Bis 29-Jährige	+4	+16	-21	+7
30-44-Jährige	+3	+19	-18	+1
45-59-Jährige	+7	+14	-11	+1
60-Jährige und älter	+3	+16	-15	±0
Beruf				
Selbständige, freie Berufe	+6	+17	-17	±0
Beamte, öffentlicher Dienst	+6	+11	-13	±0
Angestellte	+1	+14	-11	+2
Arbeiter	+6	+22	-31	+1
Landwirte	+2	+8	-9	-1
Pensionisten	±0	+16	-17	+1
Hausfrauen	+11	+12	-14	+2

Quelle: FESSEL-GfK, Exit-Poll (1999 und 2002).

Zu den wenigen konstanten Ergebnissen des Wahlergebnisses zählt der Überhang männlicher Wähler (57%) bei der FPÖ und jener weiblicher Wähler (60%) bei den Grünen. Während sich der Männer- und Frauenanteil in der ÖVP-Wählerschaft in etwa die Waage hält, ist die SPÖ-Wählerschaft mit 59% Frauenanteil stärker weiblich geprägt. Altersspezifisch gesehen, verfügen Grüne und FPÖ über eine vergleichsweise jüngere Wählerschaft als SPÖ und ÖVP.

Dramatisch ist wiederum die Veränderung des soziodemographischen Profils der ÖVP-Wählerschaft: ein knappes Drittel (18%) stellen die traditionellen Kerngruppen Selbständige und Landwirte, ein Drittel Angestellte (26%) und Beamte (6%), aber immerhin 12% Arbeiter, 27% entfallen auf Pensionisten. Unter den SPÖ-Wählern stellen Angestellte (30%) und Pensionisten (29%) die beiden stärksten Gruppen. Berufsspezifisch wird das FPÖ-Elektorat von Angestellten (32%) und Arbeitern (24%) dominiert, jenes der Grünen von Angestellten (39%) und Beamten (6%). Der nach wie vor hohe Arbeiteranteil der FPÖ-Wählerschaft darf freilich nicht den Blick auf die realen Größenordnungen verstellen: votierten 1999 47% der Arbeiter für die FPÖ, so waren es 2002 nur noch 16%.

Erwartungsgemäß dominierten in der Grün-Wählerschaft die Angehörigen der oberen Bildungsschicht (beinahe zwei Drittel waren Akademiker und Maturanten), überdurchschnittlich auch der Akademiker- und Maturanten-Anteil bei der Volkspartei (33%), bei der SPÖ und FPÖ machte diese Gruppe weniger als ein Viertel aus. Befragte mit mittlerer, sprich: Fachschulbildung stellten 55% der FPÖ, 50% der SPÖ und 47% der ÖVP-Wähler.

Strukturprofile der Parteiwählerschaften 2002

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Männer	41	49	57	40
Frauen	59	51	43	60
	100%	100%	100%	100%
18-29-Jährige	15	15	26	45
30-44-Jährige	30	31	34	33
45-59-Jährige	27	26	24	18
60-69-Jährige	18	17	11	4
70-Jährige und älter	9	10	5	0
	100%	100%	100%	100%

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Selbständige, freie Berufe	4	11	9	9
Landwirte	0	7	0	0
Beamte, öffentlicher Dienst	7	6	4	9
Angestellte	30	26	32	39
Arbeiter	17	12	24	6
Hausfrauen	11	8	9	8
Pensionisten	29	27	16	5
	100%	100%	100%	100%
Pflichtschulbildung	26	20	22	11
Fachschulbildung	50	47	55	26
Maturanten/Akademiker	24	33	23	64
	100%	100%	100%	100%

Quelle: FESSEL-GfK, Exit-Poll (2002).

Anmerkung zu den Berufsgruppen:

Rest auf 100% = in Ausbildung bzw. Rundungsdifferenzen.

Veränderungen im Wahlverhalten ausgewählter Wählergruppen: 18-29-Jährige (Jungwähler)

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
NRW 1986	39	33	12	11
NRW 1990	35	24	18	9
NRW 1994	31	19	25	12
NRW 1995	30	18	29	10
NRW 1999	25	17	35	13
NRW 2002	29	33	14	20

Quelle: FESSEL-GfK, Exit-Polls (1986–2002)“

Möglichkeiten der Konsolidierung des Wahlerfolges

Wie hat die Volkspartei mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die Chance, diesen großartigen Wahlerfolg zu konsolidieren und sich langfristig als große Volkspartei zu etablieren?

Gerade im Zeitalter einer Mediengesellschaft und einer zunehmenden Professionalisierung der Wahlkämpfe treten strukturelle parteiorganisatorische Voraussetzungen in diesem Zusammenhang immer mehr in den Hintergrund, attraktive Persönlichkeiten und ein gutes Programm in den Vordergrund. Dennoch ist es gerade Aufgabe von Parteien, die von 1945 an starke Parteistrukturen haben – insbesondere ÖVP und SPÖ – diese Strukturen zu optimieren und zukunftstauglich zu machen.

Die abnehmende Bedeutung der Parteimitgliedschaft bei gleichzeitig hohem Organisationsaufwand und -grad zeigt eine Studie, über die „Die Presse“ 2002 folgendermaßen berichtete: „Weltre-

kord bei Parteimitgliedern, aber kaum noch aktive Mitarbeiter: Österreichs Parteien stecken in der ‚Partizipationsfalle‘“. Rein statistisch dürfen sich die Parteikassiere freuen: In Österreich sind noch immer 15 Prozent aller Wahlberechtigten Mitglied einer politischen Partei, was klaren Weltrekord vor Finnland und Südafrika (jeweils zehn Prozent) bedeutet. Dieser Wert wird in einer kürzlich präsentierten Studie allerdings stark relativiert. Denn die Politikwissenschaftler Fritz Plasser und Peter Ulram belegen in ihrer Expertise („Das österreichische Politikverständnis“, Wiener Universitätsverlag) einen „ganz dramatischen Rückgang der politischen Beteiligungskultur“, wie es Plasser ausdrückt.

Demnach hat sich die Bereitschaft, für eine Partei Stimmung im Wahlkampf zu machen oder persönlich mit Politikern in Kontakt zu treten, in den letzten 25 Jahren halbiert. Haben 1974 noch 17 Prozent der Befragten zumindest manchmal versucht, Freunde oder Kollegen zur Wahl einer bestimmten Partei zu veranlassen, so waren es 2001 nur mehr acht Prozent. „Rund 40 Prozent der Parteimitglieder haben seit Jahren keine politische Veranstaltung mehr besucht“, schildert Plasser die „Partizipationsfalle“ der Parteien.

„Ecclesia semper reformanda est“ heißt einer der berühmten Wahlsprüche der katholischen Kirche. Er trifft auf alle Institutionen und Gruppierungen zu, im besonderen Maße auf die Volkspartei, die eigentlich seit 1945 stets auch Parteireformdebatten hatte – vor allem nach nicht befriedigenden Wahlausgängen. Was als Strukturdiskussion begann, degenerierte meist zur Obmann Diskussion.

Die Reformdiskussion in der Geschichte der Volkspartei

Einige Kostproben aus diesen Reformdebatten, in denen die Steiermark immer wieder auch eine Vordenkerrolle spielte, seien zitiert. Es begann schon 1945 bei der Gründung der Volkspartei mit dem ersten Landesparteiobmann Alois Dienstleder. Der Grazer Historiker Alfred Ableitinger schreibt darüber in dem im Dezember 2002 in der Haslauer-Bibliothek erschienenen Steiermarkband:

„In dem einen ging es weiter um die Organisationsstruktur, um Dienstleders Konzept einer selbständigen Partei einerseits, um den Primat der Bünde vor der Partei andererseits. Streitgegenstände

waren nach wie vor, wer Mitglieder werben und ihre Beiträge einheben dürfe, ferner, ob die Parteileitung von Delegierten direkt gewählt werden oder sich aus Personen zusammensetzen solle, die die Bünde in sie entsandten. Mit der in Salzburg erfolgten Nominierung Figls zum Bundesparteiobmann, die Raab massiv förderte, wurden die Weichen für den Primat der bündischen Parteistruktur gestellt.“

Insbesondere nach 1970, nachdem die Volkspartei auf Bundesebene die Mehrheit und den Bundeskanzler verloren hatte, gab es immer wieder große Parteireformdebatten. 1972 wurden die drei Bünde (Arbeiter- und Angestelltenbund, Bauernbund, Wirtschaftsbund) zu Teilorganisationen umgewandelt und ihnen formal die Junge ÖVP, die Frauenbewegung und später die Senioren „gleichberechtigt“ beigestellt.

Eine besonders kontrovers geführte Reformdebatte erlebte die Partei 1979, als der damalige Bundesparteiobmann Dr. Josef Taus eine empfindliche Wahlniederlage gegen den am Zenit stehenden sozialdemokratischen Sonnenkönig Bruno Kreisky einfahren musste. Taus selbst machte seine Weiterarbeit als Bundesparteiobmann unter anderem von folgenden Punkten abhängig:

„Es gibt nur eine direkte ÖVP-Mitgliedschaft. Der Bundespartei Vorstand bestimmt die Richtlinien für die Politik der ÖVP. Seine Mitglieder werden vom Bundesparteitag gewählt. Die bisher bestehenden selbständigen Teilorganisationen werden in Arbeitsgemeinschaften (Fraktionen) umgewandelt. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Auswahl der Kandidaten für die Interessensvertretungen und in der Betreuung der entsprechenden Zielgruppen.

Die bisherigen Büros der Teilorganisationen sind bei der Gesamtpartei zu integrieren. Die Arbeitsgemeinschaften der Partei werden auf Bundesebene in einem Parteihaus in Wien zusammengefasst. Auf Landes- und Bezirksebene sollen ebenfalls alle Büros in einem Gebäude zusammengelegt werden.

Der Mitgliedsbeitrag der ÖVP wird künftig von der Bundesparteileitung festgesetzt und von den Ländern eingehoben. Der Aufteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern wird von der Bundesparteileitung beschlossen. Die Zuteilung der Mittel an die Arbeitsgemeinschaften erfolgt auf Bundesebene durch die Bundesparteileitung, auf Landesebene durch die Landesparteileitungen.

Mit der Einhebung der Mitgliedsbeiträge ist die Führung einer zentralen Mitgliederkartei zu verbinden.“

Vorrang der Partei

Dies wurde Dr. Taus von der Partei nicht erfüllt, sodass Dr. Alois Mock Bundesparteiobmann wurde. In seiner „Wahlkapitulation“ nannte Mock im Frühsommer 1979 folgende Ziele:

„Es gilt den Gründungsauftrag der Volkspartei zu verwirklichen, nämlich für alle Bürger, für die gesamte Gesellschaft, für das ganze Volk da zu sein. Die Österreichische Volkspartei hat diesen Gründungsauftrag für die Ansprüche der achtziger Jahre zu erfüllen und ihre Wertvorstellungen, ihre christlich-demokratische, liberale und soziale Tradition für den einzelnen Bürger, für jeden Wähler und für jedes Mitglied verständlich darzustellen. Schon im Erwerb der Mitgliedschaft muss der Vorrang der Partei zum Ausdruck kommen. Man wird Mitglied der Österreichischen Volkspartei und kann diesen Beitritt mit einer zusätzlichen Beitrittserklärung zu einer Teilorganisation verbinden. Man leistet den Stammbeitrag der Volkspartei und kann von dieser Leistung nicht befreit werden. Man erhält einen einheitlichen Mitgliedsausweis als Beleg der Zugehörigkeit zur Volkspartei.“

Darüber hinaus gab es im Jänner 1980 eine Urabstimmung unter den ÖVP Mitgliedern an der sich 56,49% oder 472.519 Mitglieder beteiligten. Die Fragen 2, 4, 5, 6 und 7 brachten besonders interessante Ergebnisse:

Frage 2: ÖVP-Mitgliedschaft

Soll die Mitgliedschaft bei der Volkspartei so geregelt sein, dass man zuerst der Gesamtpartei beiträgt und erst dann einer Teilorganisation beitreten kann?

Ja: 59,75% (282.352)

Nein: 36,03% (170.227)

Enthaltungen: 4,22% (19.940)

Frage 4: Parteileitungen

Sollen die Mitglieder der Parteileitungen vom jeweils zuständigen Parteitag direkt gewählt werden?

Ja: 79,80% (377.085)

Nein: 14,89% (70.330)

Enthaltungen: 5,31% (25.104)

Frage 5: Leistungsnachweis

Sollen die Mandatäre, Kandidaten und Funktionäre zur Erbringung eines kontrollierbaren Leistungsnachweises verpflichtet werden (z.B. über Sprechstage, Haus- und Betriebsbesuche sowie Fortbildungskurse)?

Ja: 82,10% (387.935)
Nein: 13,66% (64.541)
Enthaltungen: 4,24% (20.043)

Frage 6: Ämterkumulierung

Sollen die Bestimmungen gegen Ämterkumulierung im Parteistatut verschärft werden?

Ja: 77,42% (365.835)
Nein: 15,90% (75.118)
Enthaltungen: 6,68% (31.566)

Frage 7: Persönlichkeitswahlrecht

Ja: 87,86% (415.170)
Nein: 7,73% (36.533)
Enthaltungen: 4,41% (20.816)

Imperativ der Jungen ÖVP: Parteierneuerung

Alois Mock rief auch eine große Parteierneuerungsdiskussion aus, an der sich die Junge ÖVP beteiligte. Die Junge ÖVP Steiermark unter dem damals scheidenden Landesobmann Hermann Schützenhöfer und dem neu zu wählenden Landesobmann Alfred Grinschgl arbeitete 1979 gemeinsam mit dem Autor dieses Beitrages sieben Thesen zur Parteierneuerung mit folgendem Kernsatz aus: „Die Gesamtpartei muß endlich Vorrang vor Bündeln und Teilorganisationen erhalten: Die Gesamtpartei muß in die Lage versetzt werden, von sich aus die Themen der Politik zu bestimmen und zu konkretisieren... In einem solchen Konzept können die Teilorganisationen die Schlagkraft der Organisation der Gesamtpartei verstärken und die Basis der Volkspartei verbreitern.“

Und der damalige Junge ÖVP Obmann und heutige Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Josef Pühringer, schrieb in einem Beitrag zur Parteierneuerung: „Alles was der Stärkung der Gesamtpartei und ihrer Schlagkraft dient, ist zu unternehmen! Die Bünde haben als Teilorganisationen in erster Linie die Aufgabe, als Fraktionen in den Interessensvertretungen (Kammern) aufzutreten, und im übrigen haben sie als Teilorganisation für die Gesamtpartei zu arbeiten und ihre Tätigkeit der Gesamtpartei unterzuordnen. Teilorganisation heißt nun einmal, Teil eines Gesamten zu sein, und erfordert Unterordnung. Es ist außerdem zu überprüfen, ob es sinnvoll ist, den bündischen Parteaufbau bis in die 500-Einwohner-Gemeinde durchzuziehen oder

ob nicht dadurch doch zuviel an Effizienz der Arbeit verloren geht (Funktionäreverschleiß – Sitzungsökonomie).“

Die Steirische Volkspartei als Motor der Erneuerung: 1989 ...

1989/90 stellte sich die Steirische Volkspartei wiederum an die Spitze der Reformbewegung, insbesondere nachdem äußerst unerfreuliche Verwicklungen und Ämterkumulierungen in der SPÖ beziehungsweise Arbeiterkammer Steiermark und im ÖGB deutlich wurden (Fall Rechberger) und die Frage der Ämterkumulierung und der Entartungserscheinungen der Selbstverwaltung aufbrachen. Österreichweit wurde immer stärker die Frage nach der Legitimität der so genannten Kammerpflichtmitgliedschaft gestellt. Die Steirische Volkspartei beschloss daher ein strenges Ämterentflechtungsmodell, das in § 28-6 des Landesparteiorganisationsstatuts nunmehr folgendermaßen formuliert ist: „...Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglieder des Bundesrates, Abgeordnete zum Landtag, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder der Landesregierung, des Stadtsenates der Landeshauptstadt Graz sowie Bezirksvorsteher in Graz dürfen nicht gleichzeitig folgende Funktionen ausüben:

- a) eine Spitzenfunktion in einer gesetzlichen Interessensvertretung (Kammer) in der Position eines Präsidenten oder Vizepräsidenten oder der vergleichbaren Funktion auf Landesebene bzw. eine Obmannfunktion auf Bezirksebene
- b) die Funktion eines Vorsitzenden der Landesexekutive des ÖGB sowie des Präsidenten der Industriellenvereinigung
- c) die Funktion eines Bürgermeisters einer Gemeinde mit mehr als 5.000 Einwohnern
- d) die Funktion eines Obmannes der Sozialversicherung oder eines Obmannes eines Überwachungsausschusses der Sozialversicherung
- e) die Funktion eines Obmannes der Landesorganisation von Genossenschaften
- f) die Funktion eines freigestellten Zentralbetriebsrates- oder Betriebsratsvorsitzenden oder eines freigestellten Personalvertretungsobmannes.“

Eine Haltung, die mittlerweile von maßgeblichen Exponenten der Bundes-ÖVP vertreten wird. So stellte

der damalige Klubobmann und heutige Nationalratspräsident Andreas Khol im Frühsommer 2001 fest: „Wir müssen die Funktionen entflechten. Wir in der ÖVP haben schon damit begonnen, dass Sozialpartner nicht mehr Nationalratsmandate haben.“ Und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel sagte zur selben Zeit: „Wichtige Sozialpartner wie Rudolf Schwarzböck oder Christoph Leitl haben für sich entschieden, dass es besser ist, wenn sie nicht mehr Parteipolitiker sind und im Parlament sitzen. In sehr vielen europäischen Ländern ist das bereits die ungeschriebene Regel.“

Das schafft Kammerpräsidenten interessenspolitischen Spielraum ohne Rücksichten auf parlamentarische Klubabstimmungs-Notwendigkeiten.

Die Steirische Landwirtschaftskammer war dann übrigens die erste Kammer Österreichs, die sich einer Urabstimmung stellte und eine glanzvolle Legitimation erhielt.

... 1994 ...

Nach der Nationalratswahlniederlage 1994 beschloss der Landespartei Vorstand der Steirischen Volkspartei ebenfalls wieder ein Erneuerungsprogramm für die österreichische Volkspartei mit folgenden neun Punkten:

„1. Urabstimmung

Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft in allen sozialpartnerschaftlichen Kammern.

2. Unvereinbarkeit

Neue Verfassungsregeln der Unvereinbarkeit zwischen Kammerfunktionären und politischen Mandataren. Seit Jahren sitzt für die steirische VP kein Kammerpräsident mehr im Landtag oder Nationalrat, seit Jahren sind Bürgermeister großer Städte nicht mehr in gesetzgebenden Körperschaften tätig.

3. Ethikkommission

Einrichtung einer politischen Ethikkommission, die öffentliche Empfehlungen zu Ämterentflechtung und vertretbaren Bezugshöhen gibt. So gibt es in der Steiermark das strengste Bezügegesetz Österreichs, das Mehrfacheinkommen und -pensionen ausschließt.

4. Soziale Selbstvorsorge

Umbau des Sozialstaates nach den Grundsätzen zumutbarer Eigenverantwortung und Selbstvorsorge.

5. Teilzeitarbeit

Verstärkte Einführung von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer, die sich der Familie widmen wollen.

6. Schulproporz

Abschaffung der Bestimmung in der Verfassung über den Parteienproporz im Schulwesen.

7. Bürgerfreundlichkeit

Schaffung bürgerfreundlicher Strukturen bei allen öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen.

8. Bundesstaatsreform

Rasche Verwirklichung der Bundesstaatsreform, die sämtliche Bereiche und Kompetenzen des staatlichen Handelns umfaßt.

9. Öko-Steuerreform

Zügige Vorbereitung einer ökologischen Steuerreform unter föderalistischem Gesichtspunkt. Erster Schritt: die Fernwärmeförderung im Interesse der Länder.“

... 1999: Wandel der Parteienlandschaft

Nach der Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 beschloss der Landespartei Vorstand der Steirischen Volkspartei eine Resolution mit folgenden Kerninhalten:

„Tiefgreifende Veränderung des politischen Systems ist Auftrag für mutige und offensive Erneuerungsschritte in Österreich und in der Steiermark.

Auftrag zur profilierten Fortsetzung des eigenständigen Kurses der Steiermark-Partei.

Das Wahlergebnis vom 3. Oktober 1999, aber auch der längerfristige Trend zeigen einen tiefgreifenden Wandel der Parteienlandschaft: Bei Bildung der großen Koalition nach der Nationalratswahl 1986 hatten ÖVP und SPÖ zusammen 84,4%, nach der Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 nur mehr 60,3% – ein Minus von 21,1%. Die absolute Stimmenzahl der beiden Parteien ging von 4,095.000 auf 2,638.000 zurück. Die SPÖ verlor 9,7% in diesem Zeitraum, die ÖVP 14,4%. Gleichzeitig stieg der Prozentanteil der FPÖ um 17,5% auf 27,2%.

Wählerrückgang: Alarmierendes Zeichen

Ausdruck des Protestes ist auch der Rückgang der Wahlbeteiligung. 1986 betrug die Wahlbeteiligung

noch 90,4%, 521.116 Wahlberechtigte gaben damals ihre Stimme nicht ab. Diesmal beträgt die Wahlbeteiligung nur mehr 76,19%, 1.390.263 gaben ihre Stimme am 3. Oktober 1999 nicht ab. Die Nichtwähler sind damit fast zur stärksten, jedenfalls zur deutlich zweitstärksten Partei Österreichs geworden. Auch das ist ein alarmierendes Protestzeichen.

Deutliche nichtsozialistische Mehrheit

Die dramatische Veränderung der österreichischen Parteienlandschaft zeigt sich auch in folgenden Zahlen: Hatte die SPÖ das letzte Mal noch 10% Vorsprung zur ÖVP, gibt es nunmehr durch die starken SPÖ-Verluste und die noch stärkeren Gewinne der FPÖ drei annähernd gleich starke Parteien. Die Verluste von SPÖ und ÖVP zeigen auch einen deutlichen Protest gegen Stil und öffentliches Auftreten der bisherigen Regierungskoalition. Zugleich ist mit dem heutigen Wahlergebnis die nichtsozialistische Mehrheit in diesem Land so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Die Entscheidung des Wählers ist ernst zu nehmen. Es kommen darin auch massiver Protest und deutliche Kritik zum Ausdruck. Beide Parteien haben heute das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte seit 1945 erzielt. Dies muss umfassende und tiefgreifende Konsequenzen haben, vor allem inhaltlicher Natur.

Umfassende Erneuerung ist notwendig

Das Wahlergebnis ist ein Auftrag zu einer umfassenden Erneuerung des politischen Systems in Österreich und zu einer umfassenden Erneuerung der Volkspartei. Dazu wird die Steirische Volkspartei ihren Beitrag ganz konsequent einbringen.

Es geht um ein modernes Erscheinungsbild einer modernen Volkspartei. Keine Verengung und keine Bevormundung, sondern Offenheit für individuelle Lebensformen in Verantwortung und mit Solidarität. Es geht um Mut zu Modernisierung und Liberalisierung und zu mehr Dynamik.

In allen Bereichen – von der Demokratiepoltik über das vielfältige und kreative Kulturleben, die Bildungsoffensive bis hin zum Engagement im Bereich Soziales, Menschenrechte, Dritte Welt – ist es vordringliches Anliegen der Steirischen Volkspartei, der Jugend Chance und Stimme zur Mitgestaltung und zum Einsteigen in die Gesellschaft zu geben.“

Der Politikstil des 21. Jahrhunderts

Nach der Bildung der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schüssel am 4. Februar 2000 konnte die Steirische Volkspartei ebenfalls in einer Erklärung des Landespartei Vorstandes am 7. Februar 2000 mit Genugtuung feststellen, dass wichtige Schritte zur Erneuerung des politischen Systems in Österreich getan wurden. Diese standen nun am 24. November 2002 am Prüfstand.

Was ist nun der Politikstil des 21. Jahrhunderts? Viel wurde von der notwendigen Konfliktaustragung gesprochen. Bemerkenswert und bedenkenswert scheinen aber Sätze des Politikwissenschaftlers Werner Jahn zu sein, der auch Mitglied der deutschen Hartzkommission war und der feststellt: „Aber modernes Regieren heißt nicht Experten Herrschaft, sondern kooperatives Aushandeln. Nicht Zentralismus, sondern Föderalismus. Nicht Hierarchie, sondern Mitbestimmung. Alle Länder, die uns in den vergangenen Jahren als vorbildlich gegolten haben – Holland, Schweden, die Schweiz – sind extreme Konsensgesellschaften.“

Auf die österreichische Situation heruntergebrochen weist der Kommentar von Alexander Purger am 21. Dezember 2002 in den „Salzburger Nachrichten“ in dieselbe Richtung: „In Wahrheit ist ein neues Zeitalter angebrochen: Die Wende 2000 und die im Grunde noch dramatischere Wende-Bestätigung des 24. November 2002 haben das politische System verändert. Alte Muster – auch alte Feindbilder – greifen nicht mehr. Nach zweieinhalb Jahren, die mehr einem versteckten Bürgerkrieg als einer Legislaturperiode geglichen haben, ist der politische Zirkus wieder einigermaßen zur Besinnung gekommen – statt Glaubenskampf heißt es jetzt: Gesprächsfähigkeit.“

„Die Zeit“ urteilt am 14. Februar 2002: „Politisches interessiert, die Politikerpolitik aber nicht.“

Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus all dem?

1. Attraktive Persönlichkeiten mit attraktiver Politik
Parteien des 21. Jahrhunderts, vor allem Volksparteien, reüssieren nur mit attraktiven, authentischen, glaubwürdigen Persönlichkeiten und einer attraktiven Politik.

2. Vielfalt im gemeinsamen Werteband

Fest steht heute, dass die ständische Bündestruktur der Volkspartei des Jahres 1945 allein nicht mehr die Lebenswirklichkeit des Jahres 2002 abbildet. Weder der Arbeiter oder Angestellte noch der Selbständige, noch der Bauunternehmer noch der Bauer definieren sich heute allein berufsständisch, sondern durch eine Vielzahl von Lebensinteressen – sei es als Konsument, sei es durch die diversen Lebensstile, viele Grenzen zwischen selbständig und unselbständig verschwimmen.

Auch wenn das teilorganisatorische Parteistruktur-element nach außen immer in den Hintergrund tritt, bei der Kandidatennominierung und auch bei der Parteienfinanzierung macht es sich noch immer deutlich bemerkbar.

Die höhere Mobilität im beruflichen und privaten Bereich, die Vielfalt der Lebensentwürfe, der Arbeits- und Lebensformen, die Individualisierung, Ausdifferenzierung, Fragmentierung und Segmentierung unserer Gesellschaft ist für Klassenkampf- und ständische Modelle ungeeignet. Gerade die Volkspartei als Partei, die Subsidiarität, Föderalismus, ein breites humanistisches Menschenbild und die Gesamtabbildung unserer Gesellschaft als Königsgedanken in sich hat, müsste auf die Anforderungen unserer modernen Gesellschaft die spannendste Antwort geben können. Nämlich von einem gemeinsamen Werteband ausgehend für die Vielfalt in der Einheit einzutreten. Entscheidend ist allerdings, diese Vielfalt nicht zu einer Werteindifferenz, Gleichgültigkeit und Beliebigkeit verkommen zu lassen, sonst erscheint die Volkspartei als eine Allerweltspartei. Entscheidender Fokus für dieses gemeinsame Werteband einer liberalen und offenen Partei, die diese Vielfalt in einer fruchtbaren Spannung zu integrieren vermag, sind glaubwürdige und attraktive Persönlichkeiten die eine ebensolche Politik gestalten. Eine solche Politik verlangt differenzierte Antworten, nicht Einheitslösungen.

3. Neue Form der Parteiveranstaltungen

Traditionelle Parteiveranstaltungen haben im Medienzeitalter etwas Archaisches, anachronistisch Verstaubtes an sich, wenn sie nicht spezifisch gestaltet werden. Das Referat des Abgeordneten über das, was die Spitzenpersönlichkeit im TV viel besser rübergebracht hat, ist der falsche Ansatz: Hintergrundinformationen, lokale Fragen, Rückkoppelung, Einsatz neuer Medien sind gefordert. Der seit 2001 agierende neue Landes-

geschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Dr. Andreas Schnider, hat mit großer Stilsicherheit eine Reihe neuer Veranstaltungstypen für eine politische Partei des 21. Jahrhunderts kreiert (z.B. „Vor Ort am Wort“, „Wahlzeit“ statt „Wahlkampf“).

4. Politik der Mitte

Eine Wählerstromanalyse des Sora-Instituts zeigt, dass 602.000 FPÖ-Wähler von 1999 im Jahr 2002 (also 50%) die ÖVP gewählt haben, 38.000 (= 12%) der Grünwähler und 43.000 (= 29%) der LIF-Wähler. Die Volkspartei hat also von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten beachtliche Stimmopotentiale erreicht (von der SPÖ waren es nur 21.000 Stimmen oder 1%). Mit diesen Wählerstimmen, vor allem im Zusammenhang mit den FPÖ-Stimmen wird von vielen „Leihstimmen“ gesprochen, gilt es sorgsam umzugehen. Der Auftrag kann also nur sein, eine moderne Mittelpolitik zu gestalten. Die Mitte ist attraktiver geworden: 57% der Österreicher siedeln sich 2001 in der Mitte an, 15% eher links, 11% eher rechts, während es 1976 erst 40% in der Mitte, 19% links und 26% rechts waren. Gleichzeitig hält sich die absolute Mehrheit, nämlich 51-52% für liberal, 7% für sehr liberal, während 36% sich als konservativ bzw. 2-3% als sehr konservativ definieren.

5. Besondere Aufmerksamkeit für Bildungsmilieu

Große Aufmerksamkeit muss die Volkspartei insbesondere auch dem „Bildungsmilieu“ zuwenden. Die österreichische Gesellschaft wird gemessen an den Schul- und Studienabschlüssen immer gebildeter. In den sogenannten höheren Bildungsschichten ist die Wechsel- und Grünwählbereitschaft besonders hoch. Betrug die Akademikerquote 1971 erst 3,8%, lag sie 2001 bereits bei 8,2%. Betrug der Maturantenanteil am Altersjahrgang 1971 erst 16,8%, war er 2001 bereits bei 37,3%, wobei die Frauen bereits mehr als die Hälfte stellen.

6. Nichtwähler beachten

Auch wenn bei den Nationalratswahlen 2002 die Wahlbeteiligung erfreulicherweise wieder angestiegen ist, muss längerfristig ein Trend zur rückläufigen Wahlbeteiligung beobachtet werden, wobei gilt: je urbaner die Wähler, desto geringer die Wahlbeteiligung (siehe Tabellen S. 81).

Am Beispiel der Steiermark: Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 83,9% 2002 lag nur der Wahlkreis Graz-Stadt mit 77,2% deutlich da-

runter, während alle anderen Wahlkreise bis zu 87,9% aufweisen. Unter den Bundesländern streute die Wahlbeteiligung 2002 zwischen 77,6% in Wien und 90,1% im Burgenland (Österreich-Schnitt 84,3%). Eine intensive Motivforschung und eine ebenso intensive Motivation der Nichtwählergruppen ist höchst wünschenswert.

7. Besonderer Stellenwert für urbanen Raum

Auch wenn die Grünen unter ihren Erwartungen abgeschnitten haben, so sind doch die Detailergebnisse sehr bedenkens- und bemerkenswert. Vor allem in den Städten ist der grüne Wähleranteil besonders hoch. In Wien kamen die Grünen auf 15%, in Innsbruck gar auf 19,2%, in Bregenz auf 17,3%, in Graz auf 14,5% und in Salzburg auf 15,4%. In den Städten sind die Grünen nach der ÖVP der zweite Wahlsieger. So wurde die ÖVP in Graz mit 40,1% (+17,8%), Salzburg 39,1% (+ 18,7%), Innsbruck 39,1% (+ 17,1%), Bregenz 37,8% (+ 10,6%) stärkste Partei und konnte in Wien mit einem Plus von 13,66% auf 30,65% eine ganz beachtliche Steigerung erzielen. Von den großen österreichischen Städten liegt die SPÖ nur in der Bundeshauptstadt mit 43,77%, Linz mit 47,2% sowie ganz knapp Klagenfurt 34,8% SPÖ zu 32,7% ÖVP voran. Besonderer Stellenwert ist daher dem urbanen Raum zu geben.

8. Anforderungsprofil für Politiker

Es geht auch um ein Anforderungsprofil für Politiker des 21. Jahrhunderts. Die zitierte Mitgliederbefragung der ÖVP 1980 (Frage 4) weist in die Richtung,

wobei unter den heutigen Bedingungen natürlich vielmehr und auch anderes zu fordern ist. In dem im November 1999 erschienenen Perspektive Steiermark-Programm „Politikreform – Reformpolitik“ heißt es: „Große Sorgen macht seit einiger Zeit das schwindende Ansehen von Politik und Politikern und die zunehmende Schwierigkeit, qualifizierte Persönlichkeiten für politisches Engagement zu gewinnen. Diese Kritik hat die steirische Nationalratsabgeordnete Cordula Frieser zum fordernden Aufschrei ‚Intelligenztest‘ gebracht. Was steht hinter dieser vielkritisierten Chiffre? Der Wunsch nach einem Anforderungsprofil für Politik und die Politiker im Sinne von mehr Kompetenz, Effizienz, Qualität, Glaubwürdigkeit und Flexibilität. Zu diesem Zweck wird die Steirische Volkspartei ein neues Auswahl- und Evaluierungsverfahren einrichten.“

Wie werden Wahlen gewonnen

Der US-Wahlkampf guru Dick Morris (The New Prince. Machiavelli updated for the 21st Century), verkündet folgenden Leitsatz: „Wahlen werden gewonnen über Personen, Zukunftskompetenzen, Werte und Vertrauensdimensionen, nicht über Einzelforderungen oder Programme.“

Wahlen zu gewinnen ist das operative Ziel einer Partei, um strategisch-inhaltlich die Richtung von Gesellschaft und Wirtschaft zu beeinflussen. Die Volkspartei des 21. Jahrhunderts hat alle Chancen, wenn sie sich der vorhin genannten Punkte annimmt und im Wandel Sicherheit gibt, auf bewährten Fundamenten Neues aufbaut.

„Gebt mir eure Stimme ...!“ Schüssels Volkspartei auf dem Weg zur modernen Sozialpartei

Hermann Schützenhöfer

Es liegt im Wesen der Demokratie, die Legitimation der Regierung durch Volksentscheid und damit durch die Stimmabgabe der Bevölkerung zu bekommen. Das wesentliche Merkmal einer Demokratie ist also, dass das Recht vom Volk ausgeht. Der Begriff des Wortes „Demokratia“, griechisch: Volksherrschaft, spiegelt aus den Begriffspaaren demos (Volk) und kratos (Kraft, Macht) am idealsten diese Grundvoraussetzung wieder.

In diesem Zusammenhang erstaunt es vor allem historisch, dass bereits im Römischen Reich (ca. 500 v. Chr. und 400 n. Chr.) ein Brauch zur Erreichung der Konsulwahl eingerissen ist, der darin bestand, das Volk um die Stimme zu bitten. Dass die römisch-verfassungsrechtliche Grundlage bedeutend komplizierter war, sei hier nur kurz erwähnt. Dennoch, der Konsul musste beim Volk um die Stimme bitten, und der Kandidat hatte dazu ein gewisses Zeremoniell zu erfüllen. Unter teilweiser Selbstüberwindung fügte man sich dem Brauch, die Bürger um ihre Stimmen zu bitten, ihnen gar zugefügte Narben zu zeigen, denn nur derjenige könnte Konsul werden, der dem Vaterland im Krieg mit persönlicher Tapferkeit gedient hatte. Also der, der es werden wollte, musste sich persönlich um das Volk bemühen, werben und mit Wahlreden es für sich einvernehmen.

Dieses Faktum wurde auf pointierte Art und Weise in einem der großen Römerdramen von William Shakespeare zum entscheidenden Angelpunkt eines Menschenschicksals. In „Coriolan“ wird der erfolgreiche Kriegsherr Caius Martius Coriolanus zur Erreichung der Konsulwürde gezwungen, das Volk um seine Stimme zu bitten. „Gebt mir eure Stimme!“, wird dieser zerknirscht zitiert.

Während die absolute Monarchie französischen Musters als „dominium regale“ bezeichnet wurde, sprach man in England zur Zeit der Entstehung dieses Shakespeare-Stückes sehr bewusst von einem „dominium politicum et regale“. Damit soll deutlich werden, dass der König seine Herrschaftsgewalt durch das Volk übertragen bekommt. Er regiert

zwar, aber nur im Rahmen der geltenden Gesetze („regale“). Um sie zu ändern oder neue Gesetze zu erlassen, bedarf er der Zustimmung durch das Parlament („dominium politicum“).

Vom Streben nach legitimierter Macht

Dass das griechische Wort „politeia“ Bürgerrechte und Staatsverwaltung meint, bringt uns der Frage, wer in der Demokratie die Regeln bestimmt, bedeutend näher. Im weiteren Sinne wird dies wohl die Politik sein, die vom Volk ausgeht.

In einem von Max Weber am Anfang des vergangenen Jahrhunderts formulierten Essay „Politik als Beruf“ wird eine Definition von Politik eingeführt, die dem heutigen Sprachgebrauch äußerst fremd erscheint, aber dennoch auf den Punkt bringt, in welche Richtung politisches Handeln, politische Überzeugungsarbeit und politisches Denken tendieren: „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates, zwischen den Menschengruppen, die er umschließt“, so Max Weber in seiner Definition 1919.

Weber räumt jedoch der Legitimation dieser Macht, dessen Begrifflichkeit am Beginn des 21. Jahrhunderts unangenehme Assoziationen mit diktatorischen Strukturen heraufruft, wesentliche Bedeutung ein. Insofern schließt sich also der Kreis, nämlich die Legitimation in der Demokratie zu suchen, nämlich in der größtmöglichen Zustimmung bei Wahlen. Die entscheidende Frage, worin die Bestimmung eines Staatengefüges begründet ist, liegt ausschließlich in der Legitimation durch die Zustimmung des Volkes. Derjenige, der die meisten Stimmen erwirkt und es versteht, durch seine Überzeugungskraft zu „überzeugen“, hat das Recht zu regieren. Bis es soweit kommt, muss jedoch geklärt werden, wann eine Partei für das Volk wählbar ist.

Anders gefragt, was muss eine Partei erfüllen, damit das Volk ihr seine Stimme gibt? Diese Frage lässt sich sicherlich nicht mit einer simplen Formel beantworten, denn wäre dies so, so wäre es ein Leichtes für die politischen Parteien, sich nach dem jeweiligen „Kochrezept“ zu verhalten und Wahlen zu gewinnen. Der politische Wettbewerb ist aber vielschichtig, es handelt sich um einen fließenden Prozess, bei dem ständig auf die sich verändernden Rahmenbedingungen reagiert werden muss. Es geht also in der Politik darum, auf Basis eines fundierten Wertebildes offen auf Neuherausforderungen und Bedürfnisse heranzutreten.

Das Erfolgsrezept einer Partei im 21. Jahrhundert

Warum wurde die Österreichische Volkspartei bei der Nationalratswahl 2002 stimmenstärkste Partei, während sie im Oktober 1999 nur drittstärkste Partei wurde?

Was hat sich in diesen knapp drei Jahren in der Partei und in ihrem politischen Umfeld seither verändert, dass sich die Wählerinnen und Wähler bei den beiden Nationalratswahlen so unterschiedlich verhalten haben?

Zunächst ist festzuhalten, dass bei beiden Wahlgängen die Person des Spitzenkandidaten der Österreichischen Volkspartei dieselbe war. Die Person Wolfgang Schüssel war also ident, er hatte aber in den drei Jahren als Bundeskanzler offenbar die Möglichkeit gefunden, seine Professionalität und Seriosität besser herauszustreichen. Unter der Parteiführung des Wolfgang Schüssel ist es ihm durch Verhandlungsgeschick, Kenntnis und geschickte Instrumentalisierung der Parteistrukturen gelungen, die Österreichische Volkspartei, die in der Vergangenheit allzu häufig durch den Jahrmarkt der persönlichen Meinungen gekennzeichnet gewesen war, zu einer geschlossenen wertorientierten Gemeinschaft zu machen.

Kein Landeshauptmann der ÖVP hatte in den Jahren der Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel irgendeine fundamentale Kritik an dieser Regierung geäußert, sondern alle Länder und Teilorganisationen haben den vorgegebenen Reformkurs – trotz so mancher Härten – mitgetragen und gut geheißten. Wie es anders gehen kann, zeigten die ständigen fundamental oppositorischen Äußerungen von Landeshauptmann Haider in Kärnten, der für die

schwarz-blaue Bundesregierung der eigentliche Prüfstein war. Weder von SPÖ noch von den Grünen als den Oppositionsparteien ist eine derartige Gefahr für die Bundesregierung unter Wolfgang Schüssel ausgegangen, wie vom FPÖ-Landeshauptmann Haider, der sich mit der ihm zugewiesenen Rolle in Kärnten nicht zufrieden geben wollte. An seiner Person ist auch schließlich das Projekt der schwarz-blauen Reformregierung gescheitert.

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel machte die Österreichische Volkspartei bei der Nationalratswahl 2002 also zur „Partei 21“, einer Partei, die mit 42,6% einen größeren Vertretungsanspruch hat als nur auf die Gruppe der Gewerbetreibenden, Bauern und bürgerlichen Intellektuellen Rücksicht zu nehmen. Als stärkste Partei ist die Österreichische Volkspartei zur Partei der Jugend, der Frauen und vor allem der Arbeitnehmer geworden. Die Österreichische Volkspartei hat damit primär wieder die Aufgabe einer sozialen Integrationspartei, die auf den breiten Mittelstand, die Kleinverdiener und die sozial Schwächeren Rücksicht zu nehmen hat. Als „Partei 21“ muss sich die Österreichische Volkspartei zukünftig als eine moderne „Sozialpartei“ profilieren, die für einen funktionierenden und leistungsfähigen Sozialstaat eintritt. Der Sozialdemokratischen Partei ist es nicht gelungen, bei den Nationalratswahlen 2002 an die FPÖ abgewanderte Arbeiter als SPÖ-Wähler zurückzugewinnen, ehemalige Wähler der FPÖ haben sich für die Österreichische Volkspartei entschieden. Diesen Vertrauensvorsprung muss die ÖVP erkennen, und für diese Klientel – will man sie sich zukünftig als Wähler erhalten – muss eine spürbare Politik gemacht werden.

Kindergeld, Familienhospizkarenz, Abfertigung Neu waren neue Wege in der ÖVP dominierten Sozialpolitik. Andere Maßnahmen wie zB. die Einführung des Mindestlohnes, die Steuerentlastung für die Klein- und Mittelverdiener, die Herstellung einer besseren Steuergerechtigkeit und die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems müssen folgen.

Veränderungen in der Wähler- und Parteistruktur

Der Wandel in der Wählerschaft muss naturgemäß auch einen Wandel in den Parteistrukturen der Österreichischen Volkspartei zur Folge haben. Das Gewicht der Arbeitnehmer, der Frauen und der Jugend muss innerhalb der Partei verstärkt werden,

um über die Person des Parteivorsitzenden hinaus innerparteilich zu einer repräsentativeren Beschlusslage zu gelangen.

Dass die Österreichische Volkspartei zur „Partei 21“ werden konnte, hängt aber auch nicht unwesentlich mit den politischen Gegnern und dem politischen Umfeld zusammen. Der SPÖ als größter Oppositionspartei ist es nicht gelungen, ein Bündnis mit der Wählerschaft zu finden, die Sprache, das Outfit und die Politik des Parteivorsitzenden wirken allzu technokratisch und eingelernt. Auch das Verhalten des SPÖ-Vorsitzenden während der EU-Sanktionen ist bei den Österreichischen Wählern noch nicht in Vergessenheit geraten. Obwohl auch Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel der Nimbus des schnellen Denkers und klugen Verstandespolitikers anhaftet, konnte Dr. Gusenbauer in keiner Weise mit Herz und Volksnähe punkten. Gusenbauer begab sich auf dasselbe Parkett mit Wolfgang Schüssel und konnte nur als Zweiter in punkto Sachkundigkeit, politischer Professionalität, Zähigkeit und Verlässlichkeit aussteigen. Die FPÖ wiederum scheiterte – wie schon angedeutet – an jener Person, die ge-

nauso viel zu ihrem Aufstieg wie nun zu ihrem Niedergang beigetragen hat. Die FPÖ hat sich wegen innerparteilicher Zerrissenheit selbst aus dem Spiel um die „Partei 21“ genommen. Die Grünen schließlich scheiterten an ihrer ideologischen „Einbetonierung“. Eine Partei, die eigentlich der Vielfalt huldigen müsste, hat sich – wie schon so oft – ausschließlich auf die linke Klientel gestürzt und die sogenannten bürgerlichen Grünen links liegen gelassen. Dieses Faktum spricht weder für eine gute politische Strategie der Grünen noch dafür, dass der Umweltgedanke in dieser Partei irgendeine Priorität hätte. Die Grünen sind zu einer Partei wie jede andere geworden.

Abschließend kann daher folgende Feststellung getroffen werden:

Eine „Partei 21“ ist gekennzeichnet durch innerliche Geschlossenheit, ein gesichertes Gesinnungs- und Wertesystem, eine souveräne repräsentative Führungspersönlichkeit, die es zugleich schafft, aus dieser inneren Stärke heraus offen auf neue gesellschaftspolitische Herausforderungen heranzugehen.

Politische Parteien: prospektiver Blick und operative Kraft

Wolfgang Mantl

Demokratie – Parteien – Wahlen

Der Staatstheoretiker und Öffentlichrechtler Gustav E. Kafka (1907-1974) – übrigens ein entfernter Verwandter des Dichters Franz Kafka – wirkte von 1965 bis zu seinem Tod als Ordinarius an der Grazer Universität und ihrer Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Er legte mit seinem Referat auf der Wiener Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer im Jahre 1958 über „Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat“¹ die Basis für die österreichische Politikwissenschaft, und zwar in der Variante einer „Juristenpolitologie“, und ist als ihr „Gründervater“ zu bezeichnen. 1962 wurde ich bei ihm Assistent, zuerst in Wien an der damaligen Hochschule für Welthandel (heute: Wirtschaftsuniversität), dann in Graz.

Kafka entwickelte gleich am Beginn seines oben zitierten Referats – also zu einer Zeit, als noch die verfassungsrechtliche Erforschung der Staatsorganisation überall im Vordergrund stand – eine politikwissenschaftliche Realanalyse der Parteien, namentlich in Österreich: „Der moderne Staat kann heute ohne Erwähnung der politischen Parteien schwerlich definiert werden, wie sich im weiteren Verlauf der Untersuchung erweisen wird.“² Tenor der Ausführungen Kafkas ist, dass die Geschichte der Demokratie eine Geschichte der Parteien und eine Geschichte des Wahlrechts, ja der Wahlrechtskämpfe ist: „Wie etwa bei den meisten Kampfspielen die Zahl der Treffer, ist im friedlichen Wettkampf der Parteien das Mandat die Recheneinheit, nach der die politische Macht und damit der parteipolitische Erfolg und Misserfolg gemessen wird. Im Parteienstaat hat das Volk die Aufgabe des Schiedsrichters, der die Entscheidung über das Maß der Macht fällt, das jeder politischen Partei für einen bestimmten Zeitraum zukommt.“³

Ist dieses Referat Kafkas noch von einem starken Optimismus und einer Übereinstimmung mit der

Wiederaufbauleistung der damaligen Großen Koalition von ÖVP und SPÖ und den Bauelementen einer Konkordanzdemokratie samt ihrem Proporz getragen, so nehmen Skepsis und Kritik in späteren Publikationen im Laufe der sechziger Jahre bezüglich des österreichischen Parteien- und Verbändestaates zu. Demokratie, Parteien und Wahlen sind jedoch stets Kafkas besonderes Anliegen, das er gleichermaßen gegen Verharschungen wie idealistische Übersteigerungen zu schützen trachtet: „Die Offensive des gnostischen Spiritualismus, der Traum von einer allgemeinen Verbrüderung auf dieser Welt, von einer alle Erfahrung ignorierenden mystischen ‚Einheit‘ haben dazu geführt, daß Parteien ‚eigentlich nicht sein dürften‘, mit der Folge, daß diese selbst es nicht wagen dürfen, sich als das zu bekennen, was sie wirklich sind, beschränkte Herrscher auf Zeit oder Wettbewerber um beschränkte Herrschaft auf Zeit. Daß auch die Demokratie Herrschaft ist, Herrschaft von Menschen über Menschen, daß ein nicht aus Engeln bestehendes Volk auch keine Engel als Herrscher erwarten kann, daß es immer nur darum gehen kann, der Weisheit die beste Chance zu sichern, indem wenigstens die Mäßigung erzwungen wird, von dieser Einsicht ist die öffentliche Meinung trotz (oder vielleicht wegen) der geschäftigen ‚politischen Bildung‘ unserer Tage noch weit entfernt.“⁴

Wichtig ist – durchaus angelsächsisch („trust“) gedacht – auch die Gruppenbindung der Parteien durch Vertrauen, das bei Wahlen in Menschen und Parteien investiert wird: „Bei einer Parlamentswahl kann es auf vielerlei ankommen: immer aber geht es darum, das Unwägbare und Unmeßbare des Vertrauens in meßbare Abstimmungsergebnisse und Mandatszahlen umzusetzen. Eine Wahl ist – was immer die konkrete Situation an entscheidungsreifen Sachfragen in sich schließt – primär keine Sachentscheidung, kein Plebiszit, sondern Entscheidung einer Vertrauensfrage.“⁵ Auch für Parteien gilt Disziplin als soziale Spielregel.

Schließlich erreichte ein Aufsatz Kafkas in der Silvesternummer der „Presse“ am Jahresende 1964, im „Spectrum“, besondere Aufmerksamkeit und wird auch heute noch oft zitiert. Hier wird auch die Mehrheitswahl als Belebungsmedium ventiliert⁶, was Kafka in späteren Publikationen fortsetzte.

Grazer Schule der Politikwissenschaft

Die beiden Grazer Assistenten Kafkas teilten sich dann gleichsam das Forschungsgebiet: Ich machte die Parteien zu meinem Erkenntnisobjekt, mein Kollege und Freund Christian Brünner die Verbände. Allmählich bildete sich eine normnahe, staatstheoretisch fundierte und zugleich geistes- wie sozialwissenschaftlich offene „Grazer Schule der Politikwissenschaft“ heraus: Gustav E. Kafka, Wolfgang Mantl, Joseph Marko, Klaus Poier und Hedwig Kopetz. Christian Brünner wandte sich mehr der Verwaltungslehre/Verwaltungswissenschaft zu. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts begann sich auch der Salzburger Assistent Norbert Lesers und vormalige Journalist Anton Pelinka – ebenfalls ein gelernter Jurist – mit den Parteien zu befassen.

Für Kafka und uns alle war die enge Verknüpfung von Demokratie, Parteien und Wahl mit einem „großen Staat“ schier selbstverständlich. Es gab noch kaum Staatsskepsis und Marktvertrauen. Das, was ich später „politische Kultur des Etatismus“ nannte⁷, war uns bis Ende der achtziger Jahre die „Wahrheit“. In den Staat waren die Verfassung, die Demokratie, die Parteien, die Wahlen, die Verbände eingebettet, erst langsam gewannen Markt, Wirtschaft, Unternehmen und ihre Leistungsfähigkeit auch in Bezug auf öffentliche Aufgaben an Bedeutung. Dann erst kam es zur Betonung der Kategorien Gesellschaft, Bürger, Autonomie der Subjekte und zur Betonung der organisatorischen Umsetzung dieses Wertewandels in Gestalt von Deregulierung, Entparteiopolitisation, Entstaatlichung und Privatisierung.

Stets aber blieb – unabhängig von der „Größe“ und Intensität des Staates, seiner Aufgaben, seines Apparats, seiner Ausgaben und Abgaben – der Konnex zwischen Demokratie und Parteien erhalten, wie ich es im Satzesatz einer meiner ersten größeren diesbezüglichen Publikationen formulierte: „Man mag es drehen, wie man will: Die Parteien werden

für absehbare Zeit die Aktionseinheiten österreichischer Demokraten bleiben. Deshalb haben die Parteien auch Anerkennung und Kritik gleichermaßen nötig.“⁸ Die Grazie luftiger Utopien blieb uns fremd.

Parteien im soziopolitischen Prozess

Demokratie und Parlament brauchen Parteien und Wahlen.⁹ Der Durchbruch zur Moderne der Aufklärungswelt, das heißt zu Allgemeinheit und Gleichheit der politischen Rechte, macht es erforderlich, die einzelnen Bürger zu handlungsfähigen Einheiten zusammenzufassen, um ein fruchtloses „Verdorren“ isolierter Rechtspositionen zu verhindern: Parteien und Verbände entstanden, um Interessen zu artikulieren, zu aggregieren und durchzusetzen, vor allem auch, um politisches Personal – anstelle der alten Eliten von Geburt und ständischem Amt – zu rekrutieren. Die rechtsstaatliche Demokratie der europäischen Moderne hat kontinentaleuropäische und angelsächsische Wurzeln. 1917 und 1933 aufs Äußerste bedroht, bildete sie dennoch 1945 und 1989 von neuem das Verfassungsideal.

Die Kritik an den Parteien muss sich nicht nur die Frage nach den Alternativen – Parteien oder was sonst? – gefallen lassen, sondern steht auch – was meist unbeachtet bleibt – vor der zur wachen Nachdenklichkeit zwingenden Tatsache, dass die Dritte Welt geradezu nach Parteien und Verbänden „schreit“, um überhaupt erst Aktions- und Problemlösungsinstrumente zu erhalten, die über das jeweils vorherrschende alte Führungspotenzial der Familien, Sippen, Dörfer und Stämme hinausreichen. Gerade Lateinamerika und Afrika zeigen, wie sehr intermediäre Gruppen immer noch zur Interessenwahrnehmung fehlen.

Ausgangspunkt der Kritik ist die Frage, ob der Parteienalltag den in den letzten 250 Jahren der Demokratisierung und Parlamentarisierung herausgearbeiteten Funktionen demokratischer Parteien gerecht wird: 1. die politischen Rechte der Bürger zu aktivieren, ihre Interessen zu artikulieren und zusammenzufassen, 2. die Bürger andererseits arbeitsfähig von permanenter Politikverpflichtung zu entlasten (ein wertendes Argument in der liberalen Tradition), 3. die Integration und Legitimation des politischen Systems zu bewirken und schließlich 4. als gerecht akzeptierte Leistungen und Innovationen zu

produzieren, die über das bloße Vorhandensein einer Regierung hinausgehen.

In fast allen diesen Punkten werden Defizite beklagt. Österreich hat in der Geschichte der Ersten und der Zweiten Republik eine ausgeprägte Parteiengesellschaft entwickelt und ist ein zum Schulbeispiel kanonisierter Parteien- und Verbändestaat weit über die politische Meinungs- und Willensbildung hinaus geworden und im Grunde bis heute geblieben.

Auf die Parteien wird seit ca. 20 Jahren Reformdruck ausgeübt durch Bürgerunmut und -verdrossenheit, durch soziopolitische Konkurrenzgründungen im Bereich der Wirtschaft und der Medien, aber auch durch Finanzierungsprobleme. Schritte der Selbstbeschränkung einzelner Parteien werden durch jene Schwierigkeiten belastet, die aus der internationalen Politik als das Problem der „einseitigen Abrüstung“ bekannt sind, daher gibt es nach wie vor höchst kostenintensive Wahlkämpfe.

Die parteipolitische Penetration der Gesellschaft (lange Zeit hohe Mitgliederzahlen, Parteien als „Schleusen“ zu Beruf und Wohnung) ist in einem Auflockerungs-, wenn nicht Auflösungsprozess begriffen. So sehr Politik von der Sprache lebt, wird doch immer wieder die Sprachflut und Phraseninflation einer ritualisierten Politik Zielscheibe berechtigter Kritik. Politiker müssen auch Schweigen lernen („*silentium politicum*“). Intensität und Professionalität sind gefragt; ich werde darauf noch zurückkommen. Die Glaubwürdigkeit des politischen Personals hängt von Stilfragen ab („Arroganz der Macht“, wie Ralf Dahrendorf nicht müde wird festzustellen, gesinnungsrhetorischer Überschuss). All dies kann relativ „billigen“ Korrekturen und Verbesserungen unterzogen werden, wir dürfen auch nicht Irrationalisierung und Emotionalisierung unterschätzen und das Faktum nicht übersehen, dass Glaubwürdigkeit sehr oft fast deckungsgleich mit medialer Selbstdarstellung wird. Ich predige keinen boshaften Reduktionismus, aber Maßhalten.

Parteireform als demokratiepolitische Notwendigkeit

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass moderne Demokratie auf Parteien angewiesen ist. Gerade weil dies der Fall ist, muss ihren Reformen besonderes Augenmerk zugewandt werden. Die Notwendigkeit der politischen Parteien überhaupt

ist noch keine Bestandsgarantie für historisch-konkrete Parteien, wie die gesamte Parteiengeschichte auch Österreichs (Auftauchen und Untergang des Liberalen Forums) immer wieder zeigt.

Staatslehre und Verfassungsrechtswissenschaft haben sich stets bemüht, den Parteien vor der Vollziehung, Gerichtsbarkeit, aber auch Verwaltung, Einhaltung zu gebieten. Der parteipolitische Einfluss auf den öffentlichen Dienst ist nicht zu übersehen. Es gibt zahlreiche Äußerungen zur Ämterpatronage, wobei die Herrschafts- von der Versorgungspatronage zu unterscheiden ist. Eine Partei, die sich im Konkurrenzkampf befindet, wird im eigenen Interesse immer versuchen, möglichst gute Kräfte unterzubringen. Sollte sie jedoch sehr stark werden und sich über längere Zeit in ihrer Position sicher fühlen, wird sie auch die „Fußmaroden“ unter den Anhängern und Mitgliedern „unterzubringen“ trachten, was übrigens nicht einmal jeder humanen Rechtfertigung entbehrt.

Soziale Kontakte, Beziehungen und Empfehlungen konterkarieren nicht notwendigerweise das Leistungsprinzip, zumal nicht vergessen werden darf, dass Leistung in weiten Teilen nicht wirklich objektiv-quantitativ feststellbar, sondern auch sozial definiert und attribuiert wird. Jedenfalls sollte den älteren familialen Klientelnetzen, den Nachbarschaftsgruppierungen und den landsmannschaftlichen Naheverhältnissen keine Träne nachgeweiht werden, die heute noch oft in Servicevereinen, Klubs, Schul- und Universitätskohorten (Absolventen, „Alumni“) an das Tor sozialer Gratifikationen pochen und den Gleichheitsgrundsatz oft mehr verletzen als die parteipolitische Ämterpatronage, wenn sie nur halbwegs sozial geöffnet ist.

Es gibt Objektivierungsanläufe zur Eindämmung des parteipolitischen Einflusses, meistens in einer Kombination von verschiedenen schriftlichen und mündlichen Tests, niemals kann es nur eine Verfahrensform sein. Jedenfalls hat eine vollständige „Neutralisierung“ durch Verbot der parteipolitischen Betätigung von öffentlichen Bediensteten oder durch volle Selbstergänzung mittels Kooptation keine Durchsetzungschance, würde zu Umgehungsaktionen führen und begegnet auch demokratischen Bedenken. Unleugbar ist gerade in Österreich im letzten Jahrzehnt in vielen Bereichen die Objektivierung und Rationalisierung von Einstellungs- und Beförderungsvorgängen unter Qualifikations- und Leistungsgesichtspunkten nicht ohne Erfolg geblieben.

Die Grenzen der Politik decken sich nicht mit den Grenzen der Parteiaktivitäten. Die Parteien müssen eine gewisse Entparteilichung akzeptieren, und es geschieht dies bereits, nicht zuletzt dadurch, dass überhaupt Staat und Politik an den Rand menschlicher Existenz rücken und andere, vor allem wirtschaftliche Optionen, eine größere Bedeutung gewonnen haben, die der Marktlogik individueller Vernunft und nicht nur der kollektiven Vernunft des Staates folgt. Die Parteien müssen parteilose Bürgeraktivitäten und gesellschaftliche Selbstorganisation nüchtern und klug zur Kenntnis nehmen und diese Formen auch nicht selbst wieder „besetzen“ wollen, wie es häufig bei den Instrumenten der direkten Demokratie passiert.

Die durch Beschneidung der Parteien bewirkte Machtverschiebung sollte zugunsten der Bürger erfolgen, keinesfalls zugunsten eines starken Mannes. Da die Bürokratie und die Verbände mit der zunehmenden Staatskepsis auch ihrerseits einen Bedeutungsverlust erlitten haben, ist das große Problem unserer Zeit, gerade unter dem Gestirn der Globalisierung, die – sagen wir einmal ganz ungeschützt – Bändigung der Wirtschafts- und Medienmacht.

Die Herausforderung der Parteien weist immerhin einen positiven Binneneffekt für die Parteien selbst auf, wie gerade die letzten Jahre in Österreich gezeigt haben, nicht zuletzt die Wende von 2000, dass nämlich die Parteien zu einer Revitalisierung und Repolitisierung gelangt sind, die damit das ganze öffentliche Leben dynamisieren. Freilich ist das nicht mit einer Versachlichung des politischen Verhaltens der Bürger gleichzusetzen, aber immerhin mit einem starken Interesse für das politische Personal, dem man vertraut, von dem man Interessenberücksichtigung ebenso wie Problemlösung und Innovation erwartet.

Der Wiederaufstieg der Großparteien

Da nunmehr – gegen alles Erwarten – eine Rekonstruktion und Reanimierung der großen sozialen Integrationsparteien vom Volksparteitypus erfolgt ist, die beide – ÖVP und SPÖ – deutlich über oder knapp unter der 40%-Marke ihre Erfolge erzielt haben, so zeigt sich, dass ihre Ratio wieder virulent wird, nämlich schwierige Themen mehrheitsfähig zu machen und politisches Handeln kontinuierlich zu gewährleisten, was ja gerade der FPÖ im Jahre 2002 nicht mehr gelang. Die Reformintention geht dahin, ein

stabiles Parteiensystem mit einem Umfeld nichtpartei-besetzter Bürgeraktivitäten zu einem offenen Kapilarsystem politischer Aktion zusammenzufügen.

Die gegenwärtige Diskussion sollte nicht übersehen, dass der Erfolg der rechtsstaatlichen Demokratie sich, soziohistorisch gesehen, nicht zuletzt daraus ergab, dass sie immer wieder – in wechselnden Mischformen – mit bundesstaatlichen, wohlfahrtsstaatlichen und neuerdings auch ökologischen Elementen kombiniert wurde, worin man geradezu das „Glück“ Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, hierzulande der Zweiten Republik, sehen kann. Die Leistungsfähigkeit dieses dann alles in allem aufgabenreichen Systems ist verknüpft mit einer Wirtschaft, die neben anderen Faktoren auch von großräumigen Dimensionierungen wie der Europäischen Union und von der gesellschaftlichen Akzeptanz des Leistungsprinzips abhängt.

Das, was sich in den letzten zwei Jahrzehnten abspielte, war nicht nur eine Konjunkturkrise der Parteien, sondern eine Strukturkrise, die auch mit der „Entwertung“ des Staatsvertrauens und dem Anerkennungsgewinn des Marktvertrauens zusammenhängt. Marktwirtschaftliches Denken führt immer wieder zur Skepsis gegen Großorganisationen, Monopole, Oligopole, gegen Staat, Kirchen, Verbände und Massenuniversitäten. Dazu kommt nach längeren Phasen der Saturiertheit Protesthaltung, Denkmittelmentalität und Ohnmachtsgefühl, wodurch die emotional gestützte, dauerhafte Parteibindung, der Stammwählerstock, drastisch zurückging („dealignment“). Wir mussten in den letzten Monaten geradezu flutartige Wechselwählerströme konstatieren.

Es leuchtet ohne weiteres ein, dass Individualisierung, Pluralisierung, Medialisierung und Personalisierung des öffentlichen Lebens auch zu einer Entsolidarisierung im Parteiensystem führten. Dadurch wurden die alten, sozialen Integrationsparteien vom Volksparteitypus wie ÖVP und SPÖ in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu immer neuen Themen und Personalangeboten gedrängt, um ihrer Schrumpfung zu entgehen. Ihre neueste Stabilisierung ist ebenso überraschend, wie es ihre lange Konsistenz nach Einführung des Verhältniswahlrechts 1918 war. Dennoch dürfte man nicht mit der Annahme fehlgehen, dass in Zukunft die Mitgliederparteien stärker zu Wähler- oder überhaupt zu Klubparteien, die sich um intensive Persönlichkeiten scharen, mutieren werden, wie schon jetzt die amerikanischen Parteien, aber auch die „Forza Italia“ Silvio Berlusconi.

Themensetzung, Personenpromotion, ja gleichsam politische Bildung wandern zu den Medien und zu konsistenten Kleingruppen, die im Kaleidoskop eines heterogenen Pluralismus emotionelle Verwurzelung, Schlagkraft bei Präsentation von Personen und Themen bieten, all dies auch im Umfeld regroupierter Großparteien als deren Vorfeld und Umfeld. Es liegt eine feine historische Ironie darin, dass gerade diese Vorgänge an Gründungssituationen im 19. Jahrhundert erinnern.

Konkurrenten der Politik

Wie die langen Regierungsverhandlungen im Verhältniswahlrecht zeigen, ist Politik nach wie vor, ja mehr denn je schwierig, mühsam. Der Koalitionssoj des Verhältniswahlrechts und der fehlenden absoluten Mehrheiten machen die Produktion des öffentlichen Leistungsangebots langwierig und teuer.

Parteien und Verbände erhielten historisch jeweils verschiedene Konkurrenz, früher durch Bürokratie und Verbände, heute stärker durch Medien, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Armee ist in Europa in dieser Rolle obsolet. Der Hauptkonkurrent der politischen Kräfte in Europa, die große neuzeitliche Bürokratie als ständiger und hauptberuflicher Verwaltungsstab, ist unter angelsächsischen Vorzeichen, nicht unter totalitären, wie es eine Zeitlang schien, deutlich zurückgedrängt.

Die starke Rolle der Medien mit ganz neuen, in ihrer Wirkung noch nicht abschließend zu beurteilenden elektronischen Instrumenten, bedeutet jedenfalls eine Aufwertung der Persönlichkeit, das muss nicht notwendig in den diskursfeindlichen Populismus führen. Ohne eine homöopathische Dosis charismatischer Legitimation kommt auch die rechtsstaatliche Demokratie nicht aus. Gerade deshalb sind neben allen Verfassungs- und sonstigen Rechtsmaterien des politischen Prozesses Fragen der Personalauswahl (innerparteilich und staatlich), also Fragen des Wahlrechts, von besonderer Bedeutung. Die Geschichte der Demokratie und der Parteien fand stets in Wahlrechtsfragen ihren Brennpunkt.

Parteien als Institution – Personen als Träger

Man sagt gern, Österreich schwanke zwischen Größenwahn und Minderwertigkeitskomplex. Diese

Topoi in ihrer scharfen Dichotomie haben essayistischen Reiz. Aber wie so oft liegt die Wahrheit in der Mitte. Schon bald nach dem Abschluss des Staatsvertrages von Wien 1955 begann man sich auch mit Fragen der Parteienreform auseinanderzusetzen.

Es war die Steiermark, in welcher der damalige Landeshauptmann Josef Krainer sen. 1956 nach Auswertung US-amerikanischer Erfahrungen mit Erfolg eine Entkoppelung der Landtagswahl von der Nationalratswahl durchführte. 1958 hielt Kafka sein großes Wiener Parteienreferat. Im selben Jahr wagte die SPÖ mit ihrem Wiener Parteiprogramm den Schritt in die Zukunft, den die ÖVP 1972 in Salzburg auf ihre Weise vollzog (mit Betonung der Partizipation und der Lebensqualität auch Theorieelemente der 68er-Bewegung verarbeitend). 1959 wurde mit dem betonten Willen zu einer auch die wirtschaftliche Effektivität und Effizienz berücksichtigenden Reform die „Neue Österreichische Gesellschaft“ gegründet, deren Obmann Landeshauptmann Josef Krainer war. Es folgten dann in den sechziger Jahren der Klagenfurter Reformparteitag der ÖVP 1964 und die Kanzlerschaft von Josef Klaus unter Einbeziehung des wissenschaftlichen Sachverständigen in den Rahmen seiner Regierungskonzepte in Gestalt der „Aktion 20“. Die Steirische Volkspartei ließ mit ihrem Reformparteitag, dem 9. Steirischen Landesparteitag 1969, aufhorchen, in dem unter dem Vorsitz des späteren Landeshauptmannes Friedrich Niederl ein Arbeitskreis unter der Bezeichnung „Parteien als Institution – Personen als Träger“ (hier als Kapitelüberschrift wiederverwendet) tagte, der mit Staatssekretär Karl Pisa sowie mir als Experten auch den schrittweisen Übergang des Wahlrechts in Richtung Persönlichkeits- und Mehrheitswahlrecht zum Beschluss erhob. Das war damals ein durchaus häufiger Diskussionsgegenstand (Erhard Busek, Rupert Gmoser, Norbert Leser, Karl-Heinz Nassmacher, Anton Pelinka). Die Nationalratswahlordnung 1971, im November 1970 mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die der ÖVP beschlossen, verstärkte jedoch den Proportionalcharakter des Wahlrechts mit dauerhafter Wirkung.

1972 wurde wieder ein Schritt vorwärts gesetzt und das „Modell Steiermark“ gegründet, ein „work in progress“, um einen Ausdruck der Kunsttheorie und Kunstpraxis zu verwenden. Hier wurden dann auch über Initiative von Josef Krainer jun. große Reformschritte der achtziger Jahre vorbereitet (etwa

1979/80 in dem unter meiner Leitung stehenden Arbeitskreis IX „Demokratiereform“: Stärkung der Demokratie und der Kontrolle in der Landesverfassung, und zwar Einbau direkter Demokratie und „Erfindung“ eines Landesrechnungshofes). Und schließlich darf nicht übersehen werden, dass die gesamtösterreichische Wende des Überganges von der zweiten Großen Koalition zur schwarz-blauen Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Jahre 2000 einen Dynamisierungsschritt darstellte, der wie jeder Reformversuch auch Widerstand hervorrief, weil Reformen Änderungen schaffen, die „weh tun“.¹⁰

Eine ausgeprägte Juristenkultur, wie die österreichische, neigt – in meinen Augen mit gutem Recht – dazu, verwirklichte, d.h. normierbare Einzelpunkte in den Vordergrund zu stellen und entwickelt eine kluge Skepsis gegen das Ausweichen auf die „mental patterns“. Wir benötigen symbolische Politik, das sollte nicht bezweifelt werden, aber nicht nur symbolische Politik. Es liegt eine große Versuchung darin, sich bloß auf symbolische Politik zu werfen, da die faktische Politik im Alltag oft blass und abgenutzt erscheint. Es gibt auch so etwas wie einen Amtsmalus. Man findet ihn bei Politikern, die sehr lange in der Politik tätig waren. Sie wirken eigentümlich „grau“. Das naheliegende Ausweichen in eine Politik nur mit Zeichen, Moral und Gesinnung ist ein leicht zerreißbares Gewebe, ja eine gefährliche Drohung. Symbolische Politik ist ebenso fragwürdig wie eine Politik, die überhaupt keine Zeichen, Moral und Gesinnung kennt, die farblos ist, was ja für die republikanischen Bemühungen in Weimar und in der Ersten Österreichischen Republik zutrifft, im Gegensatz zu der historisch gewachsenen und durchaus farbenprächtigen Schweizer Politik mit ihrem demokratischen und bundesstaatlichen Identitätspotenzial.

Schädliche Auswirkungen der Politikverdrossenheit

Wir brauchen jedenfalls stets auch Politik als Entscheidung, Durchsetzung und Verantwortung. Das fordert durchaus psychische und physische Robustheit der Bürger, Politiker und Parteien und nicht nur Sensibilität. In vielen Berufen tritt heute so etwas wie eine „Parteien- und Politikflucht“ auf, eine eigentümliche Form der Politikverdrossenheit,

die sicher schädlich ist, denn dadurch entstehen Ungleichgewichtigkeiten der Repräsentation und – noch schlimmer – ein Machtvakuum, in dem sich unkontrollierte Entscheidungsträger und Medienkartelle einnisten könnten. In letzter Konsequenz würde dies dazu führen, dass Österreich ein polar zerrissenes Land der Heiligen und der Gauner in Endzeitstimmung ohne Handlungsbereitschaft und damit ohne Zukunft wäre. Reformdiskussionen dürfen sich also nicht negativ durch ein bedenkliches Oszillieren zwischen symbolischer und faktischer Politik auszeichnen und sollen nicht in politischen Moralismus und in großsprecherisches Wortgeklänge verfallen.

So paradox es angesichts der landläufigen Kritik an der Berufspolitik, an der „politique politicienne“, wie die Franzosen sagen, klingen mag, es fehlt der Demokratie manchmal sowohl an Politik als auch an Intensität und Professionalität. Es sei noch einmal gesagt: Glaubwürdigkeit ist in der medialisierten Welt ein wohlfeiles Gut geworden, das auch künstlich produziert werden kann. Intensität heißt voller Einsatz der Person mit langem Atem und allem Fleiß. Professionalität heißt profunde, nicht nur durch formale Studien, sondern auch durch Amtserfahrung vermittelte Sachkunde. Es gibt oft zu viel wohlmeinenden Dilettantismus. Es gibt auch das vertrackte Ausweichen vor der Beschwerlichkeit des Tuns, wenn zwar die Verantwortung im Mund geführt wird, ohne jedoch ihre Verwirklichung ernst zu nehmen.

Die ÖVP ist gut beraten, einen politischen, rechtlichen und administrativen Mix in einem Optimierungsmodell für die Länder zu suchen. Das föderalistische Gedankengut, auf dem Subsidiaritätsprinzip ruhend, war es ja, das der ÖVP in der bundesstaatlichen Oppositionsrolle zwischen 1970 und 1987 das Überleben ermöglichte: als Quelle des Selbstbewusstseins und als politisches Rekrutierungsreservoir, zumal auch in den Landtagen. Darauf darf die ÖVP nicht leichtfertig verzichten. Zentralisierung bedeutet Wien-Dominanz. Das ist manchen Kommentatoren wie Andreas Unterberger ins Stammbuch zu schreiben. Ihnen ist ein kluges Kafka-Wort entgegenzuhalten: „Diese Zentralisierung des staatlichen Machtapparates bedeutet aber gleichzeitig seine höchste Verwundbarkeit. Was Tocqueville vom Paris des Ancien Régime gesagt hat, es sei von der Hauptstadt zum Herrn des Landes, oder, besser gesagt, das ganze Land selbst geworden,

und dies sei einer der Gründe gewesen, warum ein einziger Aufstand die Monarchie von Grund auf habe zerstören können, gilt entsprechend für jeden zentralistisch organisierten Staat, auch wenn er demokratisch verfaßt ist.“¹¹ Es geht um Erneuerung, nicht um Beseitigung des Föderalismus¹² und seiner organisatorischen Umsetzung als Bundesstaat. Gerade unter Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten ist dies in nüchterner Sicht machbar, sonst würde unweigerlich auch der Ruf nach der Verteilung der obersten Staatsorgane des Bundes auf die einzelnen Landeshauptstädte erklingen, der Ruf nach einer Konstruktion, die sich ja in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz durchaus findet. Eine flache Föderalismus- und Bürokratieschelte ist Torheit.

Bevor ich mich einzelnen Punkten im Detail zuwende, möchte ich noch darauf hinweisen, dass Parteien und ihre Politiker in einem europäischen und weltweiten Marktsystem auch eine besondere Erinnerungs- und Komplementärfunktion für „unterbelichtete“ Bereiche wie Kunst und Kultur, Gesundheit und Freizeit entwickeln müssen.

Politische Parteien sind reformbedürftig, gerade weil sie demokratienotwendig sind. Nach meinen allgemeinen Ausführungen zu diesem Themenkomplex möchte ich jetzt fünf Reformpunkte herausheben:

1. Reform des Wahlsystems

Der Wunsch nach Effektivität und Effizienz der Regierungsbildung führt uns von neuem zur Diskussion eines mehrheitsfördernden Wahlrechts, einer Diskussion, die, wie schon gesagt, in den sechziger Jahren durchaus vorhanden war.¹³ Freilich wurde am Beginn der siebziger Jahre gerade die Proportionalität des österreichischen Wahlrechts so sehr verstärkt, dass es zu einem fast resignativen Erlahmen der Diskussion kam. Die Nationalratswahlordnung 1992 änderte daran gar nichts. Es war der junge Grazer Politikwissenschaftler und Öffentlichrechtler Klaus Poier, der es mit seinem überaus originellen Vorschlag eines minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts verstand, der Diskussion wieder Leben einzuhauchen.¹⁴ Die Kernvorstellung Poiers ist, dass die stimmenstärkste Partei die Hälfte plus eins der Mandate erhalten sollte, alle übrigen Mandate wären verhältnismäßig auf die anderen Parteien aufzuteilen. Dieser Vorschlag fand

Zustimmung und Widerspruch. Es wurden vor allem Gerechtigkeitspostulate als Gegenargumente ins Spiel gebracht. Ich bin der Ansicht, dass diesen Erwägungen Genüge getan würde, wenn man beim Poierschen Modell eine „Gerechtigkeitsgrenze“ von 40% der Stimmen einzöge. Wer unter 40% bleibt, wenn auch mit relativer Mehrheit, kann keine Änderung des Verhältniswahlrechts bewirken, wie dies auch beim Überschreiten der 50%-Marke der Stimmen nicht notwendig ist. Bei über 40% würde das Poiersche System meiner Einschätzung nach nicht als Verzerrung und „künstliche“ Mehrheit empfunden werden. Hier würden die Argumente der Regierbarkeit stärker ins Gewicht fallen und wohl auf allgemeine Akzeptanz stoßen. Die derzeitige Situation der österreichischen Politik lässt erwarten, ja hoffen, dass die Diskussion vom Startpunkt des Poierschen „minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts“ aus dezidiert weitergeführt wird. Hier könnte Österreich auch einen gesamteuropäischen Reformakzent setzen, der sicher Beachtung fände.

2. Reform des Wahlalters

Schon seit längerem ist die Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre in Gang und hat, zumindest auf kommunaler Ebene in Österreich, aber auch in anderen europäischen Ländern, wahlrechtliche Positivierung erfahren.¹⁵ Abgesehen von Erwägungen bezüglich des akzelerierten Reifungsprozesses heranwachsender Jugendlicher, führe ich folgendes Argument ins Treffen: dass nämlich komplementär zur Überalterung der Bevölkerung, der freilich nicht das Wahlrecht genommen werden darf – ihr letztes wirklich großes Recht, sich politisch zu Wort zu melden –, eine Vergrößerung des Elektorats durch Herabsetzung des Wahlalters erfolgen sollte. Ich erwarte mir hievon eine Dynamisierung der Politik in allen Gebietskörperschaften mit ihren allgemeinen Vertretungskörpern. Ich bin nicht so naiv, dadurch einen gigantischen „Demokratiesprung“ zu erhoffen, aber jedenfalls sollte der Kreis der zu aktivierenden Individuen so großzügig gezogen werden, dass „Gefäßstörungen“ des politischen Systems verhindert werden.

3. Reform des individuellen Wahlrechts

Um der Allgemeinheit der Wahl in einer gewandelten Welt noch stärker zum Durchbruch zu verhelfen, sollten die vorhandenen Ansätze der Berücksichtigung der Abwesenheit des Wählers vom Wahl-

lokal beim Wahlakt zu einem einheitlichen Briefwahlsystem ausgebaut werden, das auch die Grundsätze des freien, geheimen und persönlichen Wahlrechts berücksichtigt, aber doch in leicht handhabbarer und unbürokratischer Form einem möglichst großen Teil der Wähler die Teilnahme an den Wahlen ermöglicht.¹⁶

4. Reform der Parteienrolle

Die elektronischen Techniken vermitteln jederzeit und überall verfügbare Information, die von den Kundigen abgerufen werden kann. Freilich bedeutet dies für die ältere Generation, aber wohl auch für andere Bürger, dass sich der Mensch in einer informationsüberladenen Welt „verlieren“ kann. Er fühlt sich ortlos und zeitlos. Das kann unerhörte Bereicherung sein, aber auch Ängste, Einsamkeit und Ohnmacht erzeugen. Ich sehe darin ein Argument, dass die Parteien eine weitgehend flächendeckende personelle Organisation aufrechterhalten sollen, um in unmittelbarer Mündlichkeit¹⁷ dem Bürger politisches, rechtliches und kulturelles Geschehen nahezubringen, durch persönliche Vertrauensrelationen die Komplexität der Welt zu reduzieren und die Umwelt des Bürgers plausibel zu machen. Waltraud Klasnic verfügt über diese Gabe „heimatschaffender“ Begegnung, die als Gegengewicht zur „elektronischen Revolution“ heute wichtiger denn je ist.

5. Reform der europäischen Parteifamilien

Der Prozess der europäischen Integration zeigt, dass Demokratie nicht nur in gleichsam „magischer“ Verankerung im Europäischen Parlament oder in einem anderen europäischen Organ gesichert werden kann, sondern ihren „Treibstoff“ in Gestalt von „responsible parties“, von verantwortlichen Parteien, braucht, die durchaus ihre Nähe zu den nationalen und regionalen Parteien haben sollen, aber doch in einem europäischen Verbund aktiv sein müssen. Die vier großen europäischen Parteifamilien der Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen müssen ihre Verantwortlichkeit steigern. Die ersten drei genannten, älteren Familien haben dies bereits als Kinder der Aufklärungswelt in den letzten 200 Jahren getan, zuerst im Nationalstaat und dann ansatzweise auf europäischer Ebene. Und sie haben dies zum Gutteil mit ständiger Wohlstandsmehrung besorgt. Dazu stieß die jüngste Parteifamilie der Grünen. Von diesen europäischen Parteifamilien hängt das meiste ab. Die

politischen und rechtlichen Fragen befinden sich seit dem sog. Tsatsos-Bericht 1996 in einer freilich sehr schleppenden Diskussion. Österreichs Rolle war hier noch nicht wirklich imponierend.¹⁸

Die Aufklärungswelt mit ihrem Wertepluralismus verlässt sich nicht mehr auf Alltagsselbstverständlichkeiten, soziale Standards und Tugenden der Herrschenden, sondern ist um Institutionen bemüht, in denen Schwächen, Fehler, Machtmissbrauch und Korruption zumindest verhindert werden können. Es gibt keine Automatik des Funktionierens einer Demokratie: „Wie der technische Geist unseres Zeitalters, der Eros der Automatisierung, darauf gerichtet ist, Maschinen zu konstruieren, deren Funktionieren von menschlichem Irrtum und menschlichen Fehlern so unabhängig wie möglich sein soll, so glaubt man, einen demokratischen Rechtsstaat idioten- und einbruchsicher konstruieren zu können. Aber demokratische Verfassungsartikel sind leider kein Ersatz für Demokraten.“¹⁹

Demokratie als Chance

Die Demokratie als gemeineuropäische „Erfindung“ mit ihren feinsinnigen, komplizierten Wahl-, Entscheidungs- und Kontrollmechanismen ist also kein automatischer Garant für die glückliche Zukunft eines politischen Systems und für die Auswahl kluger, beharrlicher, eben „guter“ Politiker. Sie bietet aber das taugliche Instrumentarium zur lernfähigen Problembewältigung, zur Verhinderung und Entfernung korrupter, unfähiger, eben „schlechter“ Amtsträger, sie bietet konkrete Chancen, das Überleben eines Gemeinwesens zu ermöglichen.

Ich möchte jedoch nicht nur ex negativo institutionell argumentieren, sondern bin mir, in der Tradition republikanischer Ideale stehend, die ein Mitwirken der Bürger erfordern, bewusst, dass um die Bürgeraktivität gerungen werden muss. Dies kann nicht mit erhobenem Zeigefinger geschehen, nicht durch Traktate zur politischen Bildung, sondern sehr pragmatisch durch Vorbilder, Freiheitsräume und „learning by doing“. Und hier liegt auch wieder ein Argument für die lokalen und föderalen Einheiten, für die Gemeinden, Länder und Kantone. Der italienische Politikwissenschaftler Maurizio Viroli betont dies mit manchmal geradezu einseitigem Nachdruck, aber seine rhetorischen Appelle und „Weckrufe“ sind für die österreichische politische Kultur eine heilsame

Warnung und Ermunterung: „Die Bürger Europas lernen die staatsbürgerliche Kultur, wenn überhaupt, in den Gewerkschaften, in Sport- und Kulturvereinen, in Berufsverbänden, im Café oder in der Kneipe, in der Pfarrei oder in den Parteien: wenn überhaupt, dann findet die Einübung in staatsbürgerliches Verhalten immer hier in dieser lokalen, besonderen, kulturell dichten und bedeutungsvollen Umgebung statt.“²⁰ Unser Land, seine Bürger und ihre Parteien müssen die Klischees behaglicher Einfallsllosigkeit und Selbstgenügsamkeit falsifizieren. Wir können es, wenn wir nur wollen.

- 1 Das Hauptreferat („Bericht“) hielt Konrad Hesse aus Freiburg im Breisgau. Dem damals 51jährigen Kafka war der „Mitbericht“ anvertraut. In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer. Heft 17. Berlin 1959, 53-102.
- 2 Ds., a.a.O., 54 (Anm. 1).
- 3 Ds., a.a.O., 77f. (Anm. 1).
- 4 Ds.: Papierene Verfassung? Der Parteien- und Verbändestaat am Beispiel Österreichs I. In: Wort und Wahrheit, 11 (1962), 539.
- 5 Ds.: Die gelähmte Regierung. Der Parteien- und Verbändestaat am Beispiel Österreichs II. In: Wort und Wahrheit, 11 (1962), 593.
- 6 Ds.: Vom Übel der Unfähigkeit zur Opposition. Die Kelsen-Verfassung und die politische Realverfassung im Zeichen des Proporz. In: Die Presse, Spectrum, 31. Dezember 1964, III. – Im Winter 1965/66 zerbrach die erste Große Koalition, im April 1966 kam es zur ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Josef Klaus.
- 7 Wolfgang Mantl: Aufriß der Problemlage. In: Ds. (Hg.): Effizienz der Gesetzesproduktion. Abbau der Regelungsdichte im internationalen Vergleich. Wien 1995, 38 und passim.
- 8 Wolfgang Mantl: Der österreichische Parteienstaat. Die Rolle und einige Gegenwartsprobleme der Parteien in der österreichischen Demokratie. Retzhof/Leibnitz 1969, 30 (offset-vervielfältigt, Hervorhebungen im Original).
- 9 Ich knüpfe hier zusammenfassend an meine Arbeiten der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts an und führe die Gedanken bis zur Gegenwart fort: Wolfgang Mantl: Rahmenbedingungen, Risiken und Chancen sozialer Integrationsparteien. In: Josef Krainer/Wolfgang Mantl (Hg.): Ortsbestimmung. Politik – Wirtschaft – Europa. Graz-Wien-Köln 1993, 25-44. – Ds.: Szenarios demokratischer Entwicklung im dritten Jahrtausend: die Rolle der Parteien. In: Erhard Busek/Andreas Khol/Heinrich Neisser (Hg.): Politik für das dritte Jahrtausend. FS f. Alois Mock z. 60. Geb. Graz 1994, 117-128. – Ds.: Demokratie und Parteien. In: Helmut KONRAD/Manfred Lechner/Peter Schachner-Blazizsek (Hg.): pro demokratie. Graz 1997, 113-141. – Die Auseinandersetzung zwischen „Staat“ und „Markt“ samt den Auswirkungen auf das Parteiensystem wird „erst“ in meiner „Effizienz der Gesetzesproduktion“ (Anm. 7) reflektiert.
- 10 Reformmaßnahmen werden seit den siebziger Jahren ventiliert im „Österreichischen Jahrbuch für Politik“ und seit 2001 im „Steirischen Jahrbuch für Politik“. Dazu kommt die Schriftenreihe des „Zentrums für Angewandte Politikforschung“, in jüngerer Zeit etwa Wolfgang C. Müller u.a. (Hg.): Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten. Wien 2001. Vielfältige Impulse bieten drei von Alfred Payleitner herausgegebene Bände, zuerst: Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik. (Wien 1999: ein Band, dessen Ziel es ist, sich mit dem Vorschlag Klaus Poiers für ein minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht auseinanderzusetzen, eine spektakuläre Anerkennung und ein imponierendes Ernstnehmen der Arbeit eines jungen Wissenschafters), dann: Österreich neu. Herausforderungen nach der Wende (Wien 2000), schließlich: Die Fesseln der Republik. Ist Österreich reformierbar? (Wien 2002: noch vor dem Auseinanderbrechen der schwarz-blauen Regierung verfasst).
- 11 Gustav E. Kafka: Woran gehen Demokratien zugrunde? Schöne Rezepte und bittere Wahrheiten. In: Wort und Wahrheit, 16 (1961), 835.
- 12 Vgl. auch den vom Innsbrucker Institut für Föderalismus herausgegebenen 26. Bericht über den Föderalismus in Österreich (2001). Wien 2002.
- 13 Ich habe in meiner (in Anm. 8 zitierten) Retzhofschrift „Der österreichische Parteienstaat“ (26-30) den Diskussionsstand der sechziger Jahre resümiert und selbst ein harmonisierendes Mehrheitswahlrecht vorgeschlagen, bei dem die Hälfte der Mandate in Einerwahlkreisen als Direktmandate, die andere Hälfte als Listenmandate vergeben werden sollen. Jede Wahlpartei erhält nach diesem Modell so viele Listenmandate wie Direktmandate. Zwischen den Parteien entscheidet also der Erfolg in den Einerwahlkreisen, der Charakter der Mehrheitswahl wird nicht verändert, es gibt keine proportionale Gesamtstimmverrechnung. In knapper Formel: Zwischenparteilich wäre es also beim Majorzsystem mit seinen Vorteilen geblieben, innerparteilich würden einige Vorteile des Proporzsystems wirksam werden, die hier nicht im Einzelnen referiert werden können. (Die nochmalige Akzentuierung der Diskussion erfolgte damals durch Heinrich Neisser/Anton Pelinka (Hg.): Für ein mehrheitsförderndes Wahlrecht in Österreich. 8 Plädoyers. Wien-München 1971.
- 14 Klaus Poier: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik. Wien-Köln-Graz 2001 (Poiers Vorarbeiten gehen auf die zweite Hälfte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück).
- 15 Vgl. meine „Effizienz der Gesetzesproduktion“ (Anm. 7), 256.
- 16 Umfassender Überblick bei: Werner Dujmovits: Briefwahl – ein demokratisches Erfordernis. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 2000. Wien-München 2001, 289-317.
- 17 Dazu Wolfgang Mantl: Sprache und Politik. Politische Kommunikation und Kampf um Wörter. In: Josef Krainer/Wolfgang Mantl/Manfred Prisching/Michael Steiner (Hg.): Nachdenken über Politik. Jenseits des Alltags und diesseits der Utopie. Graz-Wien-Köln 1985, 307-310.
- 18 Zum Literaturstand (jeweils mit weiterer Literatur): Karl Magnus Johansson/Peter Zervakis (Eds.): European Political Parties between Cooperation and Integration. Baden-Baden 2002. – Peter Mair/Wolfgang C. Müller/Fritz Plasser (Hg.): Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien 1999. – Dimitris Th. Tsatsos/Gerold Deinzer (Hg.): Europäische Politische Parteien. Dokumentation einer Hoffnung. Baden-Baden 1998.
- 19 Kafka, Demokratien, 829 (Anm. 11).
- 20 Maurizio Viroli: Die Idee der republikanischen Freiheit. Von Machiavelli bis heute. Zürich-München 2002, 133.

In einem Land wie jedem anderen – Österreichs Parteien auf dem Weg zur europäischen Normalität

Bernd Schilcher

„Wenn ich nicht anders als mit einer Partei in den Himmel kommen könnte, dann würde ich überhaupt nicht dort hingehen wollen.“

Thomas Jefferson,
3. Präsident der Vereinigten Staaten

Kritik an politischen Parteien gibt es, seit Parteien existieren. Thomas Jefferson drückt mit seiner sehr persönlich gehaltenen Abneigung – die ihn freilich nicht gehindert hat, sich als erster amerikanischer Politiker „seiner“ Partei im Wahlkampf ganz massiv zu bedienen – ein Lebensgefühl des 18. und 19. Jahrhunderts aus: Richtige Staatsmänner dürfen auf keinen Fall „parteiisch“ sein.

Ganz andere, nämlich durchwegs antidemokratische Motive waren es im Europa des beginnenden 20. Jahrhunderts, die, zumindest auf der bürgerlichen Seite, zu einer durchwegs negativen Einschätzung der Parteien führten. Die Nationalsozialisten brachten es mit ihrer bekannten abschätzigen Etikette für das Parlament auf den Punkt: „Quatschbude“. Wer in christlich-abendländischer Tradition Jahrhunderte lang geistliche und weltliche Fürsteneliten gewohnt war, die sich um den Bürger „kümmerten“, konnte mit der neuen „kollektiven Herrschaft der Plebs“ wenig anfangen.

Dass freilich die NSDAP als Führerpartei in der Folge überhaupt alles „von der Wiege bis zur Bahre“ an sich riss, war zweifellos der tragische Treppenwitz der österreichischen Parteiengeschichte.

Nach dem Ende der Naziherrschaft bewegten sich die beiden wiedererstandenen Großparteien ÖVP und SPÖ daher auf gewohntem Terrain der obrigkeitlichen Kümmerner, als sie daran gingen, den Anspruch, für alles und jedes im Leben eines Bürgers zuständig zu sein, mit demokratischer Le-

gitimation zu versehen. Dabei kam ihnen die Not der Nachkriegszeit zu Hilfe. Es war nicht weiter auffällig, dass sich die Parteien um die notwendigen Lebensmittel kümmerten, um Brennmaterial für den Winter, aber auch um die „Entnazifizierung“ der Heimkehrer, ihre Eingliederung in den Arbeitsprozess, um Schul-, Heim- und Hochschulplätze für ihre Kinder, um Wohnungen – und vor allem um jede Art von Intervention bei Ämtern und Behörden.

40 Jahre Sonderfall und die beginnende Trendumkehr nach Kreisky

Das ist gute 35 bis 40 Jahre so geblieben und hat Österreich den Ruf eines politologischen „Sonderfalles“ eingebracht: Ein Zweiparteiensystem mit proportionaler Machtaufteilung, parteipolitischer Vereinnahmung aller gesellschaftlichen Institutionen von den Turnvereinen bis zur Sozialpartnerschaft, gewaltiger Mitglieder- und Funktionsdichte, Proporzwahlrecht, geringe Wählermobilität und große Reformresistenz.

Erst seit den achtziger Jahren wurde auch in Österreich der Bürger als verantwortlicher Gestalter seines Lebens entdeckt und die Zivilgesellschaft als autonomer Partner der „Old Governance“. Es war aber vor allem Jörg Haiders massive und hartnäckige Kritik an den bestehenden parteipolitischen Verfilzungen und institutionellen Erstarrungen, die Bewegung in die Parteien brachte. Unter seiner Führung hat die FPÖ zwischen 1985 und 1999 um satte 22% zugelegt. Sie wurde zur zweitstärksten Kraft in Österreich. Da SPÖ und ÖVP gleichzeitig auf 33 bzw. 27% absackten und andererseits die Grünen und eine Zeit lang auch die Liberalen im Parlament saßen, schien der Übergang vom Zweiparteiensystem zum Mehrparteien-Pluralismus auch bei uns geglückt zu sein.

24. November 2002: Zurück zum Sonderfall – statt weiter auf dem Weg zur Normalität?

Umso betroffener waren viele durch das Wahlergebnis vom 24. November 2002. Denn wieder erreichten ÖVP und SPÖ zusammen fast 82% – um 22% mehr als sie 1999 hatten. Das konnte wohl nur als „Rückfall“ in das alte Zweiparteiensystem gedeutet werden, mit 90% und mehr Stimmenanteil der beiden Großparteien über 40 Jahre hin. Dazu kamen angeblich neue Fälle von Ämterpatronage und Postenschacher (Minister Strasser), parteipolitischer Vereinnahmung (des ORF durch die jüngste Reform) und eine Renaissance des überkommenen Lagerdenkens (Haupt/Mölzer: FPÖ als „drittes Lager“). Tatsächlich lässt sich ziemlich einfach das Gegenteil der Rückfallsthese beweisen:

- So haben 25% der Wähler des Jahres 2002 etwas anderes gewählt als 1999; damit hat sich der Prozentsatz der Wechselwähler von 7% (1979) über 22% (1999) auf nunmehr stolze 25% verdreifacht. Das ist wohl kaum als Anzeichen der (Wieder-)Erstarrung zu interpretieren.
- Die österreichischen Parteien, die noch Mitte der siebziger Jahre mit rund 75% Stammwählern rechnen konnten, müssen sich 2002 mit einem Drittel dieser Rate begnügen.
- Der Organisationsgrad von ÖVP und SPÖ hat sich von 50% in den siebziger Jahren auf nunmehr unter 30% verringert – europäisch gesehen freilich ein noch viel zu hoher Wert.
- Schließlich ist die „Partei der Nichtwähler“ kontinuierlich von 4,1% (1956) über 7,1% (1975) und 13,9% (1990) auf gegenwärtig 19,4% (1999, 2002) gestiegen und hat so das (untere) Normalmaß in Europa erreicht.

Wie gewaltig die Mobilität der österreichischen Wähler zugelegt hat, zeigt auch ein Vergleich zwischen Kreisky und Schüssel. Während der Erstere vier Wahlgänge benötigte (1970, 1971, 1975 und 1979), um den Stimmenanteil der SPÖ um ganze 8,5% zu erhöhen, schaffte der Letztere 2002 nahezu das Doppelte, nämlich 15,5%, in einem einzigen Wahlgang. Gleichzeitig ist es dem Bundeskanzler gelungen, die „Bürgerblock-Barriere“ in Österreich zu überwinden. Noch dazu mit einem Jörg Haider, der in vielen Teilen der Welt als „Faschist“ und „Neonazi“ gilt. Damit warten nur noch Schwarz-Grün bzw. Rot-Grün auf ihre Regierungsfähigkeit: Ein weiterer Schritt zur demokratischen Normalität.

Zuwächse von fast 16% haben freilich den Charakter von „Leihstimmen“ wie Waltraud Klasnic scharfsinnig beobachtet hat. Das stimmt nicht nur im Vergleich zu den Erbpachtvorstellungen der ersten 40 Jahre der Zweiten Republik, wo Veränderungen von 3% bereits den Charakter einer Kontinentalverschiebung hatten. Das stimmt vor allem im Hinblick auf die neue Wählermobilität. Alles, was heute gewonnen wird, kann morgen schon wieder zerronnen sein. Im schlimmsten Fall bis auf ein Viertel der Wähler – das ist einstweilen noch das Auffangnetz der Stammwählerschaft.

Denn der alte Kitt, der die Wähler bei der Stange gehalten hat, ist weg. Die Familiengewohnheit, die Weltanschauung, das „Milieu“, die Vorstellung, dass die Partei alles und allumfassend ist und der Einzelne nichts, die ungefragte Gerechtigkeit des jeweils eigenen Lagers, der Wahrheitsanspruch des *nulla salus extra* – alles das gilt nicht mehr.

Die Megatrends der Säkularisierung, Modernisierung und Sprengung der alten sozialen Lager und Klassen haben auch vor Österreich nicht Halt gemacht.

Dazu kommen die postmodernen Werte der Ökologisierung, des Feminismus und des gesellschaftlichen Liberalismus, die in allen Parteien mehr oder weniger wirksam sind. Durch alle diese Trends und Entwicklungen wurden nicht nur der Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich so gut wie endgültig überwunden, sondern auch die Reste des alten Klassenkampfes und des politischen Katholizismus der Ersten Republik. Auch hier sind Österreichs Parteien auf einem europäischen Weg. Gleichzeitig wächst auch der Konsens darüber, dass der einzelne Bürger für sein Leben in erster Linie selbst verantwortlich ist und staatliche Institutionen daher schlanker, effizienter und treffsicherer werden müssen. Das führt zu weiteren Ernüchterungen in der Politik und bei den Parteien.

Die neue Nüchternheit

So ist die „Partei fürs Herz“ mit „sozialer Wärme“ weitgehend von kompetenteren Gruppen abgelöst worden: von der Familie, den Freunden und Nachbarn, den „Peers“ und Arbeitskollegen, den Kirchen und religiösen Gemeinschaften, den Sport-Vereins-, Fitness- und Wellnesspartnern usw. Wenn schon für Wärme, dann sind Politiker und Parteien heute bestenfalls für kalorische Wärme zuständig, also für

eine gute Energiepolitik. Das Parteilokal ist, wenn es überhaupt noch existiert, kein Ort der Geselligkeit und der politischen Sozialisation mehr, sondern bestenfalls einer der programmatischen und organisatorischen Arbeit.

Die Otto-Möbes-Schule der steirischen Arbeiterkammer hat kürzlich einige 100 Kursteilnehmer – weitgehend SP-Betriebsräte und -Personalvertreter – gefragt, welche Tugenden heute wichtig sind und in der folgenden Reihenfolge Antwort erhalten:

1. Sachkompetenz und Professionalität
2. Flexibilität
3. Teamfähigkeit
4. Hilfsbereitschaft
5. Pünktlichkeit.

Dieser Katalog gilt nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in der Politik. Schlüssel wurde unter anderem deshalb gewählt, weil er sich als kompetenter, erfahrener Profi erwiesen hat, der strategisch denken kann und Führen gelernt hat. Sowohl Gusenbauer als auch Van der Bellen sind im Vergleich dazu „dilettantische“ Newcomer. Keiner von beiden hat auch nur eine Gemeinde vom Zuschnitt Mistelbachs oder Gramat-Neusiedls „regiert“. Beide erinnern daher in ihren Ansprüchen an frisch promovierte Medizinstudenten, die bereits am nächsten Tag Klinikchefs werden möchten.

Parteien sind längst nicht mehr der politische Nabel der Welt

Sicher, Politiker sollen nicht unsympathisch sein, aber ob sie Cello spielen oder nicht, ist bei weitem nicht so wichtig wie das Vertrauen, das sie als erfahrene, nüchterne und sachorientierte Profis beim Bürger erwecken. Vor allem durch Probleme Lösen. Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, dass sie das, was sie wollen, artikulieren und kommunizieren können (Medienkompetenz) – und dass sie letztlich den Mut haben, Entscheidungen zu treffen und für diese Entscheidungen gerade zu stehen. Politik ist Chefsache und Sache der Politiker – Parteien werden heute nur noch hilfsweise und unterstützend tätig. Sie sind längst nicht mehr der politische Nabel der Welt. Parteisekretäre vom Gewicht eines Withalm, Liwanec, Blecha oder Graff sind heute nicht mehr gefragt.

Das hat sich freilich noch nicht so ganz herumgesprochen. Weder in den Parteien selbst, noch bei

den Medien und Bürgern. Hier gilt es, einige Missverständnisse aufzuklären. So sind zunächst einmal die Zeiten parteipolitischer Patronagen endgültig vorbei. Keine Partei verschafft heute noch Wohnungen, Posten oder Kindergartenplätze. Interventionen bei Behörden, bis in die achtziger Jahre durchaus die Regel, sind selten geworden. Wo Derartiges tatsächlich noch geschieht, stehen die Akteure postwendend am öffentlichen Pranger. Und das mit Recht. Parteipolitische Universalvertretungsansprüche haben auch in Österreich ausgedient.

Ganz etwas anderes ist es, wenn ein Minister nicht den von irgendwelchen Auswahlgremien vorgeschlagenen Kandidaten für einen öffentlichen Posten nimmt, sondern einen anderen, dem er vertraut. Das darf er nicht nur, das muss er sogar im Sinne der Ministerverantwortlichkeit, wenn er von seinem Kandidaten überzeugt ist. Er muss eine solche Entscheidung allerdings öffentlich begründen können. Und zwar sachlich. Das Misstrauen und die Wachsamkeit der Medien sind in diesem Punkt sehr am Platz – sie schießen aber über das Ziel, wenn Journalisten in solchen Zusammenhängen von parteipolitischem „Postenschacher“ sprechen und verlangen, dass immer der als erster Vorgeschlagene auch zum Zug kommen muss. Eine derartige „Verbindlichkeit“ ist, wie der Verfassungsgerichtshof mehrfach ausgeführt hat, verfassungswidrig. Denn sie lässt in Wahrheit ein anonymes Gremium entscheiden, wo der verantwortliche Politiker gefragt ist. Persönliche Verantwortung ist in der Demokratie ein unverzichtbares Prinzip – freilich nur dann, wenn die handelnden Politiker bei schweren Fehlern in ihrer Personalpolitik tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden.

Auch Österreichs Parteien haben abgespeckt und sind enthaltsamer geworden

Wieder etwas anderes ist die parteipolitische Vereinnahmung von Institutionen – wie z.B. staatlicher Fernsehanstalten. Das ist falsch – wenn auch europaweit verbreitet. Hier muss daher eine andere politische Kultur entwickelt werden, z.B. durch kräftige private Konkurrenz, die letztlich durchaus im Interesse der Politik selbst liegt. Parteipolitische Enthaltensamkeit fördert bereits mittelfristig die Qualität der Institutionen. Und daran sollten zumindest gute Politiker interessiert sein. Dass Derartiges klappen

kann, hat bereits Bundeskanzler Klaus mit der Realisierung des Volksbegehrensrundfunks 1967 gezeigt. Wie es umgekehrt schiefe gehen muss, wurde durch die Kreisky'sche Gegenreform 1974 drastisch und nachhaltig vor Augen geführt.

Das alles gilt auf vielen Gebieten. Tatsächlich haben Parteien, Kammern und Verbände in verschiedener Hinsicht „abgespeckt“. Angefangen von der Anzahl ihrer Mitglieder und Mitarbeiter bis hin zu den gesellschaftlichen Machtansprüchen. So maßen sich die Sozialpartner heute nicht mehr an, als außerparlamentarische Nebenregierung für alles und jedes zuständig sein zu müssen, wie das bis in die achtziger Jahre hinein üblich war. Sie sind nur noch Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer – nicht mehr und nicht weniger.

Kammern und Gewerkschaften machen dieselbe Erfahrung. Ihre Mitglieder sind kritischer geworden, sie reagieren rasch und deftig auf Fehler ihrer Institutionen. Genau das gilt auch für politische Parteien. Ihr Aderlass an Mitgliedern und Funktionären erweist sich als durchaus heilsam. Rein pragmatisch erspart er die üblichen, zeitaufwändigen und teuren „Beschäftigungsprogramme“ fürs eigene Personal zwischen den Wahlzeiten und das systemimmanente Auseinanderdriften zwischen den politischen Meinungen der Funktionäre und jenen der Bürger. Denn erstaunlicherweise ist die berühmte „politische Basis“ häufig abgehobener vom Wählerwillen als so mancher angeblich immer einsame politische Leitwolf. Weil Funktionäre keine Seismografen sind, sondern in erster Linie Vertreter ihrer eigenen Interessen. Langfristig sinnvoll war auch das Ende der Parteizeitungen in Österreich. Politiker finden heute andere und bessere Darstellungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Medien unserer Zeit.

Immer noch Schwierigkeiten mit politischen Programmen und ihrer öffentlichen Diskussion

Die größten Missverständnisse gibt es freilich immer noch bei der Programmarbeit der Parteien. Es macht keinen Sinn, wenn politische Parteien in kleinen anonymen Zirkeln Programme entwickeln und diese dann die Funktionärshierarchie auf und ab diskutieren lassen. Das ist überholter Arkan-Fetischismus. Die entscheidenden Themen der Zeit müssen genauso wie grundsätzliche Erwägungen in aller Öffentlichkeit gefunden und ausdiskutiert werden. Das

wiederum ist primär die Sache von Politikern, Medien und Vertretern der Zivilgesellschaft. Parteien haben auch hier bestenfalls unterstützende Funktion. Schon seit den achtziger Jahren wissen wir, dass österreichische Parteien erhebliche Probleme mit Bürgerinitiativen, NGOs und außerparlamentarischen Bewegungen haben. Sie empfinden alle diese Gruppen als unzulässige Konkurrenz. Das ist auch der Grund, warum österreichische Parteien mit der Zivilgesellschaft wenig anfangen können. Die meisten wollen diese instrumentalisieren und einfach für ihre Ziele einspannen. Als selbstständige Partner werden sie kaum akzeptiert. Das ist einer der Gründe, weshalb in Österreich so gut wie keine öffentlichen Diskussionen über Sachfragen stattfinden. Die verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft haben in der Regel eine zu geringe Organisations- und Mobilisierungskraft – die Parteien wiederum, die diese Kraft hätten, sind bei den geheimen Programmvorarbeiten steckengeblieben und hoffen nach wie vor auf die „großen Würfe“, die freilich nie zustande kommen.

An dieser Grundhaltung kranken auch die öffentlichen Diskussionen um Vorschläge verschiedener Expertengremien wie beispielsweise der Pensionsreformgruppe. Auch hier wird viel zu viel in kleinen anonymen Spezialzirkeln vorweggenommen und der Bürger solcher Art nur noch mit den Eisbergspitzen der Überlegungen konfrontiert, die er nach der Methode „friss Vogel oder stirb“ serviert erhält. Hier wird die Rolle der Experten falsch gesehen. Auch sie haben nur dienende Funktion. Primär müssen Bürger und Politiker wissen und artikulieren, was sie wollen. Experten können diese Wünsche bewerten und auf ihre Konsequenzen aufmerksam machen. Die Rolle der Parteien beschränkt sich auf die Organisation und Moderation der Bürgerwünsche, der Medieninformation und der Aussprache zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und den Politikern.

Öffentliche Programmarbeit als politischer Teil des „Vollzugsföderalismus“: Neue Aufgaben für Landtagsabgeordnete

In Zukunft sollte die öffentliche Diskussion von Sachthemen als Vorbereitung politischer Entscheidungen in erster Linie von den Politikern der zweiten Ebene in die Hand genommen werden. Alle

österreichischen Bundesländer haben zwischen 36 und 100 Landtagsabgeordnete. Befreit man diese von ihrer – unnötigen bis kontraproduktiven weil rechtszersplitternden – Gesetzgebungstätigkeit in den Landtagen und gibt man ihnen die Aufgabe der Durchführung öffentlicher Diskussionen über politische Themen mit Experten und Medien bzw. die politische Umsetzung der EU- und der nationalen Gesetzgebung auf der Länderebene, so wäre allen geholfen: Die Abgeordneten selbst erhielten neue wichtige Funktionen, die Parteien würden ihre Organisations- und Mobilisierungskraft sinnvoll einsetzen, Experten, Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien säßen schließlich an einem Tisch. Ähnliches passiert ja längst schon im EU-Parlament, dessen Hauptaufgabe bekanntlich nicht die Gesetzgebung im engeren Sinne ist, sondern der öffentlich organisierte Lobbyismus für europäische Rechtsentwicklungen.

Wer bei diesem Funktionswandel der Landesparlamente um eine wirksame Vertretung der Länderinteressen in Wien und Brüssel bangt, dem müsste gezeigt werden, wie das alles besser funktionieren könnte. Dazu braucht man nur – wie in Deutschland – den Bundesrat mit den neun Landeshauptleuten zu besetzen und mit einem differenzierten Veto auszustatten und die schon bestehenden Länderlobbies in Brüssel zu stärken und institutionell zu verankern.

Erstes Thema: Mehrheitswahlrecht und Personalisierung

Dabei bedeutet Programmarbeit der Politiker auch öffentliche Diskussion der eigenen Arbeitsbedingungen. Das heißt, eines der ersten und wichtigsten Themen einer solchen Diskussion sollte die Einführung des Mehrheitswahlrechts sein. Damit würden wir uns in Österreich nicht nur die monatelangen „Koalitionsgespräche“ ersparen, sondern vor allem auch den Vorwurf, dass hierzulande Bürger

stets nur Parteien wählen und dann womöglich ganz andere Regierungen bekommen.

In diesem Zusammenhang wäre auch eine deutliche Personalisierung des Wahlrechts notwendig. Eine solche widerspricht dem europäischen Trend zur „Kanzler- bzw. Ministerpräsidentenwahl“ (Bernard Manin) in keiner Weise. Denn die Personalisierung an der Spitze kann ohne weiteres durch eine ähnliche Personalisierung bei den übrigen Politikern ergänzt werden. Das würde zu einer weiteren wichtigen Relativierung der Parteienmacht führen: Nicht die von ihnen aufgestellten Listen entscheiden, wer gewählt wird oder nicht, sondern das Ansehen der einzelnen Politiker bei ihren Wählern und die Leistungen dieser Politiker für ihre Wähler selbst. Solche Kriterien sind weitaus sinnvoller als die bislang geübte Huld und Gnade der aufstellenden Partei.

Fazit: Wir sind eine stinknormale Parteiendemokratie

Ureigenste Aufgaben der Parteien bleiben schließlich, wie im übrigen Europa, die Durchführung der Wahlen und die Regierungsbildung.

Sieht man sich den enormen Wandel der österreichischen Parteien in den letzten 15 bis 20 Jahren an und nimmt man noch ihre neue, rein dienende Funktion bei der künftigen Programmarbeit und öffentlichen Diskussion von Sachthemen hinzu, so wird offensichtlich, dass Österreich kein politologischer Sonderfall ist, sondern eine stinknormale europäische Parteiendemokratie.

Hans Rauscher hat einen Tag nach der Nationalratswahl 2002 im „Standard“ festgestellt, dass die Österreicher nach 32 Jahren SP-Mehrheit nunmehr „in einem anderen Land“ leben würden. Das mag seiner subjektiven Befindlichkeit entsprechen – in Wahrheit leben wir objektiv betrachtet, gerade nach dem 24. November 2002 zunehmend in einem Land wie jedem anderen.

Ein paar Anmerkungen zur Zukunft bürgerlicher Parteien

Warnfried Dettling

Zwei Wahlen im Jahre 2002 mahnen zur Vorsicht, was Prognosen zur Zukunft bürgerlicher Parteien angeht. In Österreich hat die Volkspartei einen spektakulären Wahlsieg errungen, den so niemand vorhergesagt hätte. In Deutschland ist die CDU/CSU wiederum, wie schon 1998, nur als zweiter Sieger durchs Ziel gegangen, obwohl sie das ganze Jahr über in den Umfragen vorne lag. Es sind zwei ganz unterschiedliche Botschaften, die diese Wahlen vermitteln. Die gute Nachricht aus Österreich lautet: Es ist einer Integrationspartei der Mitte möglich, mit etwas Fortüne und einer guten Politik wieder zur führenden Kraft im Lande aufzusteigen. Die deutschen Bundestagswahlen hingegen vermitteln eine ganz andere Botschaft: Eine Partei kann verlieren, was sie über ein halbes Jahrhundert ausgezeichnet hatte: die strukturelle Mehrheitsfähigkeit in der Gesellschaft. Die Union hat sie gehabt in einem sehr konkreten Sinne: Seit 1949 konnte sie immer mehr Abgeordnete in den Deutschen Bundestag schicken als die SPD. Mit Ausnahme 1972, und das war, so konnte man sich trösten, die Wahl des populären Willy Brandt. Und mit Ausnahme 1998, und das war, so konnte man sich wieder trösten, die Wahl nach sechzehn Jahren Kohl und der Wunsch nach einem Wechsel. Für 2002 stehen solche Tröstungen nicht bereit: Die CDU dümpelt in vielen großen Städten bei 25 bis 30% und ist insgesamt auf Bundesebene fest im 30%-Turm gefangen.

Zwei Wahlen, zwei Botschaften. Doch sie zeigen ein Muster, lehren eine Lektion: Erfolg hat die Partei, die kulturell nicht fremdelt – und die gerade nicht allen alles verspricht, sondern die Probleme ehrlich und offen angeht. Eine Partei also, die sich und anderen nichts vormacht, weder über die Gesellschaft, in der sie lebt, noch über die politischen Aufgaben, deren Lösung die Bürger erwarten. So unmöglich es ist, die Entwicklung der (bürgerlichen) Parteien im 21. Jahrhundert vorherzusagen, so nahe liegend sind doch einige Veränderungen und Fallstricke, auf die sie achten sollten, aber

auch Chancen, die sie nutzen können. Vom politischen Gegner haben sie wenig zu befürchten. Die wirkliche Gefahr besteht für sie darin, dass sie sich selbst im Wege stehen. Die folgenden Punkte markieren einige der kritischen Punkte, an denen sich das Schicksal der (bürgerlichen) Parteien mitentscheiden dürfte.

Grenzen der Milieus oder: Die Stärke schwacher Bindungen

Alle Parteien stecken heute in einem Dilemma: Sie sind stabile Einrichtungen in einer mobilen Gesellschaft, und sie sind geschlossene (homogene) Formationen in einer heterogenen Gesellschaft. Wie sie mit dieser Spannung zurecht kommen, wird über ihren Erfolg mitentscheiden. Es ist ganz offensichtlich, dass es ihnen immer schwerer fällt, beides unter einen Hut zu bringen. Das war noch leichter, als alle möglichen Interessen und Gruppen durch immerwährendes Wachstum (der Wirtschaft, des Sozialstaates, der Staatsausgaben, der Schulden) befriedigt werden konnten. Es war auch noch leichter in Zeiten, als es viele Stamm- und wenig Wechselwähler gab. Beides ist Vergangenheit. Die Rede von den Stammwählern und den Wechselwählern geht immer mehr ins Leere, und sie sagt vollends wenig aus über die Erfolgchancen einer Partei – oder was sie tun sollte, um ihre Chancen zu verbessern. Natürlich gibt es die Milieus noch, auf die nach wie vor Verlass ist: bei der ÖVP, der CDU und CSU sind es vor allem jene Katholiken, die sonntags regelmäßig in die Kirche gehen; bei der SPD und SPÖ jene, die treu zu den Gewerkschaften stehen. Nur: Es werden immer weniger, und die soziale Distanz zum Rest der Gesellschaft wird immer größer. Das hat paradoxe Folgen: Es ist nicht gesagt, dass die Aktivität der Aktiven eine Partei sympathischer macht, mehr Wähler anzieht als abschreckt. Die Schwäche starker Bindungen gründet darin, dass

sie eine Minderheit sektenartig verbindet, aber den großen „Rest“ der Gesellschaft entfremdet oder gar abstößt. Für Parteien kommt es eher darauf an, sich die Stärke schwacher Bindungen zu Nutze zu machen: eine Mehrheit von Wählern zu erreichen, wenn auch die meisten nicht sehr intensiv, sondern eher oberflächlich, was wiederum den „Gläubigen“ in der Partei nicht gefällt, die immerfort danach fragen, was denn die eigene Partei im Kern ausmache und von den anderen Parteien klar unterscheidet. Diese Frage war früher leichter zu beantworten, als die Alternativen noch einfach, die sozialen (Klassen) Lagen eindeutig, die sozialmoralischen Milieus festgefügt und die Ideologien noch nicht verbraucht waren.

Managing Diversity oder: Eine Partei zwischen Vielfalt und Geschlossenheit

Die Grenzen der Milieus springen auch aus einer anderen Perspektive ins Auge. Es wird für politische Parteien immer aussichtsloser, durch eine Art „Anpassungsartistik“ sich auf die diversen Milieus einzustellen oder, negativ gewendet, sich ihnen anzubiedern. Der Grund dafür ist ein doppelter: Die Gesellschaft ist so unübersichtlich und so heterogen geworden (und sie wird es immer mehr), dass es schier unmöglich ist, sich auf die diversen Milieus mit je spezifischen und zielgenauen und dann notwendig einander widersprechenden Botschaften einzustellen. Und zum andern: Es ist kein Problem der Sprache, der Kommunikation oder der „Vermittlung“, wenn Parteien in bestimmten Gruppen der Gesellschaft schlecht aussehen oder einfach nicht verstanden werden, sondern eine Folge der unterschiedlichen Welt-Wahrnehmung oder genauer: der Realitätsverweigerung, welche konservative Parteien als ständiger Schatten begleitet. Drei Beispiele mögen andeuten, was gemeint ist: Junge, selbständige und gut ausgebildete Frauen nehmen sich selbst und ihre Welt anders wahr als der meist männliche Mainstream in konservativen Parteien. Beide leben in verschiedenen Welten. Wenn selbst „Modernisierer“ in CDU und ÖVP am Ende einer fortschrittlichen Frauen- und Familienrede anmerken, Gott habe Mann und Frau unterschiedlich erschaffen, so dass nur Frauen Kinder gebären können, und das habe eben allerlei Folgen, so werden Frauen antworten (wenn sie überhaupt noch ant-

worten): Dies sei ja schön und gut, rechtfertige aber nicht alles als natürlich und gottgegeben, was es an sozialen Realitäten und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern gebe. Auch die Alten werden nicht mehr sein, was sie einmal waren. Die (konservativen) Hoffnungen auf dieses zahlenmäßig wachsende Milieu, das keines mehr ist, könnten sich als trügerisch erweisen: Es macht keinen Sinn mehr, von dem Alter im Singular zu reden. Es ist eine sehr heterogene Gruppe, von der man nur eines mit Sicherheit sagen kann: Sie sind alt und sehr verschieden. Früher haben die Alten überwiegend konservativ gewählt. Das ist künftig alles andere als selbstverständlich. Und vieles spricht dafür, drittes Beispiel, dass die Unterschiede zwischen Stadt und Land die politische Landschaft wieder stärker prägen werden: das Land als Metapher für Tradition, Bindungen, Überschaubarkeit, die Stadt als Ort der Moderne und ihrer Möglichkeiten, aber auch ihrer Schattenseiten.

Rückzug in die Idylle, Flucht in die Polarisierung oder Gestaltung des Wandels?

Bei allen drei Beispielen liegen die konservativen Versuchen auf der Hand: traditionelle Rollenverteilung und Familienbilder; falsche Hoffnungen auf eine alternde Gesellschaft; Partei des Landes, die die Städte mit ihrem sozialen und moralischen Durcheinander im Grunde abgeschrieben hat. In einer Gesellschaft wachsender Vielfalt und Unübersichtlichkeit zieht sich eine solche Partei zurück auf vertrautes Gelände – und fragt sich dann: Warum werden wir nicht verstanden? Warum kommen wir nicht an, wo wir es doch so gut meinen? Es ist wie in einem schlecht synchronisierten Film: Es gibt den Ton, es gibt das Bild, nur passen beide nicht recht zusammen. Dieses Dilemma lässt sich durch Kosmetik und Kommunikation nicht aus der Welt schaffen, denn es hat einen realsoziologischen Grund: Die Gesellschaft wird immer differenzierter und unübersichtlicher, Parteien hingegen halten sich viel zu Gute auf ihre Einheit und Geschlossenheit. Während Wirtschaft und Unternehmen längst damit begonnen haben, sich selbst unter dem Stichwort „Managing of Diversity“ zu restrukturieren, das heißt sich selbst zu fragen, was sich ändern muss, damit sie der immer bunteren Schar ihrer Mitarbeiter und Kunden gerecht werden und so Er-

folg haben, ist dieses Problem in den politischen Parteien noch kaum erkannt: Welche Vielfalt müssen sie drinnen zulassen, um mit der Komplexität draußen kreativ umzugehen? Dabei liegt es auf der Hand, dass eine CDU oder ÖVP, die allüberall im ganzen Land die selbe Anmutung ausstrahlen würde, in Wien und in Graz und in Hamburg wie in Oberschwaben oder in Vorarlberg, überall auch unter ihren Möglichkeiten bleiben müsste. Was geeignet ist, eine christlich-demokratische Volkspartei in einer Metropole aus dem 25%-Loch heraus und nach oben zu führen, wäre vermutlich der sichere Weg, sie in traditionell katholischen Landen von 50 in Richtung 25% abschmelzen zu lassen. Das „Managing of Diversity“ wird auch für Parteien zur Bedingung des Erfolgs, und eine falsche Einheit und Geschlossenheit macht sie nicht nur unattraktiv, sie vermindert ganz allgemein ihre Chancen. Das hat weitreichende organisationspolitische Konsequenzen, die hier nicht erörtert werden können. Es genüge der Hinweis, dass eine Partei wie die CDU früher mit diesem Sachverhalt intelligenter umgegangen ist. In den siebziger und achtziger Jahren, als die deutsche Gesellschaft noch nicht so heterogen war wie heute, hatte die CDU ein vielfältigeres Erscheinungsbild. Unterschiedliche Politiker standen mit einem ausgeprägten Profil für unterschiedliche Möglichkeiten („Brücken“), zur CDU zu gelangen: Alfred Dregger etwa für das nationalkonservative Milieu, Hans Katzer, Norbert Blüm und Heiner Geißler für den christlich-sozialen Flügel, Rita Süßmuth und Richard von Weizsäcker für den liberalen Teil der CDU. Es ist seltsam und paradox: Je bunter die Gesellschaft, um so einförmiger das Erscheinungsbild der CDU. Und diese personelle Repräsentanz wird in ihrer Wirkung noch durch die Binnenstrukturen verstärkt. Das System der (innerparteilichen) Vereinigungen und Bünde entspricht der Gesellschaft von gestern, nicht der von morgen. Sie waren einmal Brücken zwischen Partei und Gesellschaft in beide Richtungen. Heute kann man etwas zugespitzt formulieren: Die wirklich gefährlichen Milieus für politische Parteien sind nicht jene, die sie nicht erreichen, sondern jene, die sie binden an die Pflöcke, von denen aus in der Vergangenheit, nicht aber in der Zukunft genug politisches Weideland abzugrasen war.

Aus diesem Dilemma der Parteien gibt es bekannte Auswege: auf Inhalte und politisches Profil ganz zu verzichten; Leerformeln anzubieten, die nichts aus-

sagen, auf die sich aber alle einigen können; oder sich dem hinzugeben, was ein Beobachter einmal die Lieblingsbeschäftigung der Parteien genannt hat: polarisieren, den Gegner attackieren, moralisieren. Das Problem ist nur, dass genau diese Art von Politik die Wähler eher abzuschrecken scheint und zur Parteienverdrossenheit beiträgt. Vor allem jene bekannte Koexistenz zwischen einer abgehobenen und abstrakten Wertedebatte an politischen Feiertagen und einem fast beliebigen Pragmatismus im politischen Alltag überzeugt immer mehr Wähler immer weniger. Vielleicht kann man von Österreich und dem Wahlerfolg der ÖVP etwas anderes lernen: einen anderen Stil, eine andere Methode, einen anderen Ansatz: nämlich Politik an Werten zu orientieren und Werte in die Politik zurückzubringen. Das heißt einmal, hart am Wind zu segeln und die Zukunftsprobleme direkt und offen anzusprechen – und dabei deutlich zu machen, dass deren Lösung nicht nur etwas mit der Kassenlage der öffentlichen Haushalte zu tun hat, sondern auch mit Dingen und Aspekten, die den meisten Menschen jenseits aller Milieus wichtig und wertvoll sind. Was nämlich allen oder doch den meisten Milieus gemeinsam ist, das sind zwei Erwartungen an die Politik: dass sie die Probleme lösen helfen und nicht verschlimmern möge und dass sie dabei nicht nur dem Druck der Ellenbogen, sondern einer Idee vom gemeinen Wohl folgen möge. Es könnte durchaus sein, dass ein anspruchsvoller Begriff von Politik nicht nur den Aufgaben angemessen, sondern auch den Erfolgchancen einer Partei förderlich ist.

Politik und Werte, Wege und Ziele wieder zusammen denken

Viele Beispiele können illustrieren, was damit gemeint ist. Familienwerte haben bei jungen Frauen und Männern in Österreich und Deutschland nach wie vor einen hohen Rang: Die überwiegende Mehrheit kann sich ein gelingendes Leben nicht ohne Kinder und eine dauerhafte Beziehung in Ehe und Familie vorstellen. Wenn dennoch ein Drittel eines Altersjahrganges ohne Kinder und ein Viertel unverheiratet bleiben, wenn Deutschland und Österreich ganz anders als Frankreich und die USA zu den Ländern mit den wenigsten Kindern gehören, dann stimmt etwas nicht: mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, nicht mit den Werten. Nicht über den

Verfall der Werte zu jammern, sondern bessere Bedingungen für die Realisierung von Familienwerten zu schaffen wäre eine wahrhaft konservative und auch christliche Aufgabe. Ein anderes Beispiel: Als es in Deutschland kürzlich um eine Notoperation in Sachen Rente ging, hatten Bundeskanzler und SPD die Beitragszahler weiter belastet und die Rentner geschont – und waren hinterher dann verblüfft, als Umfragen zeigten, dass die Pensionisten sehr wohl bereit gewesen wären, einen Beitrag zu leisten. Die (älteren) Wähler waren intelligenter und auch verantwortlicher als die herrschende Politik. Generationengerechtigkeit ist ein Wert, auf den man Menschen ansprechen kann, junge und alte. Schuldenabbau und Konsolidierung der Haushalte ist nicht nur eine finanztechnokratische Aufgabe, sondern ein notwendiger Weg, um für die Jungen von heute morgen Chancengerechtigkeit zu verwirklichen – und, ganz allgemein, dafür zu sorgen, dass der Staat auch künftig noch handlungsfähig ist. Oder, letztes Beispiel: Mehr ehrenamtliches und freiwilliges Engagement in einer aktiven Bürgergesellschaft ist nicht nur ein Mittel um öffentliches Geld zu sparen, sondern vor allem Ausdruck des sozialen Zusammenhaltes und einer anderen Solidarität, die sich nicht durch Steuern und Abgaben freikaufen möchte.

Der rote (oder schwarze) Faden, der sich durch diese Überlegungen zieht, könnte den bürgerlichen Parteien ein besonderes Profil geben. Ihre Kompetenz bestünde dann darin, dass sie den Bürgern die Wahrheit zutrauen und sich selbst die Fähigkeit, den Wandel so zu gestalten, dass die Menschen keine Angst mehr haben müssen, ja dass am Ende, nach der großen Transformation, mehr Menschen mehr Chancen haben. Das wäre freilich die Umkehrung des stummen Konsenses, der die Politik lahm gelegt hat: *Mundus vult decipi*. Der Wähler will getäuscht werden. Es kann sein, dass diese alte

Maxime („Versprechen nützen. Täuschungen bleiben ohne Folgen. Unangenehme Wahrheiten schaden“) früher eine Formel zum Erfolg war. Aber es gibt Hinweise, dass sich das Klima wendet, dass die Realitäten einfach stärker sind als alle Manöver. Vorsicht ist geboten beim Vergleich von Parteien, Personen und Wahlen. Aber ein Eindruck drängt sich schon auf: Der österreichische Bundeskanzler war schnörkelloser, der deutsche Kandidat war vorsichtiger, was die Reformagenda im eigenen Land angeht. Der tiefe demoskopische Sturz der SPD und ihres Kanzlers nach den Wahlen lässt sich kaum anders interpretieren denn als Wunsch nach einer ehrlichen, kompetenten Politik, die den Wählern nicht länger ein X für ein U vormacht. „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen“ hieß einmal ein SPD-Slogan (1972), der heute mehr die Lage trifft als damals – und den heute bürgerliche Parteien glaubwürdiger vortragen können als sozialdemokratische. Die vor allem dann, wenn sie nicht nur sagen, was notwendig ist, sondern warum: um welcher Ziele und Werte willen. Es fällt auf, dass die politische Sprache heute fast wie gereinigt wirkt von allem, was an Werte und Ziele und Bilder der Zukunft erinnert (um von Visionen erst gar nicht zu reden). „Maßnahmen“ aber, Sanierungen und „Notoperationen“ mögen notwendig sein, sie schaffen aber keine Loyalitäten und mobilisieren keine Anstrengungen für das gemeinsame Ganze. Die Frage hingegen, wie Europa, das Land, das Bundesland oder die Stadt in zehn, zwanzig Jahren aussehen sollte, kann an den Sorgen und Ängsten, aber auch an den Freuden und Hoffnungen der Menschen anknüpfen und sie fruchtbar machen für ein gemeinsames Projekt, für eine gute Zukunft. Wer könnte am Beginn des 21. Jahrhunderts eine solche Frage glaubwürdiger aufwerfen als konservative und christlich-soziale Volksparteien?

Zustand und Reform der Parteienfinanzierung

Hubert Sickinger

Wie ein roter Faden zieht sich durch die aktuelle Kritik des Föderalismus, dass dieser hohe Kosten aufwerfe, weil er zu teuren Doppelgleisigkeiten in Gesetzgebung und Verwaltung führe, Genehmigungsverfahren verzögere und eine hohe Zahl an zusätzlichen hauptberuflichen Politikern schaffe. Umgekehrt hat dieser – zweifellos teure – Föderalismus auch seine unbestreitbaren Meriten: er kann auch zu mehr Bürgernähe führen und schafft politische Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung wie die Parteimitglieder. Nicht zuletzt schafft er auch Möglichkeiten einer politischen Machtteilung – etwa wenn die politischen Mehrheitsverhältnisse auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene und die federführenden Parteien an der jeweiligen Regierung nicht deckungsgleich sind; freilich schafft die Machtdiffusion manchmal auch Intransparenz und Nährböden für Politfilz. Auch wenn manche Kritikpunkte offensichtlich berechtigt sind, besteht keine Notwendigkeit, den Föderalismus abzuschaffen – wohl aber, ihn zu optimieren.

Ähnliche Argumente können auch zur Parteienfinanzierung angeführt werden¹ – und zwar sowohl zur Finanzierung des Parteiensystems als Ganzes, als auch zu den Finanzen und der Organisation konkreter Parteien wie der ÖVP.

Die teuren Parteien

Bezogen auf das Parteiensystem hat die bundesstaatliche Struktur in Österreich zu einem überaus teuren Parteiensystem geführt: In Österreich stammt der überwiegende Anteil aller Parteigelder vom Staat. Gemessen an den staatlichen Parteisubventionen (Finanzierung für Öffentlichkeitsarbeit, Schulungseinrichtungen u.ä., Klubfinanzierung auf Bundes- und Landesebene, Gemeinderatsfraktionen) liegt Österreich mit derzeit über 25 pro Wahlberechtigtem in Nichtwahljahren mit Abstand an der Spitze aller Demokratien. Berücksichtigt man die ge-

samten Mittel, die den Parteien zur Verfügung stehen – also nicht nur die staatlichen Zuwendungen –, dann ist nur Italien (wo ein beträchtlicher Teil der Gelder aus meist dubiosen nichtstaatlichen Quellen stammt) annähernd so teuer wie Österreich.

Seinen kostspieligen Spitzenplatz verdankt Österreich hauptsächlich der stark ausgebauten Parteienfinanzierung auf Landesebene: 2002 summierten sich diese staatlichen Parteisubventionen der Länder (einschließlich Landtagsklubs) auf knapp unter 100 Millionen Euro – nahezu das Dreifache der ca. 35 Millionen Euro auf Bundesebene in einem Nicht-Nationalratswahljahr (2002 betrug die Bundeszuwendungen durch die zusätzliche Wahlkampfkostenerstattung 46,9 Millionen Euro). Hinzu kommen noch vergleichsweise geringere Subventionen in den Gemeinden. Die hohen Landesförderungen resultieren daraus, dass auf Landes- und Bezirksebene die Hauptlast der Betreuung der Mitglieder und daher hohe Personal- und Sachkosten der Parteiapparate anfallen, dass auch auf Landesebene alle vier bis sechs Jahre – besonders teure – Wahlkämpfe anfallen und die Parteien diese Kosten großteils an die öffentlichen Budgets weitergereicht haben: In dieser Hinsicht erweist sich der bundesstaatliche Staatsaufbau in Österreich als besonders kostentreibend.

Auch in einem anderen Bereich liegt das österreichische Parteiensystem im internationalen Spitzenfeld: Obwohl die Mitgliederzahlen von ÖVP und SPÖ seit den frühen achtziger Jahren deutlich zurückgegangen sind, sind immer noch ca. 15% der Wahlberechtigten auch Parteimitglieder. Bei der ÖVP dürfte deren Zahl nach Abzug von Karteileichen ca. eine halbe Million, bei der SPÖ knapp 400.000 betragen, die FPÖ lag zumindest „vor Knittelfeld“ bei knapp über 50.000 Mitgliedern. Insofern verwundert, dass der Anteil der Mitgliedsbeiträge und Kleinspenden an den Parteibudgets vergleichsweise bescheiden ist: bei der SPÖ betragen diese im Zeitraum um 2001 weniger als ein Drittel, bei

der ÖVP (einschließlich ihrer Bünde) vermutlich zwischen einem Fünftel und maximal einem Viertel, bei der FPÖ und den Grünen markant weniger als ein Zehntel der Zuwendungen, die diese Parteien vom Staat erhielten. In absoluten Zahlen mögen diese Einnahmen bei der SPÖ (2001 ca. 17 Millionen Euro) und ÖVP (wo der Gesamtbetrag schwerer nachvollziehbar ist, weil die Beitragshöhe je nach Teilorganisation und Bundesland unterschiedlich und dem Vernehmen nach auch die Beitragsmoral insgesamt niedriger als bei der SPÖ ist; der Betrag ist aber vermutlich um ein gutes Drittel niedriger als bei der SPÖ) relativ hoch erscheinen, in Relation erscheinen sie aber vergleichsweise bescheiden.

Getarnte Großspenden

Auch die Problematik der Großspenden ist in Österreich nicht unbekannt. Zwar haben die Parteien – die in ihren Rechenschaftsberichten angeben müssen, wie hoch die Gesamtbeträge von Spenden über 7.260 Euro (100.000 ATS) sind – laut eigenen Angaben nahezu keine Großspenden von Privatpersonen und Unternehme(r)n. Die Praxis sieht anders aus: Alles, was direkt an einen Politiker (statt an seine Partei), an den Parlamentsklub, eine parteinahe Organisation fließt, als Auftrag an ein Parteiunternehmen getarnt werden kann (etwa Inserate in Parteizeitungen) oder eine Kostenübernahme ist (etwa von Druck-, Reise-, Übernachtungskosten, „lebenden Subventionen“ usw.), taucht in keiner Parteibilanz als „Spende“ auf. Bei ÖVP und SPÖ summieren sich all diese Zuwendungen auf jeweils sicherlich einen zweistelligen Euro-Millionenwert, bei der FPÖ zumindest auf mehrere Millionen Euro pro Jahr. Zwar lassen sich – gelegentlich auftauchenden Korruptionsvorwürfen zum Trotz – Parteien auf Bundes- und meist auch auf Landesebene durch derartige Zuwendungen vermutlich eher selten „kaufen“. Allerdings spielen solche Spenden für die individuellen wahlkämpfenden Politiker (bei allen Wahlen) und für lokal bedeutende Politiker vermutlich eine wichtige und angesichts des Trends zu Persönlichkeitswahlkämpfen eher zunehmende Rolle. Und der Einflussverlust der Sozialpartner(schaft), die bisher die wirtschaftliche Interessenartikulation gegenüber den Parlamenten dominiert hat, spricht für einen Bedeutungsgewinn des – auch finanziellen – Lobbying durch einzelne Unternehmen und Interessenverbände.

Eine vierte nicht unerhebliche Einnahmequelle bilden die Parteisteuern und sonstige Zuwendungen der Mandatare. Diese sind vor allem deshalb problematisch, als dadurch die tatsächliche Höhe der Politikerbezüge verschleiert wird. Und fünftens sind auch Kredite als Vorgriffe auf künftige Einnahmen wichtig – und überaus drückend im Falle von Wahlniederlagen, wenn anschließend die staatliche Parteienförderung (die zum Bedecken der Kredite herangezogen wurde) niedriger als erhofft ausfällt. Die SPÖ war nach 1999, die FPÖ ist seit 2002 auf Bundesebene in einer derartigen „Schuldenfalle“; der ÖVP, die heute auf Bundesebene in Hinblick auf Kreditaufnahmen zweifellos „hochweiß“ dasteht, ist Selbiges 1990 wiederfahren.

Wenn man die Einnahmen der Bundes- bis hinunter zu den Ortsorganisationen aus Beiträgen, staatlichen Subventionen und Fraktionszuwendungen der Kammern zusammenzählt (und bei der ÖVP auch die Bünde berücksichtigt), nehmen ÖVP und SPÖ jährlich je etwas über 80 Millionen ein (wobei die ÖVP heute vermutlich knapp vor der SPÖ liegt). Zählt man den schwer abgrenzbaren Spendenbereich dazu, steigt das Finanzvolumen vermutlich jeweils noch um gut 15%. Die Einnahmen der FPÖ betragen um 2000 herum etwas mehr als die Hälfte der Werte von ÖVP und SPÖ; aufgrund der beständigen Abstürze dieser Partei bei allen seitherigen Wahlen plus nachfolgender Verluste bei der staatlichen Parteienfinanzierung hat sich ihr gesamtes Finanzvolumen – mit weiter sinkender Tendenz – allerdings mittlerweile vermutlich beinahe halbiert. Dass sich die FPÖ in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ebenso teure Werbefeldzüge wie SPÖ und ÖVP leisten konnte (weil sie nur geringe Fixkosten für ihren Parteiapparat hatte und daher den Großteil der Gelder direkt in die Öffentlichkeitsarbeit stecken konnte), ist jetzt eindeutig vorbei: Auf Bundesebene ist die FPÖ seit der Nationalratswahl 2002 stark verschuldet, und auch in den meisten Ländern (ausgenommen Wien) dürfte ihre finanzielle Situation wegen bereits erfolgter oder demnächst absehbarer Wahlniederlagen ebenfalls sehr angespannt sein.

Aufwertung der Mitglieder

Aus der Tatsache, dass die österreichischen Parteien den Steuerzahlern teuer kommen, lässt sich

nicht automatisch der Schluss ableiten, dass der Demokratie oder den staatlichen Budgets mit einer Kürzung der staatlichen Parteisubventionen geholfen wäre: Denn erstens sind offene staatliche Zuwendungen in der Praxis ein Beitrag zur Chancengleichheit der Parteien (Regierungsparteien haben nämlich direkt oder indirekt immer schon Zugang zu staatlichen Ressourcen gehabt, Oppositionsparteien hingegen nicht). Zweitens könnte ein Kappen öffentlicher Subventionen zur Folge haben, dass ein Teil dieser Mittel auf anderen Wegen (z.B. als Schutzgebühren für öffentliche Aufträge o.ä.) den Weg in die Parteikassen zumindest von Regierungsparteien findet.

Mir erscheinen vor allem zwei Gesichtspunkte sehr problematisch: Zum einen sind Parteimitglieder im gegenwärtigen System letztlich überwiegend ein Kostenfaktor und nicht so sehr eine Einnahmequelle für die Parteien. Zum anderen ist die Parteienfinanzierung – gemessen an den in diesem Bereich trotz hoher Staatszuschüsse weiterhin vorhandenen Korruptionsgefahren – weitgehend unkontrolliert.

Ein beträchtlicher Teil der Parteigelder wird für die „Systemerhaltung“ der Parteiapparate und insbesondere für die Betreuung der Mitglieder ausgegeben – mehr, als die Parteien von ihren Mitgliedern an Beiträgen erhalten. Dabei findet ein Gutteil der Betreuungskosten gar keinen Niederschlag in den Parteibudgets: Denn nicht nur zu den Aufgaben z.B. von Bezirksparteisekretären (bezahlt von der Partei), sondern genauso zum Anforderungsprofil von Landtags- und Nationalratsabgeordneten gehört wesentlich auch die Betreuung von Mitgliedern (und natürlich auch potenziellen Wählern ohne Parteibuch).

In der ÖVP wirkt ihre bündische Struktur sogar doppelt kostentreibend: Hier erfolgt ein wesentlicher Teil der Erfassung und Betreuung der Mitglieder ja bei den Bünden. Zugleich werden auch die Mitgliedsbeiträge von den Bünden kassiert; welche (meist geringe) Teile davon an die Partei weiter gegeben werden, ist Verhandlungssache. Allerdings muss daneben und parallel dazu auch die Partei eine entsprechende Organisation (mit hauptamtlichen Angestellten bis hinunter zur Bezirksebene) aufrechterhalten, da die Bündle nur ihre eigene Klientel betreuen. Den Bünden gelingt die Aufrechterhaltung einer derartigen Parallelstruktur vor allem dann, wenn sie auf eine Kammerorganisation

zurückgreifen können (deren Angestellte und Funktionäre in vielen Fällen de facto die Arbeit der Partei-Teilorganisation mitbetreuen), was vor allem beim Wirtschafts- und Bauernbund der Fall ist und dem Arbeiter- und Angestelltenbund (qua Verflechtung mit den Beamtengewerkschaftern) zum Erscheinungsbild eines Beamtenbundes verhilft. Mit den Einnahmen aus den Beiträgen einer relativ wohlhabenden (Unternehmer) oder dicht organisierten (Bauern) Mitgliedschaft sowie der in den Wirtschaftskammern besonders hohen Fraktionsfinanzierung verfügen die Bündle dann teilweise über erhebliche Mittel, die auch in aufwändige Vorzugsstimmenwahlkämpfe der jeweiligen Kandidaten bei Wahlen gesteckt werden können. Andere Teilorganisationen (Frauen, Jugend, Pensionisten) sind hingegen weitaus weniger wohlhabend, zum Teil eher ein Zuschussposten für die Partei.

Finanzielle und politische Kosten

Dieses System kann teilweise durchaus effizient für die Mitgliederbetreuung sein, die – politischen wie finanziellen – Kosten für die Partei dürften aber höher als diese Vorteile sein. Finanzielle Kosten bestehen sicherlich in der beschriebenen Duplizierung des Parteiapparats, der dadurch in Wirklichkeit extrem teuer ist. Politische Kosten entstehen aus der Tatsache, dass sich die Funktionäre oft eher ihrer Teilorganisation als der Partei verpflichtet fühlen (für die einfachen Mitglieder gilt dies wohl nicht mehr so stark wie früher), und einem strukturell angelegten innerparteilichen Immobilismus. Im Grunde funktioniert dieser Apparat nur in den Ländern einigermaßen zufriedenstellend, in denen die ÖVP die langjährig gewachsene Regierungspartei ist, wo also in den durch ihr staatliches Amt als Landeshauptleute mit zusätzlicher Legitimation ausgestatteten „Landesvätern und -müttern“ die für die periodische Erneuerung der Partei notwendigen Reformer- und Integrationsgestalten möglich bzw. vorhanden sind.

Das System der öffentlichen Parteienfinanzierung kompensiert derartige Probleme, senkt aber zugleich den finanziellen Wert der Parteimitglieder: Denn de facto kann die jeweilige Bundes- oder Landesparteispitze über die öffentlichen Subventionen relativ uneingeschränkt disponieren, während die Verteilung der Mitgliedsbeiträge relativ heftig um-

kämpft ist. Die staatliche Parteienfinanzierung stärkt also die Autonomie der Parteispitzen. Bei der ÖVP ist dieser Befund eigentlich noch dramatischer: Hier ist der finanzielle (nicht: ideelle!) „Wert“ der Mitglieder für die Partei selbst fast nicht vorhanden, denn die Mitgliedsbeiträge bleiben ja bei den Bünden.

Im Grunde müssten die Mitglieder einen weitaus größeren finanziellen Wert für die Parteien darstellen. Dies könnte innerhalb gewisser Grenzen durch Änderungen des Systems der öffentlichen Parteienfinanzierung gefördert werden: So sollte überlegt werden, im Rahmen einer (kostenneutralen) Umschichtung der staatlichen Förderungen Mitgliedsbeiträge und kleinere bis mittlere Spenden auch steuerrechtlich zu prämiieren – etwa durch Absetzbarkeit jährlicher Parteispenden und Mitgliedsbeiträge bis zur Höhe von einigen hundert oder tausend Euro pro Person und Jahr (bei kleineren Beträgen etwa auch in Form von Steuergutschriften von 50%, um gerade auch kleine Beiträge von weniger wohlhabenden Mitgliedern besonders zu fördern). In Deutschland und Nordamerika werden solche Steuergutschriften teilweise noch mit „matching funds“ kombiniert (d.h. die Parteien bzw. Kandidaten bekommen zu den eingeworbenen Kleinbeiträgen noch zusätzliche staatliche Prämien, wodurch ebenfalls das Einsammeln von massenhaften Kleinspenden und damit eine Orientierung an Mitgliedern und Sympathisanten, nicht aber an Großspendern begünstigt werden soll). Dies würde den Parteien ermöglichen, deutlich höhere Mitgliedsbeiträge einzuheben, ohne Austrittswellen zu verursachen. Eine anteilige Kürzung der Subventionen, die an die Parteien ausschließlich nach ihren Wahlergebnissen zugemessen werden, würde die Parteien zugleich zwingen, diese Erhöhungen auch wirklich durchzuführen (eine Kürzung der direkten Parteizuwendungen um ein Drittel würde für derartige Effekte beispielsweise durchaus reichen; die Finanzierung etwa von Parlamentsklubs oder der Parteiakademien wäre von diesem Vorschlag übrigens nicht betroffen). Psychologisch hätte das zusätzlich den Effekt, dass den Mitgliedern durch diese höheren Beträge ihre Bedeutung für die Partei nachdrücklicher vor Augen geführt würde. Und eine mögliche Lenkungswirkung könnte auch dadurch erreicht werden, dass nur Zuwendungen an die Parteien, nicht an Teil- oder Vorfeldorganisationen gefördert werden.

Mehr Transparenz und Kontrolle

In Wahljahren erscheint darüber hinaus eine Begrenzung von Wahlwerbekosten sinnvoll. Vor allem aber wäre eine deutliche Verbesserung der Transparenz der Parteifinzen wünschenswert. Es kann in Österreich zwar vermutet werden, dass die hohe staatliche Parteienfinanzierung deutlich korrupcionshemmend wirkt; wenn man allerdings (sichtbar etwa am Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International) bedenkt, dass Österreich in Hinblick auf die diesbezügliche „Sauberkeit“ seines öffentlichen Sektors vermutlich nur im Mittelfeld der entwickelten Demokratien liegt, wären auch hier deutliche Verbesserungen möglich. Dies müsste etwa eine deutliche Ausweitung der Offenlegungsbestimmungen bedeuten: Rechenschaftsberichte sollten also nicht nur von den Bundes-, sondern ebenso von den Landes- und Bezirksparteien verlangt werden; auch die Bilanzen der Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatsklubs sollten einer derartigen öffentlichen Kontrolle unterliegen. Und nicht zuletzt müssten die Angaben der Parteien von unabhängigen externen Kontrollinstanzen regelmäßig überprüft werden: Dies sollte bei Parlamentsklubs, staatlich subventionierten Schuleinrichtungen u.ä. der Rechnungshof, bei den Parteiorganisationen selbst eine unabhängige Sachverständigenkommission sein, die auch Berichte über Probleme der Parteienfinanzierung und mögliche Reformen erstellen sollte. Beispiele dafür gibt es: die Federal Election Commission der USA oder manche Sachverständigenkommissionen in Deutschland. Insofern könnte Österreich aus internationalen Vergleichen deutlich mehr entnehmen als nur die Tatsache, über die weltweit teuersten Parteien zu verfügen.

Die Politikerbesoldung als Vorbild

Es wäre zwar nicht einmal bei einem System der Parteienfinanzierung, das viel transparenter und billiger als das gegenwärtige wäre, zu erwarten, dass öffentliche Kritik völlig verstummen würde: manche Medien würden – einer populistischen Logik folgend – immer noch staatliche Mittel für die Parteien kritisieren, und eine völlige Transparenz politischer Finanzierungen erscheint eher als frommer Wunsch. Gleichwohl können durch mutige Refor-

men derartige Kritiken immerhin deutlich entschärft und politisch neutralisiert werden. Dies zeigt das Beispiel der Politikerbezüge, bei denen die Bevölkerung auf echte oder vermeintliche Privilegien verständlicherweise immer besonders sensibel reagiert (weil dies ein Bereich ist, wo die Bürger leicht mit ihrem eigenen Einkommen vergleichen können). Hier hat sich der Nationalrat nach jahrelanger heftiger öffentlicher Kritik 1996/97 zu durchaus tiefgreifenden Reformen (der Politikereinkommen im engeren Sinne, Stichwort „Einkommenspyramide“, wie zuvor auch schon der Einkommen in den Kammern u.ä.) entschlossen. Obwohl es auch seither noch Skandalisierungen (Stichwort „Postgewerkschafter“) gegeben hat, ist das Problem insgesamt dennoch deutlich entschärft.

Das Beispiel ist durchaus lehrreich: Bei Politikerbezügen (ebenso wie bei der Parteienfinanzierung) beschließen Politiker in eigener Sache. Die eigentlich tiefen (notwendigen) Schnitte waren wohl nicht zufällig vor allem dort möglich, wo die Nationalratsabgeordneten die Bezüge von Landes- und Gemeindepolitikern oder Kammerfunktionären reformiert haben (wozu Personen à la Rechberger und Zacharias oder Bürgermeister mit Ministerbezügen kaum imstande gewesen wären). Ähnlich könnte es wohl auch bei der Parteienfinanzierung sein, wo das Recht der politischen Parteien Kompetenz des Bundesgesetzgebers bzw. Bundesverfassungsgesetzgebers ist.

Insofern sollte die ÖVP (wie die anderen Parteien) überlegen, welche Reformen sie sich selbst im Rahmen innerparteilicher Reformen zutraut – und welche Reformen besser im Umweg über den (Bundes-)Gesetzgeber möglich erscheinen. In letzterem Fall muss die Reform jedenfalls so konstruiert sein, dass das neue Modell eine verallgemeinerbare Logik aufweist, also nicht nur parteiegoistische Ziele verfolgt, und Vor- wie Nachteile auf alle betroffenen Parteien einigermaßen gleichmäßig verteilt. Es versteht sich von selbst, dass derartige Änderungen nicht überfallsartig, sondern eher schrittweise über einen mehrjährigen Übergangszeitraum eingeführt werden sollten, um allen Parteien ausreichend Zeit für eine Anpassung zu geben.

- 1 Siehe zur Parteienfinanzierung in Österreich ausführlich: Hubert Sickinger, *Politikfinanzierung in Österreich*, Thaur u.a. 1997; Ders., *Parteien- und Wahlkampffinanzierung in den 90er Jahren*, in: Fritz Plasner/Peter A. Ullram/Franz Sommer (Hg.): *Das österreichische Wahlverhalten*, Signum (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung Bd. 21), Wien 2000, S. 305-331; Ders., *Überlegungen zur Reform der österreichischen Parteienfinanzierung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (2002) H. 1, S. 73-90. Die beiden zuletzt genannten Aufsätze sind auch über meine Homepage abrufbar (<http://mailbox.univie.ac.at/hubert.sickinger/>, dort unter dem Menüpunkt „Publikationen“). Zur Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich siehe etwa Karl-Heinz Nassmacher, *Die Kosten der Parteitätigkeit in westlichen Demokratien*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (2002) H. 1, S. 7-20.

Von der Parteien- zur Mediendemokratie

Reinhold Lopatka

Personalisierung und Inszenierung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts vollzieht sich in der Politikgestaltung in Österreich eine stille und weitgreifende Transformation, die besonders stark bei Wahlkämpfen deutlich wird. Die Parteiendemokratie, die in Österreich eine besondere Ausprägung und einen europaweit einzigartigen Organisationsgrad in den siebziger Jahren erreicht hat, befindet sich europaweit auf dem Rückzug. Die Mediendemokratie ist unaufhaltsam im Vormarsch.

Die besten politischen Inhalte und Ideen bleiben ohne die entsprechende Verpackung und den mediengerechten Verkauf unbeachtet. Die Darstellung von Politik hat, will sie bemerkt werden, spektakulär zu erfolgen. Das gelingt umso besser, je stärker eine Partei die Personalisierung und Inszenierung ihrer politischen Arbeit beherrscht.

Waren noch vor zwei Jahrzehnten die Medienvertreter jene, die Politik beobachteten, beobachten nun in der Mediendemokratie zunehmend die Politikvertreter die Medien, um sich bestmöglich ins Bild zu bringen. Die Regeln der Mediendemokratie stehen dabei oft im Kontrast zu jenen der Parteiendemokratie.

Während der politische Prozess innerhalb von Parteien langwierig und vielschichtig ist, hat die mediale Aufmerksamkeit nur jener, der rasch auf Ereignisse reagiert und innerhalb von maximal einer Minute in Nachrichtensendungen mit seiner „Botschaft durchkommt“. Die Willensbildung in politischen Parteien braucht relativ lange, will man auch die Mitglieder in diese miteinbinden. Der Parteiobmann hat jedoch oft innerhalb von Stunden oder gar Minuten für seine Partei Stellung zu beziehen.

Es erfolgen hier tatsächlich tektonische Verschiebungen in der Politik, die nicht mehr umkehrbar sind. Allein mit der Arbeit des herkömmlichen Parteiapparates sind keine Wahlen mehr zu gewinnen, entscheidend ist der mediale Auftritt des Spitzenvertreters einer Partei und die professionelle Präsentation von Positionen, Konzepten und Kandida-

tlinnen. Gefragt sind griffige Sager und eine kamera-gerechte Aufmachung.

Die Aktivitäten der Partei spielen zwar auf kommunaler Ebene (Gemeinderatswahlen) und in der Interessensvertretung (Personalvertretungs-, Betriebsrats- und Kammerwahlen) nach wie vor eine Rolle, in der Bundespolitik jedoch verlieren sie an Bedeutung.

Was bis heute geblieben ist, ist das Monopol des Parteiapparates, KandidatInnen aufzustellen. Starke Parteichefs verzichten allerdings seit einigen Jahren nicht mehr darauf, selbst Persönlichkeiten aufzustellen, die nicht aus der „Parteienwelt“, sondern aus der „Medienwelt“ kommen.

Auch bei der Auswahl des Spitzenkandidaten gewinnt der Vorrang der Medien vor der innerparteilichen Willensbildung an Bedeutung. Mangelnde Medienresonanz macht einem möglichen Spitzenkandidaten weit mehr zu schaffen als innerparteiliche Kritik. Mit entsprechend positiver medialer Begleitmusik kann dann ein Parteichef auch viel rascher und nachhaltiger die Ausrichtung seiner Partei ändern als über innerparteiliche Abstimmungsmechanismen.

Talkshows anstelle parlamentarischer Debatten

Die österreichischen Parteien haben bisher ihre zentrale Funktion der politischen Willensbildung auf der Bühne des Parlaments und der Landtage durch ihre Abgeordneten wahrgenommen.

Nun lösen zunehmend „Talkshows“ den parlamentarischen Diskurs ab, der größtenteils unter Ausschluss einer breiten Öffentlichkeit stattfindet, während Politik im Fernsehen Anklang findet. Mehr als zwei Millionen Zuseher verfolgten zu Spitzenzeiten die TV-Diskussion der vier Spitzenkandidaten bei der letzten Nationalratswahl. Nachwahlenanalysen zeigen, dass die TV-Auftritte gerade für Wechselwähler in ihrer Willensbildung von vorrangiger Bedeutung sind. Der Umbruch vom traditionellen zum audiovisuellen Wahlkampf ist bereits erfolgt. „Der

Trend zum Regierungsparlament und zur Mediendemokratie ist unverkennbar. Wenn die Entscheidungen in der Regierung fallen und die Debatten in den Medien stattfinden, was macht dann noch das Parlament?“ Das fragte sich daher jüngst die grüne Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, Antje Vollmer, folgerichtig in einem Spiegel-Interview. „Die Handlungsspielräume nationalstaatlicher Politik schrumpfen gegen Null, während der Handlungsbedarf exponentiell steigt“, umschreibt der deutsche Soziologe Ulrich Beck das zweite Dilemma, das nationalstaatliche Regierungen und Parlamente plagt. Wenn die großen Entscheidungen zunehmend in Brüssel fallen, was bleibt dann für 448 Landtagsabgeordnete und für mehr als 50 Landesräte zu tun, wenn schon die Bundesregierung, 183 Nationalratsabgeordnete und 62 Bundesräten kaum mehr Gestaltungsspielräume vorfinden. Diese Frage wird die Parteien noch sehr befassen, da die wichtigen Parteifunktionäre auf Landes- und Bezirksebene größtenteils auch Mandatsträger sind. Hier sind innerparteiliche Konflikte vorprogrammiert. Wer macht in Hinkunft die herkömmliche Parteiarbeit, sollte die Anzahl der Mandatare merklich reduziert werden? Eine weitere Schwächung der Parteiapparate wäre die logische Folge.

Die Schwerpunktsetzung der Parteiarbeit ist daher neu auszurichten. An der Spitze der Überlegungen hat die Bearbeitung von Sachthemen (Issues) zu stehen und die Entwicklung von mittel- und langfristigen Perspektiven, für die die Partei steht. Dabei darf jedoch eine Partei keinesfalls stehen bleiben. Ebenso wichtig sind die Kommunikationsstrategie und das Erscheinungsbild der Partei und ihrer Spitzenrepräsentanten (Images).

Themenführerschaft gelingt nur dann, wenn es der Partei gelingt, über ihre Spitzenvertreter die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf ihre Anliegen zu lenken. Der Parteiapparat und die Parteimitglieder schaffen es heute nicht mehr, gegen das Fernsehen und die großen Printmedien die öffentliche Meinung in die von der Parteispitze vorgegebene Richtung zu lenken. Hier kommt die zentrale Rolle den wenigen TV-bekanntesten Spitzenleuten jeder Partei zu.

So sehr die Mediengesellschaft von Events (gut inszenierten Scheinveranstaltungen) und Images (wohlkalkulierten Handlungen, die Eindruck hinterlassen sollen) geprägt wird, wird sich letztendlich nur der Politiker und mit ihm seine Partei durchsetzen, der am Kern des politischen Handelns mit Ver-

antwortung und Ernsthaftigkeit festhält. Das steht nicht im Widerspruch dazu, dass die Medien- die Parteiendemokratie abgelöst hat. ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel war bei den letzten Nationalratswahlen gerade deswegen so erfolgreich, weil er niemals um die Gunst von Zeitgeistmagazinen gebuhlt, noch „homestories“ platziert hat, sondern seine Positionen selbstbewusst durchgetragen und in den TV-Auftritten klargemacht hat.

Struktur-, Werte- und Themenwandel

Selbst der grandiose, historische Wahlsieg von Wolfgang Schüssel mit einem Zugewinn von mehr als 800.000 Stimmen und 15,4 Prozentpunkten darf nicht über innerparteiliche Probleme hinwegtäuschen, die auch vor der ÖVP nicht Halt gemacht haben. Die ÖVP – wie SPÖ und FPÖ, etwas schwächer die Grünen – haben Probleme, da es einen starken Struktur-, Werte- und Themenwandel gibt.

So haben ÖVP und SPÖ in den letzten zehn Jahren tausende Mitglieder verloren, die FPÖ hat erst zuletzt einen Mitgliederschwund zu verzeichnen gehabt. Zweitens nimmt die Überalterung der Parteien deutlich zu, und drittens weist die aktive innerparteiliche Mitwirkung an der Willensbildung der Parteien Defizite auf, die bei zehntausenden Parteimitgliedern zu einer völligen Lethargie geführt hat. Zu diesen strukturellen Fragen kommt noch der Werte- und Themenwandel.

Neben der Neuausrichtung der Parteien auf die neuen Herausforderungen durch die Mediendemokratie haben sie auch Antworten auf diese Problemstellungen zu erarbeiten.

Sicherlich ist der europaweit einzigartig hohe Mitgliederstand, den ÖVP und SPÖ gehabt haben, in Zukunft nicht mehr erreichbar, da die Parteien – wie alle großen Organisationen im Land – nicht mehr die Bindungsfähigkeit und auch nicht die Palette an Benefizien leisten können wie noch in den siebziger Jahren. Weniger Mitglieder zu haben, ist nicht unbedingt von Nachteil für eine politische Partei. Viel wichtiger sind engagierte Mitdenker und Mitarbeiter. Daher muss es ein attraktives Angebot für politisch Interessierte geben, die in einer Partei aktiv mittun wollen. Die Zeit von Massenmitgliederparteien gehört der Vergangenheit an und würde auch demokratiepolitisch keinen Fortschritt bringen. Bei Nationalratswahlen hatte die ÖVP Ende der achtzi-

ger und in den neunziger Jahren in mehr als 50 steirischen Gemeinden mehr Mitglieder als Wähler. Nicht das Parteibuch, sondern der Spitzenkandidat und Themen waren für deren Stimmverhalten ausschlaggebend. Selbst bei der letzten für die ÖVP so erfolgreichen Nationalratswahl gaben in Wien bei einer Mitgliederbefragung kurz vor der Wahl mehr als 20 Prozent an, nicht zur Wahl zu gehen oder eine andere Partei wählen zu wollen.

Was eine moderne, große Volkspartei trotzdem braucht, ist ein weit verzweigtes Netz an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglichst in allen Gemeinden und allen Bevölkerungs- und Altersgruppen.

Hier wird eine entscheidende Frage sein, Jugendliche von einem spontanen Mittun bei einer Aktion stärker an die Partei heranzuführen und mittels Inter- und Intranet gut zu informieren und auch in parteiinterne Diskussionsprozesse einzubinden. Die massiven Absetzbewegungen der Jugend von den Großparteien haben in vielen Bereichen zu einer starken Überalterung auch bei der ÖVP geführt. Mit einem Bündel von Maßnahmen muss sich die ÖVP einem selbst auferlegten Verjüngungsprozess unterziehen, von der örtlichen Ebene bis zum Europaparlament. Reformfreude und Offenheit müssen spürbar werden, will die ÖVP für die Jugend Attraktivität ausstrahlen.

Eine große Chance, die innerparteiliche Kommunikation dem Tempo der Mediendemokratie anzupassen, bietet dabei das Internet bzw. Intranet, das die ÖVP bei den letzten Nationalratswahlen in der Innenkommunikation zwischen der Bundes- und der Landesebene und den Teilorganisationen bereits als ausschließliches Medium eingesetzt hat. In wenigen Jahren werden alle Parteimitglieder damit ausgestattet sein. Hier sind neue Formen der ständigen Einbindung der Parteimitglieder in die Willensbildung und auch in Entscheidungen zu entwickeln.

Umbruchphase mit neuen Aufgaben und Themen

Wir sind in einer Umbruchphase. Nach der Globalisierung in Wirtschaft und Kommunikation wird es auch eine Globalisierung der Politik auf europäischer Ebene weit stärker als bisher geben. Der zentrale Ort der politischen Willensbildung werden dabei Medien und Internet sein, weniger die europäischen Institutionen und die Parteien selbst. Trotzdem benötigt man daneben Parteiorganisationen, die jedoch mit der „alten SPÖ und ÖVP“, die Massenmitgliederpar-

teien waren, nicht vergleichbar sind. Diese arbeiten professionell mit schlanken Apparaten, kooperieren mit Meinungsforschungsinstituten und Werbeagenturen ebenso eng wie mit universitären Einrichtungen, NGOs und außerparlamentarischen Think-Tanks. Offen bleibt die Frage, ob in 50 Jahren Parteien im herkömmlichen Sinn noch bestehen werden oder auch in Europa eine Amerikanisierung erfolgt. Dort werden schon heute in Vorwahlzeiten große Apparate rasch aufgebaut, die nach dem Wahltag ihre Funktion verlieren. Die Parteien selbst haben nur einige wenige Mitarbeiter und weder Strukturen noch permanent arbeitende Parteiapparate.

Ganz sicher werden die Parteien in Österreich weiter in den Hintergrund treten. Wie weit das gehen wird, ist schwer abschätzbar. Die Parteichefs werden sich die Legitimierung für ihre Vorhaben „am liebsten direkt beim Volk“ (Ralf Dahrendorf) über mediale Schienen holen und danach die Parteigremien einbinden.

Neben der Mitgliederorganisation werden die Parteien eine Reihe offener Foren einrichten, um für Aktivbürger Ansprechstellen zu schaffen.

Die Medien können niemals alle Parteiaufgaben im politischen Prozess übernehmen. Parteien bleiben auch in Zukunft ein wichtiger Teil der Politikgestaltung, jedoch in einer neuen Rolle und mit neuen Aufgaben.

Nur jene Parteien werden eine Chance haben, starke Volksparteien mit Integrationskraft zu bleiben, die ihre Parteistruktur der Wählerstruktur öffnen. Offensive Strategien sind hier auch gegen den Widerstand innerparteilicher Funktionsapparate durchzusetzen. Die Auflösung der alten Milieus beruflicher oder religiöser Natur geht Hand in Hand mit einem Wertewandel, der zunehmend Gruppen hervorbringt, die der Mitte zuzurechnen sind und am Scheideweg zwischen ÖVP und Grünen stehen. Mit dem Werte- ist auch ein Themenwandel gekommen. Fragen der Umwelt- und Lebensqualität (z.B. Transit, Temelin) und Fragen der persönlichen Lebensgestaltung (z.B. gleichgeschlechtliche Partnerschaften, neue Arbeitszeit- und Kinderbetreuungsmodelle) gewinnen in der politischen Diskussion an Bedeutung.

Die Anforderungen an die „alten“ Parteien sind groß. Nur mit ständiger Reformbereitschaft können sie sich jedoch so „erneuern“, dass sie auch in Zukunft ein unverzichtbarer Faktor im politischen Geschehen bleiben.

Von Worten und Taten!

Andreas Schnider

Wes Geistes Kind ...

Die Frage nach der Geisteshaltung stellt sich nicht von ungefähr. Denn – um es gleich vorwegzunehmen – eine Partei im 21. Jahrhundert muss sich heute mehr als vielleicht in den letzten Jahrzehnten fragen lassen, welches Geistes Kind sie eigentlich ist, und dies auch glaubhaft darstellen. Wie geht sie mit den Menschen und ihren politischen Anliegen um? Welche Wege der konkreten politischen Arbeit schlägt sie vor und geht sie selbst? Welche Inhalte und Strukturen bestimmen das Innenleben und die Außenwirkung einer Partei? Wie wird politische Programmatik entwickelt und umgesetzt?

Ist die Gesinnung geprägt von zentralistischem oder föderalistischem Denken? Wer bestimmt was und auf welche Weise? Ist eine Partei auch bereit, sich neben einer visionären Programmatik auf das riskante Terrain deren Umsetzung in Projekte einzulassen?

Kurzum bleibt es bei Worten oder lässt sich eine Partei auch an ihren Taten messen? Etwa in Projekten, die beispielhaft Problemlösungen vorzeigen, anschaulich genug, dass sie verständlich sind. So verständlich, dass sie Ausdruck einer Positionierung sind, etwa im Bereich der Wertvorstellungen wie der Würde des Lebens, wo eine Generationen übergreifende, nachhaltige, ressourcenorientierte Verantwortlichkeit für alle nachvollziehbar und wünschenswert transportiert werden muss.

Im Gefühl haben ...

Im Zentrum steht, verantwortungsvolle Arbeit für die Menschen, insbesondere aber für ihre Zukunft zu leisten. Und tunlichst soll der Blick der Politik dabei auf den Menschen in seiner Ganzheit fallen. Was selten genug geschieht, und weshalb daher die Methoden der Politik oft versagen. In der Trennung der Rationalität von der Emotion liegt ein grund-

legender Fehler im politischen Denkansatz, der durch die Erkenntnisse der Gehirnforschung aufgezeigt werden soll:

Die Theorie um das so genannte „limbische System des Menschen“ besagt, dass das Agens menschlichen Tuns die Triebe sind. Der Verstand wird in einem nächsten Schritt aktiv. „Gefühl“ (Empathie) und „Verstand“ (Reflexion) kommunizieren miteinander in enger Wechselwirkung.

Hirnforscher und Psychologen schreiben dem oben erwähnten limbischen System drei grundlegende Kräfte (Instruktionen) zu, Kräfte, die zusammenwirken aber doch bei jedem Menschen – wie im Übrigen auch bei jedem Säugetier – in anderen Verhältnissen vorhanden sind und wirken: Balance (Kraft der Beharrung und der Erhaltung) – Stimulanz (Kraft der Innovation und der Kreativität) – Dominanz (Kraft des Wachstums und der Zerstörung).¹

Innerhalb dieser drei Kräftefelder ist unser Leben positioniert und wird auch in seinen konkreten und unterschiedlichen Ausprägungen bestimmt.

Erst im Zusammenspiel oder – sollen wir sagen – in der Teamfähigkeit aller drei Kräfte erklärt sich unser Leben.

Diese Erkenntnisse machen sich aktuelle Marketing-Strategien zu Nutze.

Umgelegt auf die Politik bzw. die Arbeit des Politikers bedeutet dies, dass es nicht ausschließlich eine Politik der rationalen Sachinhalte geben kann, weil sie auch dem Gefühl Rechnung tragen muss, will man zum Kern vorstoßen.

Als Instrument für die Gestaltung menschlichen Zusammenlebens gilt es auch hier insbesondere, die Ganzheit des Menschen zu betrachten.

Es gibt keine Sachinhalte versus Herz, sondern nur eine Politik, die das Miteinander beider Prinzipien einberechnet, die es im Gefühl hat, wo der Mensch lebt, was ihn bewegt und welche Anliegen deshalb politisches Programm sind. Dem ständig auf der Spur zu sein, muss die eigentliche Arbeit einer Partei sein.

Neu Gestalten ...

Von dieser Perspektive ausgehend lassen sich für die Arbeit einer Partei viele Schlüsse ziehen.

Innnerhalb ihrer Lebensräume wollen Menschen miteinander über ihre (politischen) Anliegen ins Gespräch kommen. Befindlichkeit formulieren. Das heißt, sie wollen dort, wo sie sind, in die politische Anliegensuche einbezogen werden. Denn dort sind sie unmittelbar emotional beteiligt.

Die Bereitschaft der Politik, die „Betroffenen“ als Partner politischer Arbeit zu sehen, setzt jedoch klare Kriterien, oder Bedingungen voraus, damit die Wechselwirkung von Empathie und Reflexion sinnvolles Gestalten zur Folge hat: Wie hoch ist der Nutzen für Menschen? Ist das Anliegen innovativ,

umsetzbar? Schließlich wie groß ist die Nachhaltigkeit? ...

Konkrete Umsetzung, Gestalten, heißt dann, dass die Fragestellungen an die Menschen als Voraussetzung für die Entwicklung von Visionen erkannt werden und umgelegt in Projekte (die realisiert werden) politisches Programm sind.

Die Methoden politischer Arbeit sind dahingehend zu adaptieren, wenn man heute eine nachhaltige Politik betreiben will, die von den Menschen verstanden und konstruktiv begleitet wird.

1 Siehe Häusel, Hans-Georg, Think Limbic! Die Macht des Unbewussten verstehen und nutzen für Motivation, Marketing, Management, Freiburg-Berlin-München 2002, 216 S.

Von der Traditionspartei zur Entscheidungsagentur

Christopher Drexler

Wege zu einer erfolgreichen, modernen und verantwortungsvollen Partei im 21. Jahrhundert

Wenn der Frage nachgegangen werden soll, wie Parteien – oder konkret die Österreichische Volkspartei – beschaffen sein sollten, um am Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgreich sein zu können, muss man wohl eingangs mit einigen gängigen Missverständnissen und Fehleinschätzungen aufräumen. Dies soll im ersten Teil dieses Beitrages versucht werden, ehe in fünf Thesen mögliche Wege für die Zukunft aufgezeigt werden.

Natürlich stehen alle politisch Interessierten noch im Banne der Nationalratswahlen vom 24. November 2002. Diese brachten ein Ergebnis, welches, hätte es jemand Mitte der neunziger Jahre vorhergesagt, den Propheten wahrscheinlich in die Nähe eines Sachwalterschaftsverfahren gebracht hätte. Dies ist schon eine erste interessante Frage, wie kam es zu dieser Entwicklung? Als die ÖVP von 1986 (Scheitern der „Wende“ bei der Nationalratswahl am 23. November 1986) bzw. 1989 (Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol) weg die Wahlniederlage gepachtet hatte und seit der Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 auf Bundesebene zur Mittelpartei geschrumpft war, wurden die Rufe nach einer Reform der Partei laut. Moderner, aufgeschlossener, bürgernäher und dergleichen sollte die Volkspartei werden. Eine neue Struktur wurde gefordert, Teilgliederungen hinterfragt, ein neues Programm wurde diskutiert und sogar beschlossen. Ja selbst die vermeintlich entscheidende Frage des optischen Erscheinungsbildes wurde in den Mittelpunkt gerückt – bis hin zur Geburt des skurrilen ÖVP-Smilies. Erfolg: Null!

Wenn man nun die Frage stellt, wie sich die Verlierer-ÖVP von 1990, 1994, 1995 und 1999 von der strahlenden Siegerpartei von 2002 formal unterscheidet ist die Antwort gleich: Null! Nachdem auch der Autor dieses Beitrages mit viel Verve an diversen Zukunftskommissionen und Reformzirkeln teil-

genommen hat, soll diese Analyse nicht als Aufruf zur Reformverweigerung missverstanden werden. Es gilt aber die Reformanstrengungen auf die wesentlichen Fragen zu konzentrieren und festzuhalten: Für den Wahlerfolg einer Partei ist deren Statut völlig und deren Grundsatzprogramm beinahe unerheblich! Jeder Energie- und Ressourcenaufwand für eine formale Strukturreform einer Partei ist fehlgeleitet. Das Geschäft der Reform besorgt ohnehin die gesellschaftliche Dynamik, juristisch gesprochen werden die Strukturen einer Partei materiell derogiert, oder die Partei verlässt den Weg des Erfolgs bzw. kann nicht dorthin zurückkehren. Sinnvolle Reformüberlegungen müssen daher immer Strategien zum Verständnis und zur Bewältigung bzw. zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels zum Inhalt haben.

Ein zentraler Trend unserer gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ist die zunehmende Individualisierung. Diese stellt nicht nur für wesentliche Politikfelder eine wachsende Herausforderung dar – man denke nur an die Sozial- und Gesundheitspolitik. Auch für das zukünftige Layout von politischen Parteien stellt die Individualisierung einen beachtenswerten Faktor dar. Ulrich Beck schreibt in diesem Zusammenhang bereits in seinem 1993 erschienenen Buch „Die Erfindung des Politischen“ Folgendes: „Wer bei welchem Thema und Kandidaten warum wie votiert, folgt keinem berechenbaren, abrufbaren Schema mehr. Die Individualisierung destabilisiert das Großparteiensystem von innen her, weil sie Parteienbindungen enttraditionalisiert, entscheidungsabhängig oder, von der Parteienseite her betrachtet, herstellungsabhängig macht, was bei der Zersplitterung der Interessen, Meinungen und Themen dem Versuch gleichkommt, einen Sack Flöhe zu hüten.“ Wie lassen sich nun Bindungen zu Wählern herstellen? Welche Voraussetzungen hat politischer Erfolg von Parteien? Im Folgenden sollen einige mögliche Erfolgsfaktoren für das angebrochene 21. Jahrhundert skizziert werden.

1. Im Mittelpunkt steht die Person

Wenn sich eine Analyse politischer Kommentatoren in den letzten Jahren als zutreffend erwiesen hat, dann jene der zunehmenden Personalisierung. Gerade weil einzelne politische Inhalte und Programme alleine nicht genug Kraft entwickeln können, um Wähler zu binden, treten die Spitzenpersonen der Parteien in den Vordergrund. Sie sind gleichsam Projektionsflächen für die Interessen und Sehnsüchte des Wahlvolkes. Es braucht daher starke Führungspersönlichkeiten, denen man zutraut ein gewisses politisches Amt so auszufüllen, dass sie das Vertrauen der Stimme rechtfertigen. Der historische Wahlerfolg von Landeshauptmann Waltraud Klasnic bei den steirischen Landtagswahlen am 15. Oktober 2000 kann als idealtypisches Beispiel der Mobilisierungskraft einer Persönlichkeit an der Spitze angesehen werden. Nach innen wie nach außen wurde eine vitale Kraft und Motivation entwickelt, welche der Steirischen Volkspartei manche schon fast nicht mehr zugetraut hatten. Freilich braucht es für große Erfolge auch eine günstige Gesamtkonstellation, eine solide politische Erfolgsbilanz und ein attraktives Kandidatenteam. Die zentrale Erfolgsvoraussetzung ist aber eine überzeugende Spitzenpersönlichkeit. Dies war auch bei den Nationalratswahlen vom 24. November 2002 in der Person von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel zu beobachten. An diesem Beispiel lässt sich auch sehen, wie entscheidend die adäquate Position für einen Spitzenkandidaten ist. Schüssel konnte die ganze Überzeugungskraft seiner Person eben erst als Bundeskanzler ausspielen. Immerhin war er ja auch 1995 und 1999 Spitzenkandidat der ÖVP. Es gilt also zwar der Grundsatz „Die Persönlichkeit ist stärker als die Institution“, wie es Norbert Leser unlängst bei einem Vortrag vor dem „Föhrenbergkreis“ ausgedrückt hat, aber die erfolgreiche Führungspersönlichkeit muss auch Strategien entwickeln, sich institutionell in eine erfolgversprechende Position zu bringen. Entscheidend ist auch die Fokussierung auf die Spitzenperson. Das heißt etwa, dass der Trend zur Personalisierung nicht so verstanden werden darf, dass es insgesamt ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht braucht. Dies war noch in den achtziger Jahren vielfach vorgeschlagen worden und wird vor allem in der Bundesrepublik von parteienkritischen Autoren wie Hans Herbert von Arnim eindringlich gefordert. So gute Argumente es dafür geben mag, ein entscheidender

Punkt wird übersehen: Unter den Bedingungen der modernen Mediokratie sind nicht beliebig viele Personen – so attraktiv sie auch sein mögen – „transportierbar“. Von der großen Mehrheit der Wähler werden eben nur die Spitzenkandidaten wahrgenommen. Mit dem Rest der Liste lassen sich vielleicht Signale an Gruppen und Segmente senden, entscheidend bleibt die Spitze! Dies darf natürlich nicht als Freibrief für eine nachlässige Listenerstellung missverstanden werden. Es braucht insgesamt ein möglichst gutes politisches Personal und einen möglichst breiten Mix von Bevölkerungsgruppen, um die tatsächliche Arbeit in Parlament und Landtagen qualitativ erledigen zu können. Aber die öffentliche Wahrnehmung wäre damit überfordert, alle Mandatare zu kennen.

2. Leadership als Qualität

So wie für einen Stürmer im Fußball „der Zug zum Tor“, der sich weder klar messen noch erlernen lässt, die entscheidende Voraussetzung seines Erfolges ist, gibt es eine solche auch für Spitzenpolitiker: Leadership. Auch dieses ist schwer messbar oder gar erlernbar. In unserer hochentwickelten, komplexen und überreglementierten Gesellschaft erwartet man zunehmend Orientierung und Mut zur Entscheidung und zum offenen Wort. Wer diese Erwartung erfüllt, zeigt Leadership und wird als Spitzenpolitiker Erfolg haben. Dies darf man sich jetzt nicht als technokratische Betriebsamkeit vorstellen, immer und zu allem sofort mit Lösungen zu winken. Es geht viel mehr darum, mit „Herz und Hirn“ Verantwortlichkeit zu zeigen, und wenn notwendig überzeugt und konsequent Lösungen in Angriff zu nehmen und umzusetzen. Dass dies auch mediengerecht dargestellt werden muss, braucht in unserer Zeit eigentlich gar nicht erwähnt werden, es versteht sich von selbst.

3. Entscheidungsfähigkeit ist Erfolgsfähigkeit

Mit Leadership untrennbar verbunden ist die Notwendigkeit von Entscheidungsfähigkeit. Politische Entscheidungen berühren immer verschiedene Interessen von Einzelnen oder Gruppen. Manchmal kollidiert das Gemeinwohl mit den Interessen spezieller Gruppen. Dann ist die Gestaltungs- und die Vermittlungskraft von Politik gefordert. In den letzten Jahren hat die Kritik zugenommen, die Politik schiebe Probleme vor sich her, entscheide nicht oder zu langsam. Und tatsächlich harren große Fra-

gestellungen einer Antwort. Die Weiterentwicklung und nachhaltige Verlässlichkeit unserer sozialen Sicherheitssysteme, die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems und vieles mehr sind nicht immer mit jener Konsequenz behandelt worden, wie sie es verdient hätten. Es braucht also in Zukunft eine hohe Kultur der Entscheidung. Dafür sind auch die institutionellen Rahmenbedingungen sicherzustellen. Ob dies etwa mit einem Mehrheitswahlrecht zu erreichen ist, gilt es zumindest solide zu diskutieren. Erfolgreiche Parteien werden sich zunehmend als „Entscheidungsagenturen“ verstehen. Es gilt Probleme via Entscheidung zu lösen und nicht zu verschleppen.

4. Demokratie als Verpflichtung und Legitimation

Die bisher beschriebenen Erfolgsfaktoren könnten in Verdacht geraten, über eine mangelhafte demokratische Rückkoppelung zu verfügen. Und tatsächlich: Leadership braucht demokratische Legitimation! Dies gilt nicht nur in einem staatspolitischen Kontext. In einer erfolgreichen, modernen Partei ist auch innerparteilich darauf zu achten. Vor allem die inhaltliche Basis einer Partei, die als Entscheidungsgrundlage in konkreten politischen Fragen zu verstehen sein soll, braucht diese Legitimation. In diesem Sinne muss sich eine erfolgreiche Partei selbst zu demokratischen Prozessen programmatischer Arbeit verpflichten – auch wenn dies gelegentlich als mühsam empfunden werden kann. Auch hier gibt uns die Steirische Volkspartei ein gutes Beispiel. „Perspektiven“, „Aktion-Vision Modell Steiermark“ oder zuletzt „Vor Ort am Wort“ – um nur einige Beispiele zu nennen – waren bzw. sind genau solche Versuche, ein breites Meinungsspektrum innerhalb der Partei aber auch darüber hinaus zu sammeln und Ideen für die Zukunft zu bündeln. Genau diese programmatische Arbeit ist zwar – wie

bereits gesagt – nicht wahlentscheidend, aber sie ist Zeichen einer verantwortungsvollen Politik. Parteien, die sich zu solchen Bemühungen verpflichten, haben Qualität und werden daher langfristig erfolgreich sein.

5. Nachhaltigkeit als Grundmaxime

Nachhaltigkeit muss ein grundlegender Wesenszug erfolgreicher Politik für die Zukunft sein. Egal ob aus christlich motivierter Schöpfungsverantwortung heraus oder aufgrund aufklärerisch geprägter Vernunft – zur Verantwortung für die Erhaltung unserer natürlichen Ressourcen und einer lebenswerten Umwelt gibt es keine Alternative. Diese Überzeugung setzt sich zwar zunehmend durch, im politischen Handeln hat sie aber noch keinen lückenlosen Niederschlag gefunden. Nachhaltigkeit als Grundmaxime erfolgreichen politischen Handelns darf aber keinesfalls bei der Umwelt halt machen. Es geht genau so darum, andere Politikfelder gemäß dieser Grundregel zu gestalten. Vor dem Hintergrund eines demographischen Wandels, der die Jugend zu einer schützenswerten Minderheit zu werden lassen droht, gilt es die Verwirklichung von Generationengerechtigkeit anzustreben. Dies ist etwa bei den anstehenden Reformen in den Bereichen der Altersversorgung und des Gesundheitssystems zu beachten. Hier müssen nachhaltige Sicherheit und Verlässlichkeit garantiert werden. Wer sich dieser Herausforderungen nicht annimmt, handelt grob fahrlässig. Wer das kontinentaleuropäische Wohlfahrtsstaatsmodell als globale Benchmark erhalten und erfolgreich umbauen will, muss soziale Sicherheit bei wirtschaftlicher Dynamik verwirklichen. Beide Ziele müssen gleichberechtigt sein, wenn man nachhaltige Politik machen will. Parteien, die im 21. Jahrhundert erfolgreich bestehen wollen, müssen diese Grundsätze internalisieren!

Was steht im Programm? Zur Programmarbeit politischer Parteien

Judith Wilhelm

Mit der Gestaltung von Programmen nehmen politische Parteien eine ihrer Funktionen im politischen System wahr. Das Programm fungiert als Input von Sachthemen in den politischen Diskurs. Die Zwecke von Programmen sind vielfältig: Sie legen die inhaltliche Linie der Partei dar und geben Sachthemen vor, die im Wahlkampf propagiert werden, um dann von dieser Partei als Regierungs- oder Oppositionspartei umgesetzt zu werden. Gleichzeitig stellen Programme auch Leitlinien für das Handeln der Mitglieder und Funktionäre dar. Wie ein roter Faden sollte sich die Parteilinie, aus dem Programm erkennbar, im politischen Agieren manifestieren. Nicht außer Acht gelassen darf aber werden, dass das Programm einer Partei auch den Wähler überzeugen muss. Staatspolitisch notwendige Sachpolitik steht somit einer auf Wählerstimmenfang ausgerichteten Werbepolitik gegenüber.

Entstehungsgeschichte eines Programms

Illusorische Vorstellungen von der Entstehung politischer Programme als Prozess der Ideen-, Entscheidungs- und Konsensfindung, der auf Gemeindeebene anfängt und in weiterer Folge zahlreiche Stationen bis zur Bundesebene durchläuft, müssen an dieser Stelle zerschlagen werden. Kein Ortsparteiobmann greift heute noch die Idee eines Parteimitglieds seiner Gemeinde auf, um diese nach Diskussion mit Mitgliedern und Funktionären an die in der Parteihierarchie oberen Stellen heranzutragen. Der Weg der Willensbildung findet nicht von der unteren Ebene ausgehend nach oben statt, um dann schlussendlich im Programm einer Landes- oder Bundespartei Einschlag zu finden, sondern vollzieht sich vielmehr in gegenteiliger Richtung.

Experten, meist aus Wissenschaft und Wirtschaft, beraten Funktionäre der obersten Ebene in der hierarchischen Parteistruktur und geben Sachthemen

vor. Expertengruppen setzen sich mit den großen Fragen der Zukunft auseinander und legen auch die politisch umsetzbaren und umzusetzenden Lösungsansätze fest. Das ohne langwierigen und vielschichtigen Entscheidungsprozess entstandene Parteiprogramm muss in einem zweiten Schritt jedoch aus der wissenschaftlichen Fachsprache ins allgemein Verständliche übersetzt werden.

Parteimitglieder und Funktionäre sollen jedoch nicht den Eindruck gewinnen, sie würden im kreativen Entscheidungsprozess und somit bei der inhaltlichen Gestaltung der Politik überhört. Ein Projekt wird ins Leben gerufen. Die Mitglieder sind eingeladen mitzuwirken. Rund um die von Experten vorgegebenen Themen wird ein Prozess gestartet, eine Projektstruktur geschaffen, werden Veranstaltungen organisiert, die den Mitgliedern das Gefühl vermitteln, die Möglichkeit des Gestaltens, der Einflussnahme und der Beteiligung zu erhalten. Aufwand wird betrieben, um ein Scheinbild zu wahren. Das Programm steht in Wahrheit schon lange fest. Was nicht bedeuten soll, dass gute Vorschläge von Parteimitgliedern und Funktionären in manchen Fällen nicht gehört, ins Programm aufgenommen und umgesetzt werden. Dennoch, die Möglichkeiten der Einflussnahme von „einfachen Parteimitgliedern“ sind in der Regel begrenzt. Ausnahmefälle in bestimmten Parteien bestätigen diese Regel.

Positiver Richtungswechsel

Dieser Wechsel der Richtung in der Programmarbeit von einem von unten nach oben verlaufenden Entstehungsprozess zu einem umgekehrt verlaufenden muss jedoch kein negativer sein. Eine pluralistische Gesellschaft, in der sich ständig neue Fragen für die Zukunft stellen – durch neue Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Forschung, durch das Hinzutreten neuer Institutionen, schließlich durch die Veränderungen in der Ge-

sellschaft selbst –, kann große Herausforderungen nur mit Hilfe von Experten überwinden. Der Blick in die Zukunft ist für manchen in der Gegenwart oder gar Vergangenheit fest verankerten Funktionär oft nicht leicht.

Wer will was von wem?

Der Wandel der Politik von einer sachorientierten zu einer personen- und event-fixierten schlägt sich auch in der Programmarbeit nieder. Die Devise lautet nicht: Was wollen wir als Partei vom Wähler? Sondern: Was will der Wähler von uns? Wähler(stimmen) sind wertvoll. Ein von Experten formuliertes Parteiprogramm muss auf die Wünsche der Wähler abgestimmt und in kleine, aufnehmbare Portionen aufgeteilt werden. Sachliches Programm wird durch den Applaus der Parteimitglieder für spektakuläre Events übertönt; „trockene“ Themen müssen mit Hilfe von Aufreißern der Presse schmackhaft gemacht werden. Parteipolitisches Programm tritt nur noch in „light“-Versionen nach außen. Die Personalisierung erfordert mehr Fotos für weniger Text. Nicht

Inhalt, sondern Design bestimmen, ob ein Programm(text) Zustimmung findet.

Neue alte Rolle der Parteimitglieder

Die Parteimitglieder und Funktionäre finden sich in einer Rolle wieder, die nicht neu ist, aber an Bedeutung gewonnen hat. Nicht bei der Programmmentstehung, sondern bei dessen Vermittlung und Vermarktung werden sie verstärkt eingesetzt. Das Verteilen von Hochglanzprospekten und das persönliche Gespräch sollen hier keinesfalls unterbewertet oder belächelt werden, sind jedoch von Programmarbeit weit entfernt. Stellte man die Frage an Parteimitglieder, was wirklich im Programm steht, so würde der Prozentsatz jener, die schon einmal einen Blick in das Programm ihrer Partei geworfen haben, gering ausfallen.

Programmarbeit bedient sich daher nicht der hierarchischen Struktur von Parteien. Vielmehr wird diese Struktur dafür genutzt, ein bereits feststehendes Programm über Parteimitglieder als Multiplikatoren zu verbreiten.

Diktaturen auf Zeit

Andreas Unterberger

Parteien waren die zentralen Träger der Demokratie im 20. Jahrhundert. Die Prophezeiung sei gewagt: Im 21. Jahrhundert werden sie das nicht mehr sein. Oder jedenfalls in viel geringerem Ausmaß.

Und niemand wird ihnen sonderlich viele Tränen nachweinen. Warum diese Tränenlosigkeit ob des Schicksals der Parteien? Ist der Grund der – berechnete wie gravierende – Vorwurf an die Institution „Partei“, dass sich die verbrecherischsten Strukturen des vorigen Jahrhunderts als Parteien organisiert haben, dass Nationalsozialismus wie Kommunismus Partei-Apparate gebraucht haben, um an die Macht zu kommen und ihren Terror durchzuorganisieren?

Der Vorwurf käme freilich ziemlich verspätet: Denn auf diese unglaubliche Jammer- folgte eine unglaubliche Ruhmesgeschichte der gleichen Institution. Die Parteien der Nachkriegszeit haben die entscheidende Rolle als Treibriemen des erfolgreichsten politischen Modells der Geschichte gespielt, also der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie. Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale haben in Westeuropa die nationale Aussöhnung nach einer scheinbar unendlichen Serie deutsch-französischer Kriege geschafft, sie haben die Integration aufgebaut, sie haben Wohlstand, Frieden und Stabilität in einem historisch unbekanntem Ausmaß gesichert.

Auslaufmodelle

Dennoch gibt es gute Gründe, die Parteien in ihrer alten Form für ein Auslaufmodell zu halten. Das zeigt sich etwa anhand der Wahlergebnisse: Die Wähler sind extrem mobil geworden. Sie wechseln bei jeder Wahl die Parteien wie das Hemd oder halten keine von ihnen noch der Mühe für wert, überhaupt zu wählen (die letzte österreichische Nationalrats-Wahl ist nur ein kurzer gegenläufiger Zacken in einer generell deutlich abwärts gerichteten Kurve der Wahlbeteiligung).

Auch Parteibücher – in den fünfziger Jahren noch der unverzichtbare Schlüssel zu Job und Wohnung – sind unmodern geworden. Dies gilt noch viel mehr für Parteifunktionen. Die berühmten treppauf, treppab laufenden SPÖ-Kassiere in den Gemeindebauten sind spätestens seit dem Vorstoß der FPÖ Vergangenheit geworden.

Vor allem die städtische Bevölkerung will sich nicht mehr binden. Lediglich ein paar rasch schrumpfende Gruppen unserer Gesellschaft haben noch signifikant hohe Parteinähe: Bauern, Kirchgänger, Beamte (bei dieser Berufsgruppe ist wohl noch immer die Karriere der Stoff, aus dem die Treue ist). Bei Gewerbetreibenden nimmt die einst sehr hohe Treue hingegen ab, noch rascher bei den Industriearbeitern. Die breite neue Mittelschicht der Angestellten nimmt die Parteien nur noch sehr distanziert zur Kenntnis. Das P-Wort hat einen von Jahr zu Jahr zunehmenden schalen Beigeschmack.

Wer Zweifel hat am Sterben der Parteien, der besuche eine Veranstaltung einer ÖVP-Bezirksorganisation in Wien oder einer SPÖ-Ortsgruppe außerhalb einer der Industriestädte. Die gähnende Leere, die Ansammlung skurriler Außenseiter, die Stumpfheit der Ressentiments, die politische Ahnungslosigkeit: Wenn das die Keimzellen unserer Demokratie sein sollen, dann gute Nacht.

Zugleich aber finden die großen Wahlkampf-Veranstaltungen Zulauf wie noch nie. Einst Jörg Haider und zuletzt – noch mehr – Wolfgang Schüssel füllen die Säle in einem Ausmaß, das man zumindest bei der oft bürgerlich-trägen ÖVP bis vor kurzem für völlig unmöglich gehalten hätte.

Aber es sind eben nur noch die Chefs, die die Zuhörer das In-die-Säle-Kommen lehren. Bei ihnen wissen die Jubel-Bürger, dass sie zu einem liturgisch perfekt vorbereiteten Gottesdienst kommen, dass sie dabei in einer begeisterten Menge Gleichgesinnter eintauchen können. Ein politisches Referat, eine Diskussion: das gibt es nur noch im Fernsehen, und da immer seltener, also nur, wenn Show und damit

Quote garantiert sind. Was vor etlichen Jahren noch als Passagendiskussionen üblich war, ist ausgestorben. Es wären nur noch Querulanten, die dabei den Mund aufmachen.

Ursachen der Parteidämmerung

Ursachen der Parteidämmerung gibt es mehrere.

1. Lebensläufe und -stil der Bürger passen soziologisch in kein fertig vorgegebenes Konzept mehr.
2. Zugleich passt aber auch keine Ideologie mehr.
3. Viele Medien haben über Jahrzehnte recht zynisch, aber erfolgreich die Dekonstruktion der Parteien vorangetrieben: Vielen Bürgern riechen diese seither nur noch nach Emporkömmling, nach Bereicherungsabsicht. Politik als Dienst am Gemeinwesen ist nach Verblässen der Erinnerung an undemokratische Zeiten eine kaum mehr relevante Perspektive.
4. Gute Zeiten sind generell schlechte für politische Partizipation. Und die Zeiten sind auch dann gut, wenn die Wirtschaft einmal gerade nicht sonderlich wächst.
5. Hauptursache ist aber ein politisches Paradoxon: Je demokratischer eine Partei nach innen ist, umso weniger ist sie geeignet, nach außen demokratisch zu reüssieren. Denn parteiinterne Demokratie heißt immer Diskussion, heißt Meinungs-

vielfalt. Genau das erscheint nach außen aber als Uneinigkeit, als Streit. Wie kann ich mich als Wähler für eine Partei entscheiden, wenn ich nicht einmal klar erfahren kann, wofür diese Partei steht? Paradox, aber wahr: Wenn jetzt zum erstenmal in der FPÖ ein Dritter Nationalratspräsident demokratisch ermittelt worden ist, steht das keineswegs zufällig genau am absoluten Tiefpunkt der letzten 16 FPÖ-Jahre.

Parteien werden daher – wo sie über den Status von Sparvereinen hinauskommen wollen, in denen manche auch noch um das Amt des zweiten Schriftführers intrigieren – zu Wahlkampfmaschinen reduziert. Aber auch da werden sie nur noch Beiwerk professionell organisierter Kampagnen mit bezahlten Aktivisten sein.

Nur für einen einzigen Daseinszweck wird der Parteiapparat künftig noch nötig sein: Für die Stunden des „Der König sei tot, es lebe der neue König!“. Das amerikanische Modell der Vorwahlen könnte freilich auch diese Bedeutung des Parteiapparats reduzieren. Niemanden wird es dann noch interessieren, ob sich der Bezirksparteiobmann von Liezen mehr dem Kandidaten A oder B zuwendet.

Wenn wir wirklich mehr Demokratie wollen – und wir sollten das wollen –, dann sollten wir mehr über direkte Demokratie nachdenken. Die Parteien hingegen werden entweder erfolglos sein oder – Diktaturen auf Zeit.

Die Parteireform ist schon passiert

Alexander Purger

Das würde der ÖVP ähnlich sehen, jetzt eine Parteireform zu veranstalten. Jetzt, wo das Werkel endlich rennt. Außerdem ist die Parteireform längst über die Bühne – da braucht man nur die Volkspartei vor 1995 mit der Volkspartei heute zu vergleichen. Vor 1995 glichen die Zustände in der ÖVP exakt jenen in der österreichischen Verwaltung.

Die heimische Bürokratie krankt vor allem daran, dass Entscheidungskompetenz und Verantwortlichkeit nicht in einer Hand liegen. Entscheidungen fallen an einem Schreibtisch, verantwortet werden müssen sie an einem anderen. Das war bis 1995 auch in der ÖVP so. In der Verwaltung hält sich die Ministerialbürokratie als Sünden- und Verantwortungsbock einen Bundesminister, in der ÖVP alt hielten sich die Granden einen Bundesparteiobmann.

Zweiter Kardinalfehler unserer Verwaltung ist, dass in der Regel nicht der Beste in Führungspositionen kommt, sondern der Dienstälteste oder der mit dem richtigen Parteibuch Ausgestattete. Ganz ähnlich war bei Obmann- und sonstigen Wahlen in der ÖVP alt meist nicht die Qualität des Kandidaten maßgeblich, sondern seine bündische und regionale Herkunft.

Reformjahr 1995

Im nun schon mehrfach erwähnten Jahr 1995 war damit in der ÖVP Schluss. Eher aus Zufall wurde der objektiv Beste – Wolfgang Schüssel – Bundesparteiobmann, und mit dieser Entscheidung war die bis dahin hypertrophe Macht der Bündeobmänner und Landesparteiarchs gebrochen. Ein Zweites kam hinzu: Zwar hatte es in der ÖVP (im Unterschied zum österreichischen Parlament) schon zuvor ein an sich funktionierendes Zwei-Kammern-System gegeben – auf der einen Seite den Bundesparteiobmann, in dem Bünde und Länder paritätisch vertreten sind, und auf der anderen Seite den Parla-

mentsklub, wo Bünde und Länder gemäß ihrer Stärke sitzen. Der besondere Zuschnitt von Klubobmann Andreas Khol verlieh dem Klub nun aber mehr Gewicht, was ebenfalls die Machtfülle der Granden beschnitt.

Der Bundesparteiobmann hatte fortan mehr Entscheidungsfreiheit, die er auch zu nutzen verstand. Die ÖVP kann seither rasch auf neue Entwicklungen agieren, wie früher übrigens die ähnlich konstruierte Haider-FPÖ. Dagegen wirken SPÖ, Grüne und die heutigen Freiheitlichen – allesamt mit schwachen Parteiarchs und starken „grauen Eminenzen“ ausgestattet – eher schwerfällig.

Modell für eine Neuordnung des österreichischen Staates

Die Konstruktion der ÖVP würde somit ein ganz passables Modell für eine Neuordnung des österreichischen Staates abgeben, auch was die Auffassung von Föderalismus betrifft. Die Partei (im Unterschied zu vielen ihrer Funktionäre) hat erkannt, dass die Österreicher unter Föderalismus nicht möglichst viele Ämter möglichst vor der Haustür, sondern eine herzwärmende Angelegenheit verstehen.

Untersuchungen zeigen, dass den Bürgern die Tätigkeit der Landtage egal bis unbekannt ist – worauf sie Wert legen, ist eine Landesmutter oder ein Landesvater. Denn gewünscht wird Geborgenheit und unmittelbarer Kontakt zum Entscheidungsbelegten, nicht anonyme und langwierige Verwaltungsprozesse. Die ÖVP und auch die anderen Parteien haben auf diesen Wunsch reagiert und bieten „kurze Wege“ an. Ganz anders als die Verwaltung. Deswegen wird ja auch so häufig bei Politikern interveniert, sie sollen den Bürokraten Beine machen. Ein Problem ist aber sowohl in der Verwaltung wie auch in der Politik ungelöst – die der Nachfolge-Regelung. Die Auswahl-Kriterien in der österreichi-

schen Bürokratie wurden bereits beschrieben, in der Politik gilt nach wie vor das Prinzip der römisch-deutschen Königswahl: Auf das eigene Wohl bedachte Kurfürsten wählen einen möglichst schwachen König.

Wie könnte hier eine Lösung aussehen? Als Vorbild böte sich vielleicht der chinesische Kaiser Wu (141 bis 87 v. Chr.) an. Er verlangte von seinen Beamten, dass sie ihm pro Jahr zwei geeignete Bewerber für den Staatsdienst vorschlagen. Für etwaige Unfähigkeiten und Unterschleife der Vorgeschlagenen hatte der Vorschlagende zu haften.

Die Zeit, bis dieses Modell in Österreich eingeführt wird, wollen wir uns mit der Vorstellung vertreiben, wie viele der einstigen ÖVP-Königsmacher derzeit aus Haftungsgründen im Kerker schmoren würden.

Die Wähler ändern sich schneller als die Parteien

Claus Reitan

Parteien strukturieren sich in Form und Inhalt entlang der Gesellschaft, also hat sich mit der Struktur der Gesellschaft jene der Parteien zu ändern. Unterbleibt dieser Prozess, verfehlen Parteien Zweck und Ziel, verlieren zunächst Wahlen und dann Legitimität.

Den Jahren von Stabilität, hohem Organisationsgrad und Konkordanz des politischen Systems in Österreich folgte seit den achtziger Jahren der Umbruch.

Warum? Bildung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gepaart mit sozialstaatlicher Vorsorgegarantie entließen die Bürger aus Patronage und Abhängigkeit. Liberalität und Pluralität einer zunehmend offeneren Gesellschaft verminderten Bedeutung und Verbindlichkeit vorgegebener Lebensentwürfe. Das einst Identität stiftende und Existenz sichernde Momentum einer Parteizugehörigkeit ist nun ebenso Geschichte wie der treue Stammwähler. Der an Themen und Personen orientierte, hoch mobile und flexible, durch Medien von der Politik lediglich indirekt informierte Wähler ist Gegenwart. Sozialwissenschaftliche Forschungen und Analysen belegen dies eindrücklich, wurden in diesem Heft erwähnt und aktualisiert.

Diesem Befund der Sozialwissenschaft dürfen einige journalistische Beobachtungen der Parteien zur Seite gestellt werden, um die Reformfordernisse der Parteien abzurunden.

Im ständigen Wettbewerb der Parteien haben, erstens, ihre Akteure stets den Konkurrenten im Auge, doch den Wähler als zentralen Bezugspunkt aus dem Blickfeld verloren. Im Kampf um Posten und Positionen dominieren Strategie, Taktik und Logik der Parteien. Sie bewegen sich auf einer vom Lebensalltag entfernten Ebene und bedienen sich einer abstrakten Sprache, die dem Wähler – Kunde und Auftraggeber der Parteien zugleich – weder zugänglich noch verständlich sind.

Die Parteien haben, zweitens, neue Konkurrenz bekommen, nämlich Bürgerbewegungen und nicht-

staatliche Organisationen aller Art. Diese haben, man nehme die Friedens- und die Umweltbewegung als Beispiel, offenbar engagierter und zutreffender Bürgeranliegen formuliert als die dafür zuständigen Parteien. Diese Bewegungen haben neue Themen in die Politik gebracht, sich als Korrektiv zum politischen System durchgesetzt und als politische Mitspieler gefestigt.

Verstärkt wurden die Stressoren des Parteiensystems durch, drittens, Irrtümer über Mechanismen und Wirkung der Massenmedien in der Demokratie.

Veränderte Rolle der Parteien im Journalismus

Wie anderen Bürgern waren – und sind – Journalisten Loyalitäten nicht wesensfremd sondern, entgegen anderslautenden Beteuerungen, vertraut. So ersetzte die Platzierung passenden Personals im Medienwesen für die Parteien lange Zeit die heute erforderliche sachliche Information und Argumentation. Während die Parteien auf brüchiger werdende Verbindungsbrücken in die Redaktionen vertrauten, hatten sich die neuen Bewegungen längst mit einem goldenen Schlüssel Zutritt zu den Redaktionen verschafft, nämlich mit Information, zitierfähigem Material und belegt wirkenden Darstellungen. Während klassische Politiker nur Aussagen trafen, welche ihrer jeweiligen Positionen nutzen und jener des Gegners schaden könnten, schöpften Journalisten längst aus anderen Quellen jenes Wissen, mit dem sich Vollständigkeit über Sachverhalte, Zusammenhang der Hintergründe und damit die von Rezipienten gewünschte Orientierung jeweils mediengerecht und reichweitensichernd herstellen ließen. Zudem wurde die Wirkung der Massenmedien fälschlich eingeschätzt. Die politischen Eliten überschätzen die Massenmedien in ihrer Möglichkeit, auf den Einzelnen einzuwirken, Einstellungen oder Meinungen herzustellen, unterschätzen aber deren Verstärkungseffekt, sobald Produzenten und Konsu-

menten der Massenmedien in der Bedeutungszuschreibung eines Themas übereinstimmen.

Die Schlussfolgerungen für Reformfordernisse und Anforderungsprofil der Parteien sind umfassend, ergeben sich teils aus dem Gesagten.

Ämter und Funktionen sind keine Pfründe für Bedeutungszuwachs und Wohlstandssicherung des Inhabers. Sie sind zielgerichtete und beschränkte Mandate, Aufgaben des Gemeinwesens sachgerecht zu erledigen. Politische Argumentation ist die Entwicklung und Durchsetzung von Zielen. Diese sollen, vor dem Hintergrund eines akzeptierten Welt- und Menschenbildes, aus Sachkenntnis und Sacherfordernis erwachsen, im öffentlichen Gespräch formuliert und mehrheitsfähig gestellt werden.

Reformerfordernisse der Parteien

Dies bedeutet für die Parteien,

- sich vom Ballast der Parteien- und Ideologiegeschichte zu befreien,
- ihren Einfluss auf das Leben der Bürger und auf staatliche Institutionen zurückzunehmen,
- sich als Voraussetzung für Parlamentarismus aber nicht als Ersatz einer Regierung zu verstehen,

- von der Institution im herrschaftlichen Staatsgefüge zum Gestalter politischer Prozesse zu werden,
- die Parteiapparate zu redimensionieren,
- politisches Personal hinsichtlich der Sach- und Medienerfordernisse zu schulen,
- das öffentliche Gespräch themenadäquat und zielgruppengerecht zu führen,
- neue Möglichkeiten politischer Partizipation anzubieten.

Noch ein – zwangsläufig unvollständiges – Wort zur Volkspartei: Wer eine Wahl so hoch gewinnt wie die ÖVP unter Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die Nationalratswahl 2002, hat alles richtig gemacht. Klubchef Andreas Kohl hat es bereits gesagt: Es bedarf eines positiven Themas, eines negativen Themas, etc. Um es mit Norbert Leser auszudrücken, der überzeugenden Übereinstimmung von Programm, Person und Praxis. Inhaltliche Schlüssigkeit von Programm und Praxis, organisatorische Geschlossenheit der Partei und überzeugende Persönlichkeiten als ihre Repräsentanten sind durch nichts zu ersetzen. Auch und gerade wenn sich die politische Landschaft ändert oder ein Wahlerfolg Reformen nicht zwingend erscheinen lässt.

Die Wahrheit ist zumutbar

Hubert Wachter

Der 24. November 2002 war in dreifacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens: Wolfgang Schüssels sensationeller Wahlsieg war nicht allein nur ein „Erdbeben“, der seine jahrelang gedemütigte ÖVP nach 36 teilweise bitteren Jahren wieder zur politischen Nummer 1 in Österreich machte, sondern bedeutet einen vermutlich langfristigen Paradigmenwechsel in der Innenpolitik. Zweitens: Die strukturelle rechts-konservative Mehrheit Österreichs, die an sich schon seit 1986 gegeben war und erst im Jänner 2000 real auch umgesetzt wurde, bleibt aufrecht, die Wähler erteilten einem zu Beginn der Wahlkampagne 2002 eigentlich fast sicher erscheinenden rot-grünen Machtwechsel eine Abfuhr. Drittens: Brutal und erschreckend der weitere Niedergang der Sozialdemokratie, die ohnmächtig mit ansehen musste, wie die regierende Kanzlerpartei souverän mit einem unglaublichen Zugewinn von 15,4 Prozentpunkten an ihr vorbeizog. Nur das „rote“ Wien hat die Mutterpartei nicht enttäuscht, ansonsten wäre Alfred Gusenbauer am Wahlabend mit nicht einmal mehr 30% blamiert gewesen. Drei Fakten als deutliche Hinweise darauf, dass sich die Anforderungen an Politik und Parteien im 21. Jahrhundert auf dramatische Weise verändert haben.

Politik gestalten, aber mit ganz neuem Zugang

„Lasst uns nicht stolpern über das, was morgen vielleicht noch eine Hürde ist, sondern lasst uns einfach die wirklich großen Gesamtziele definieren!“ Das kann man als Wolfgang Schüssels ganz persönlichen Zugang zu Politik definieren. Sein zweites Credo: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Als dritten Leitsatz, besonders in aussichtslos erscheinenden Situationen: „Wir haben keine Chance. Also nützen wir sie.“ Nicht zuletzt wegen genau dieser Haltungen hat Schüssel am 24. November die Wahlen (auch) gewonnen. Ein Wahlsieg, der ungeheure Verantwortung aufbürdet. Waltraud Klasnic,

Schüssels Powerfrau in der Steiermark, formuliert es treffend: „Die Bewältigung eines Sieges erfordert mindestens soviel Kraft wie eine Niederlage zu verdauen.“ Österreich wird einiges zu verdauen haben. In einer Art Elchtest, ob seine Politiker den massiven Anforderungen des beginnenden 21. Jahrhunderts überhaupt gewachsen sind, stehen unmittelbar zur Bewältigung an: Eine Pensionsreform, die nicht länger mehr nur ein teurer Etikettenschwindel sein darf. Eine Gesundheitspolitik, die diese nicht mehr länger selbst schwer erkranken lässt. Ein Umbau des Staatsgefüges, der diesem Milliarden fressenden Beamten-Moloch endlich das Maul stopft. Dazu ist politischer Mut nötig. Ebenso operative Gelassenheit, besonders aber eine deutlichere Portion an Aufrichtigkeit. Denn: Bittere Sorgen um die Arbeitsplätze, aufkeimende Panik vor einer sehr viel später konsumierbaren und wahrscheinlich deutlich kleineren Pension, das Zittern um ein womöglich kollabierendes Gesundheitssystem mit für Private vielleicht nicht mehr leistbaren lebensnotwendigen Operationen erzeugen ein diffuses Klima der Angst. All diese Probleme erfolgreich zu stemmen, bedarf politische Behutsamkeit.

Die Sicherung des Wohlwollens

Dazu gehört, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Es reicht nicht, ihnen etwa vorzugaukeln, dass das Pensionssystem ohnehin gesichert sei, wenn man nur ab und an leichte Retuschen vornimmt. Nein, dazu hat sich die Alterspyramide zu gewaltig verändert. Zwei Millionen Pensionisten hat Österreich heute schon, und in den nächsten paar Jahren kommt wenigstens eine weitere Million dazu. Der Generationen-Vertrag ist auf seiner Basis der Nachkriegszeit so nicht mehr zu halten. Können die Jungen, die Aktiven, die finanziellen Lasten zur Sicherung ihrer Vorgänger-Generation bewältigen, selbst wenn sie es wollten? Da muss der Politik was einfal-

len. Muss es wirklich Tatsache sein, 45-Jährig in der Wirtschaft oft schon zum viel zitierten „alten Eisen“ zu gehören, oder ist die Politik (plus Wirtschaft) intelligent genug, einen neuen klugen Mix in der Beschäftigungs- und Arbeitsplatzpolitik zu finden? Zwei Fragen nur, die die vermutlich wichtigste Herausforderung an Parteien und Politiker in diesem Jahrzehnt schon klar definieren: der Entsolidarisierung, der Ellenbogen-Gesellschaft, dem Egoismus alles, was nur irgend möglich ist, entgegen zu setzen. Passiert das nicht, wird gesellschaftspolitisch das gegenseitige Wohlwollen, damit das Wohlbefinden, das Gefühl von Geborgenheit und letztlich der größere Heimat-Begriff, nämlich: in dieser österreichischen Gesellschaft definitiv zu Hause sein, verloren gehen. Dabei: Nur wer irgendwo fest verwurzelt „daheim“ ist, kann die Herausforderung „draußen“ annehmen und bestehen. Etwa jene, die auf Österreich spätestens ab April 2004 jedenfalls zukommt, wenn die EU-Erweiterung auf 25 Staaten zur Tagesrealität geworden sein wird.

Parteien-Frust, Parteien-Lust

Am 24. November 2002 haben die Österreicher entschieden, dass Rot-Grün und damit die Linke vorläufig keine alleinige politische Zukunft in der Republik haben soll. Ein selbstverschuldetes Drama für die Sozialdemokraten. In jedem anderen vergleichbaren westlichen Industriestaat hätte man sich bei einer Regierung wie jener des Wende-Kabinetts, das vom ersten Tag an schwer unter Beschuss stand, darüber hinaus auch etliche schwere Fehler in seinen knapp drei Regierungsjahren machte und am Schluss sogar aus Eigenverschulden explodierte, nur mehr darüber unterhalten, ob der Herausforderer bei Wahlen 48% oder doch 52% machen würde. Nicht so in Österreich: Da hieß es von Anfang, Alfred Gusenbauer liefere Wolfgang Schüssel beachtlicher Weise ein „Kopf-an-Kopf“-Rennen. Schlussfolgerung: Nicht nur die Strategie der Sozialdemokraten, auch der Wahlkampf selbst

müssen erbärmlich falsch und schlecht gewesen sein.

Dazu kommt, dass eine ihrer wesentlichen Gruppen offenbar ohnmächtig ist: Die sozialdemokratischen Gewerkschafter des ÖGB waren im Wahlkampf nirgends. So konnte die Heimholung jener Arbeitermassen in den Schoß der SPÖ, die 1999 zu Hunderttausenden zu Jörg Haider's FPÖ übergelaufen waren, einfach nicht klappen. Umso bitterer für Gusenbauer & Co., dass diese sich diesmal gleich an den Klassenfeind, die „Partei der Selbstständigen, Reichen und Bauern“, wandten. Alarmierend für die SPÖ. Erfreulich für die ÖVP. Die es offenbar mit Wolfgang Schüssel immer besser schafft, den Österreichern in politisch wieder unsicher gewordenen Zeiten (Kriegsgefahr um den Irak, Weltwirtschafts-Rezession, Arbeitsplatzängste) glaubhaft zu vermitteln, mit Umsicht auf sie aufzupassen. Das ist es: Mit der Spaß-Gesellschaft ist es vorbei. Zu scharf sind die weltweiten Auseinandersetzungen um die Konzepte und Strategien wirtschaftspolitischer Zukunft geworden. Da ist Österreich, nicht nur durch seine Mitgliedschaft in der EU, längst nicht mehr autark oder völlig selbstbestimmt. Keynesianismus-Light, die Kreisky'sche Parole von einst, ihm bereiteten Milliarden mehr an Schulden weniger schlaflose Nächte als tausende Arbeitslose, zieht nicht mehr. Die EU verbietet ihren Mitgliedstaaten schlicht und einfach, Arbeitsplätze mit Staatsgeld zu sichern. Was den heimischen Politikern und deren Parteien in dieser Situation nur bleibt: Die größten Auswirkungen der teilweise brutalen Globalisierung und des harten Wirtschafts-Neoliberalismus auch in Österreich mit einem tatsächlich ernst gemeinten Gesamt-Konzept der Staats-Erneuerung abzufangen. Sämtliche Politiker sind dabei gut beraten, sich neuer Politik-Zugänge zu bedienen, besonders aber den sozialen Frieden in Umbruchzeiten zu wahren.

Das ist die Wahrheit am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Sie ist den Österreichern zumutbar.

Die Stunde der Modernisierer

Hans Rauscher

Die Partei des 21. Jahrhunderts wird jene sein, die den sozialen Besitzstand des Wohlfahrtsstaates halbwegs wahren kann, gleichzeitig aber dem mobileren, aufstiegsorientierten Element in der Bevölkerung bessere Chancen verschafft. Die „Partei 21“ wird jene sein, die nicht nur sagt, „Die Pensionen müssen gesichert werden“, sondern die auch fragt, „Kann die aktive Bevölkerung die Last der Pensionsversicherung alleine tragen?“. Sie wird, in Europa und in Österreich, jene sein, die das Wort „Leistung“ wieder in ihr politisches Vokabular aufnimmt.

Wer immer diesen Durchbruch von der statischen Absicherung zur dynamischen Freisetzung von Aktivkräften schafft – es werden mit größter Sicherheit nicht die Rechtspopulisten sein. Ein kleiner Exkurs sei hier erlaubt, weil der Rechtspopulismus in seiner Dynamik bis vor kurzem die kommende Kraft in Europa zu sein schien: Die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren in Europa (West und Ost) bestimmt vom Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien. Eine Zeitlang schien es, als seien sie die Parteien des 21. Jahrhunderts. Aber schon in den ersten Jahren dieses neuen Jahrhunderts zeigte sich, dass der Rechtspopulismus zwar eine Erscheinung ist, die mit uns bleiben wird und immer wieder zu neuem Leben erweckt werden kann, seine Parteien aber in dem Augenblick scheitern, wenn es um das Verlassen der reinen Protest- und Ressentimentsphäre und den Eintritt in die politikgestaltende Verantwortung geht.

Rechtspopulistische Parteien in Europa

Ein kurzer Überblick über die europäische Szene zur Illustration: Haider's FPÖ – von zehn auf 27% zwischen 1986 und 1999, dann wieder auf 10%. Die erfolgreichste rechtspopulistische Partei Europas sprengte sich (mit diskreter und geistesgegenwärtiger Assistenz von Wolfgang Schüssel) selbst in die Luft. Ähnlich erfolgreich (von Null auf 26%) war

die Partei von Pim Fortuyn in den Niederlanden, wohl auch als Reaktion auf die Ermordung ihres charismatischen Führers. Nach dem Einzug in die Regierung unter einem Christdemokraten stellte sich jedoch blitzartig die strukturelle Regierungsunfähigkeit der Rechtspopulisten heraus und hätte sich auch herausgestellt, wenn Fortuyn noch am Leben wäre. Drittes Beispiel, diesmal aus Osteuropa: der charismatische Viktor Orban konnte eine Zeitlang in Ungarn beträchtliche Erfolge einfahren, aber seine zunehmend radikal rechtspopulistische Linie führte zu seiner Abwahl durch einen Ex-Kommunisten.

In Italien ist die Lage noch ungeklärt: Der Rechtspopulist Umberto Bossi von der separatistischen „Lega Nord“ ist seit seinem Regierungseintritt von 10 auf etwa 3 bis 4% abgerutscht. Aber auch der Regierungschef Berlusconi ist im Grunde ein Rechtspopulist, auch wenn es ihm gelungen ist, in die Reihen der Europäischen Volkspartei, der Vereinigung der Christdemokraten, aufgenommen zu werden. Berlusconi hält sich in der Regierung, weil die Linke so schwach und zerstritten ist, aber die Enttäuschung über seine mangelnden Leistungen greift um sich.

Jedenfalls ist der Welle von rechtspopulistischen Erfolgen in Europa eine Reihe von Rückschlägen gefolgt, wobei Österreich wie so oft in seiner Geschichte sozusagen die Versuchsstation war: Der Aufstieg und der Abstieg von Haider zeigt exemplarisch, was die Stärken des Rechtspopulismus sind und was seine fatalen Schwächen, wenn nicht gerade eine bestimmte Konstellation der Geschichte letztere überdeckt.

Wie sieht die Partei der Zukunft aus?

Rechtspopulistischen Parteien gehört also im 21. Jahrhundert nur sehr bedingt die Zukunft. Wem aber dann? Und wie soll die Partei des 21. Jahrhunderts in Europa aussehen?

Die traditionellen Milieuparteien haben durch den gesellschaftlichen Wandel viel von ihrem scharfen Profil verloren. Sind die sozialdemokratischen Parteien noch Arbeiterparteien? Die SPÖ ist hauptsächlich eine Partei der Pensionisten. Ist die ÖVP noch wirklich christdemokratisch? Es gibt zwar Ansätze für eine Renaissance des politischen Katholizismus (Wallfahrt nach Mariazell nach Aufhebung der EU-Sanktionen, Gott danken für den Wahlsieg), aber die Frage ist, ob bei diesen Signalen des politischen Führungspersonals das Fußvolk wirklich in der Masse mitmacht. Die allermeisten konservativen Wähler haben mit Klerikalismus nichts am Hut und selbst unter den regelmäßigen Kirchgängern wird etwa die Sexualmoral des Papstes weitgehend ignoriert.

Die Parteien des 21. Jahrhundert scheinen – zumindest in Österreich – schon seit längerem verwässerte, man kann auch sagen, liberalisierte Versionen der alten christdemokratischen und sozialdemokratischen Blöcke zu sein.

Ideologie ist das eine, Interessensvertretung das andere. Die Sozialdemokratie in Europa und ganz besonders in Österreich verstand und versteht sich bis heute als Besitzstandswahrerin der sozialen Errungenschaften. Ähnliches gilt für die konservativen Parteien, wobei hier die Beschützerrolle traditionell auf Bauern, die mittelständische Wirtschaft und den öffentlichen Dienst konzentriert war, es aber nicht mehr ist. In Österreich ist es der Volkspartei gelungen, in ihrer politischen Rhetorik das Thema „Reform“ an sich zu reißen. Die Umsetzung in der zweieinhalbjährigen Regierungspraxis war unvollständig, weil a) die Zeit zu kurz war, b) der rechtspopulistische Koalitionspartner in Wirklichkeit nicht an Reform, sondern nur an Bestandssicherung für den berühmten „kleinen Mann“ interessiert war, und weil die protektionistischen und etatistischen Kräfte in der Volkspartei auch noch sehr stark waren. In diesem Sinn ist in den vergangenen drei Jahren nicht sehr viel weitergegangen, außer dass

die Regierungsfähigkeit der FPÖ behauptet und dann widerlegt wurde.

Erneuerung in Ansätzen

Dennoch hat die ÖVP die „Wende“- und „Erneuerungs“-Rhetorik besser aufgegriffen als die SPÖ. Sie hat auch, das kann man nicht leugnen, in Ansätzen Taten gesetzt. Darum ist z.B. auch ein beträchtlicher Teil jener FPÖ-Wähler, die seinerzeit die SPÖ wegen deren Erstarrung verlassen haben, am 24. November nicht zu den Sozialdemokraten zurückgekehrt, sondern wanderte zur ÖVP weiter (was übrigens zeigt, wie sehr sich die sogenannten Lagermentalitäten aufgelöst haben).

Der ÖVP ist es daher besser gelungen, Modernität und moderaten Veränderungswillen auszustrahlen. Allerdings: die großen Probleme sind allesamt noch ungelöst (Pensionen, Gesundheitssystem). Die Opferbereitschaft der Bevölkerung wurde trotz scharfen Anziehens der Steuerschraube noch nicht wirklich auf die Probe gestellt. Das dicke Ende kommt erst.

Aber eine gewisse Reform- und Veränderungsbereitschaft in der Bevölkerung dürfte da sein, auch wenn sich viele vermutlich noch keine rechten Vorstellungen über das wahre Ausmaß der Einschränkungen machen.

Wer aber wirklich die Partei des 21. Jahrhunderts werden will, der muss dem mobilen, mobilitätswilligen und aufstiegsorientierten Teil der Bevölkerung mehr Chancen bieten. Dass etwa die SPÖ jetzt Schwierigkeiten hat, attraktives politisches Personal zu finden, besonders was die Wirtschaftskompetenz betrifft, scheint ein Indiz zu sein, dass die Partei zu lange eine Domäne der Besitzstandswahrer und für leistungswillige Aufsteiger nicht attraktiv gewesen ist. Wer hier nichts zu bieten hat, dem wird das 21. Jahrhundert (oder zumindest sein erstes oder zweites Jahrzehnt) keine großen Möglichkeiten eröffnen.

Vom vergeblichen Warten auf den großen Wurf

Claus Albertani

Die Wahl ist geschlagen, die Sitze im Parlament sind verteilt. Die meisten Wetten auf den Wahlausgang sind inzwischen eingelöst, lediglich einige Landespolitiker warten noch mit dem verlorenen Abendessen auf die Zeit nach der Regierungsbildung. Denn dann weiß man noch besser, weshalb die Wahl so ausgegangen ist und weshalb die Regierung so gebildet wurde – und eigentlich gar nicht anders gebildet hätte werden können.

Auch ansonsten ist alles beim Alten und die These, bei der Nationalratswahl 2002 sei kein Stein auf dem anderen geblieben, ist eindrucksvoll widerlegt: Es wird weitergewurstelt wie bisher, lediglich ein paar blaue oder sonstwie bunte Briefe aus Brüssel stören die Fortsetzung der normalen österreichischen Gemächlichkeit. Budgetdefizit hin oder her, Pensionen her oder hin, Pensionsantrittsalter gleich oder später – wen kratzt's, die Regierung wird's schon richten – irgendwie und irgendwann. So schlecht geht es uns ja nicht, wenn wir via Satelliten-TV schauen, wie es in der Welt so zugeht: Tu felix Austria – und nicht einmal mehr international heiraten müssen unsere Staatenlenker.

Alles neu?

Damit sind wir schon beim größten Problem, das durch die Nationalratswahl geschaffen wurde: Es wird von keinem der Beteiligten ein dringender Veränderungsbedarf gesehen. Die ÖVP ist in der – historisch wohl einmalig – angenehmen Situation, dass sie mit jedem kann, aber höchstens mit einem muss. Weshalb also sollte sie jetzt drastische Schritte setzen und dadurch ein mögliches angenehmes Ausruhen auf den Lorbeeren der siegreichen Wahlschlacht gefährden oder gar verhindern? Weshalb gerade jetzt, als erstmals seit 32 Jahren wieder führende Partei, zu viel riskieren – bei 43% ist die Gefahr viel größer, etwas zu verlieren als noch ein wenig dazu zu gewinnen. Auch wenn

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel medienwirksam auf einen „großen Wurf“ hofft (und heimlich vielleicht sogar daran glaubt) – es liegt im Wesen der Politik, dass die ÖVP sich jetzt den „billigsten“ Koalitionspartner sucht, um mit ihm noch ein paar Jahre zu regieren und dabei die eigene Klientel so gut wie möglich zu bedienen. Über das Staatswohl, das Wohl der Bürger und die langfristige Absicherung des Erreichten kann man parallel dazu schöne Sonntagsreden halten – und zwar an jedem Tag der Woche. Dafür, dass sich im parteiinternen Kräfteparallelogramm nichts verschiebt, werden die Bünde schon sorgen, auch wenn sie sonst nichts mehr zusammenbringen.

Einer der wenigen in der SPÖ, der einen Veränderungsbedarf spürt, ist Parteichef Alfred Gusenbauer selbst. Er will das Wahlergebnis als Hilfsmittel verwenden, die dringend notwendige Parteireform über die Bühne zu bringen. Er hat erkannt, dass seine bei der Funktionärsschicht, vor allem aber bei der Wählerschaft völlig überalterte Partei mittelfristig nur dann eine Überlebenschance hat, wenn sie ordentlich umgekrempelt wird. Er drängt mit aller Macht in die Regierung, denn nur mit der Begründung der dabei notwendigen Kompromisse kann er seinen strukturkonservativen Haufen zu irgendwelchen Reformen zwingen. Den Preis für die daraus resultierenden gewaltigen parteiinternen Machtkämpfe würde allerdings wiederum die Regierung tragen – für die Österreich-Reformarbeit bliebe Gusenbauer nicht allzuviel Kraft übrig.

Jener potenzielle Koalitionspartner der ÖVP, der die geringste Reformkraft mitbringt, ist in jedem Fall die FPÖ. Wer so ein Wahlergebnis zu verdauen hat, kann nicht an die Zukunft der Republik denken, er muss versuchen, die triste Gegenwart der eigenen Partei in den Griff zu bekommen. Dass dabei Budgetdaten oder das Pensionsantrittsalter eine verschwindend geringe Rolle spielen im Vergleich zum Bedrohungspotential aus dem Bärenental oder aus Knittelfeld, ist evident. Dazu kommt, dass ange-

sichts der neuen Größenverhältnisse in einer schwarz-blauen Koalition die stärkste Waffe der FPÖ die Verweigerung ist – zum vermeintlichen Schutz dieser oder jener Wählergruppe wird Veränderung blockiert. Vom Umsetzen eigener Ideen in der Regierung träumen nur mehr wenige. Vielleicht ist das sogar gut.

Die Partei, mit der die stärksten Veränderungen in der Republik möglich wären, sind die Grünen. Man überlege: Eine bürgerlich-grüne Koalition wäre ein europäisches Novum, beide Parteien müssten versuchen, Beweise für die Sinnhaftigkeit so einer Koalition zu erbringen. Da in beiden Parteien auch genügend intellektuelles Potenzial vorhanden ist, aus dieser Situation etwas sinnvolles zu machen, ist der Reiz dafür groß. Leider aber nur virtuell. Denn in beiden Parteien gibt es zu viele konservative Realos – bei der ÖVP in der Wirtschaft, bei den Grünen unter den Fundis –, die derartige Experimente als viel zu gefährlich für das eigene Schrebergärtchen empfinden.

Alles beim Alten!

Bei Erscheinen dieses Beitrags sind die meisten dieser Überlegungen bereits Makulatur, wenn nicht

überhaupt schon widerlegt. Dennoch bleibe ich bei meiner Grundthese: Das Wahlergebnis vom November 2002 manifestiert keinen Änderungsbedarf. Im Wesentlichen ist alles beim Alten geblieben – der bürgerliche Block (von einem Lager zu sprechen ist wissenschaftlich unredlich) ist knapp stärker als der rot-grüne Block (hier von einem Lager zu sprechen grenzte geradezu an Schwachsinn). Genau das, eine bürgerliche Mehrheit, gab es aber bereits seit 1986. Und genau das hat zu den bekannten Ergebnissen – einer total versteinerten und versumpften großen Koalition – geführt. Schwarz-Blau hat – 1999 erzwungen durch die reaktionär-gewerkschaftliche Verweigerungspolitik – zu einiger Bewegung in der österreichischen Politik geführt, mit den bekannten Ergebnissen. Und im November 2002 zu einer mehrheitlichen Zustimmung der Bevölkerung zu derartigen Reformen.

Bei den Parteien selbst aber hat diese Regierungsform (mit Ausnahme der selbstzerstörerischen Umtriebe in der FPÖ) zu keinen entscheidenden Veränderungen geführt.

Weshalb sollte es jetzt anders sein?

Fragt sich und Sie Claus Albertani.

Wahlrechtsreform oder Rückkehr zur österreichischen „Normalität“

Klaus Poier

„Eine Änderung des Wahlrechts, die die Bildung stabiler Majoritäten und damit stabiler Regierungen erschwert, anstatt sie zu erleichtern, ist also ein Schritt in die falsche Richtung, der für die Zukunft Österreichs nichts Gutes verheißt.“¹ Dies prognostizierte Gustav E. Kafka 1971 kurz nach der Kreiskyschen Wahlrechtsreform² in dem bekannten, von Heinrich Neisser und Anton Pelinka herausgegebenen Büchlein „Für ein mehrheitsförderndes Wahlrecht in Österreich. 8 Plädoyers“.³ Dieses Werk, in dem sich neben den Genannten etwa auch Friedrich Koja⁴ und Manfred Welan⁵ für ein Mehrheitswahlrecht aussprachen, stellte den vorläufigen Schlusspunkt einer Debatte um Mehrheits- und Verhältniswahlrecht dar, die in den sechziger Jahren neu entflammt war.⁶ Die politischen Entscheidungen führten damals jedoch klar in Richtung einer weiteren Verfeinerung des Proportionalwahlrechts⁷, dafür waren sowohl die Dominanz der SPÖ, in der das Verhältniswahlrecht – zum Teil bis heute – als eine ideologische heilige Kuh angesehen wurde bzw. wird⁸, sowie das politische Tauschgeschäft zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter – Unterstützung der SPÖ-Minderheitsregierung 1970 hier und FPÖ-freundliche Wahlrechtsreform da⁹ – verantwortlich.

„Geschichte“ 1: von der ersten großen Koalition bis Innsbruck

Einige Zeit lang hatte es dann den Anschein, als ob sich Kafka geirrt hätte. Die SPÖ erlebte unter Bruno Kreisky den Höhepunkt ihrer politischen Erfolge und erreichte – trotz Verhältniswahlrecht – 1971, 1975 und 1979 die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit. Ein Mehrheitswahlrecht schien daher nicht notwendig zu sein, um stabile Mehrheitsverhältnisse und leichte Regierungsbildungen zu gewährleisten. Der Schein trügte jedoch. Bereits 1983 stellten sich die Schwierigkeiten der Regierungsbildung wieder ein, da die SPÖ trotz einer klaren Stimmenmehrheit von

47,6% die Mandatsmehrheit um zwei Mandate verpasste. Die Bildung einer Koalitionsregierung war daher rechnerisch notwendig. Dabei kam es in der Folge vorerst nicht zu einer Rückkehr zur österreichischen „Normalität“, zur großen Koalition, die bereits von 1947 bis 1966 Österreichs politische Landschaft dominiert hatte.¹⁰ Bruno Kreisky arrangierte zu seinem politischen Abschied eine Koalition der SPÖ mit der damals – zumindest nach außen – liberal ausgerichteten FPÖ unter der Führung Norbert Stegers.¹¹ Damit wurde eine sogenannte „minimum-winning-coalition“¹² geschlossen, wie sie in westlichen Demokratien¹³ – aber nicht in Österreich¹⁴ – üblich ist: Die mandatsstärkste Partei bildet mit der kleinstmöglichen der für sie ideologisch akzeptablen Parteien eine Koalition, mit der sich eine Regierungsmehrheit rechnerisch gerade noch ergibt. Durch diese Koalitionswahl bietet sich der stärksten Partei in der Regel die beste Möglichkeit, ein Maximum ihrer politischen Forderungen und Ideen umzusetzen.

Das Experiment der SPÖ/FPÖ-Regierung scheiterte jedoch. Die FPÖ – die im Übrigen durch diese Koalition mit der SPÖ auch „weißgewaschen“ hätte werden sollen – verlor als Teil einer linksliberalen Regierung immer mehr an Zuspruch und sackte in den Meinungsumfragen dramatisch ab.¹⁵ Der nationale Flügel revoltierte daraufhin. Bei einem Parteitag in Innsbruck am 13. September 1986 löste schließlich Jörg Haider Norbert Steger als Bundesparteiohmann ab. Zwei Tage später beendete Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ und kündigte vorgezogene Neuwahlen an. Nach diesen Neuwahlen am 23. November 1986, bei denen die FPÖ ihren Stimmenanteil nahezu verdoppelte und die SPÖ knapp die Nase vor der ÖVP behielt, kam dann doch wieder die Rückkehr zur österreichischen „Normalität“ der großen Koalition, die in der Folge – diesmal unter der Führung der SPÖ – weitere 13 Jahre die österreichische politische Landschaft dominieren sollte.

Lässt man diese bekannten Ereignisse noch einmal Revue passieren, stechen einige auffallende Paralle-

len zu den Ereignissen der vergangenen Jahre und Monate ins Auge. Freilich gibt es auch Unterschiede, bei manchem könnte man aber fast den Eindruck gewinnen, dass sich Geschichte doch immer wieder wiederholt.

„Geschichte“ 2: von der zweiten großen Koalition bis Knittelfeld

Die zweite große Koalition der Jahre 1987 bis 2000 ging zwar mit viel Elan und Reformeifer ans Werk, bald stellten sich jedoch große Defizite und Probleme ein: Proporz und Junktimierungen, wechselseitige Blockaden, Stillstand etc. Anders als in den sechziger Jahren, als die erste große Koalition in eine massive Krise kam, gab es nun zwei, später sogar drei erfolgreiche Protestparteien¹⁶, wobei es der FPÖ gelang, mit populistischem Auftreten und einer inhaltlichen und personellen Durchbrechung des Links/Rechts-Schemas von beiden Großparteien immer mehr Wähler abzuwerben. SPÖ und ÖVP gemeinsam sackten von 1983 bis 1999 von 90,8% der Stimmen auf 60,1% ab.

In den achtziger Jahren spielte die Frage Mehrheits- oder Verhältniswahl in der politischen Wahlrechtsdiskussion dennoch keine große Rolle. Im Blickpunkt der Überlegungen stand die Personalisierung des Wahlsystems und insbesondere ein Mehr an Einfluss des Wählers auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments.¹⁷ Die Nationalratswahlordnung 1992 zielte auf eine solche stärkere Personalisierung des Wahlsystems ab, was allerdings weitgehend misslang.¹⁸ Nebenbei brachte diese Wahlrechtsreform – wie 1970 – jedoch auch eine weitere Verfeinerung der Proportionalität des Wahlsystems und damit das proportionalste Wahlsystem der österreichischen Geschichte.¹⁹

Trotz der immer größer werdenden Defizite der großen Koalition und des immer kleiner werdenden Wählerzuspruchs überdauerte diese Regierungskonstellation die gesamten neunziger Jahre. Der EU-Beitritt Österreichs am 1. Jänner 1995 war sicherlich der Höhepunkt und der größte Erfolg dieser Koalition. Die dafür notwendigen Anstrengungen legitimierten zweifelsohne auch das gemeinsame Regieren der beiden großen politischen Parteien Österreichs.

Danach ging es jedoch rasant bergab. Schon die Nationalratswahlen 1994 brachten ein Desaster für

beide Großparteien. 1995 gab es zwar eine kurze Korrektur nach oben²⁰, 1999 kam es jedoch zum großen Triumph der FPÖ, die erstmals zweite Kraft wurde und die gedemütigte ÖVP auf den dritten Platz verdrängte, während auch die SPÖ das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte einfuhr. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über diese Regierungskonstellation hatte kontinuierlich zugenommen. Einerseits waren die inhaltlichen Erfolge der großen Koalition immer spärlicher geworden, es dominierten wechselseitige Blockaden und Stillstand.²¹ Andererseits wurde das demokratiepolitische Defizit dieser Konstellation immer offensichtlicher: Was immer die Wähler wählten, sie bekamen am Ende die große Koalition „ohne Wenn und Aber“.²² Es herrschte freilich auch ein Mangel an Alternativen: Eine Koalition mit den Grünen hatte rechnerisch keine Mehrheit, eine Koalition mit der FPÖ unter Jörg Haider wollte politisch keine der beiden Großparteien eingehen. Zu groß waren die Ängste vor einem inneren Auseinanderbrechen der Parteien und vor den außenpolitischen Folgen einer solchen Zusammenarbeit.

Die Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 brachte jedoch ein derart desaströses Ergebnis für die zu diesem Zeitpunkt nur noch ehemaligen Großparteien, dass ein radikaler Wechsel unumgänglich schien. Vor allem auf Seiten der ÖVP setzte sich diese Überzeugung rasch durch, während die SPÖ länger brauchte, um die Zeichen der Zeit zu erkennen – was sich insbesondere an der Ablehnung des fertig ausverhandelten Koalitionsübereinkommens mit der ÖVP durch den SPÖ-Parteivorstand zeigte.²³ Die logische Konsequenz war die ÖVP/FPÖ-Koalition.²⁴

Diese nahm schließlich ein ähnliches Schicksal wie die SPÖ/FPÖ-Koalition in den achtziger Jahren. Trotz einer Reihe von Erfolgen, die auch in der Bevölkerung anerkannt wurden (insbesondere Nulldefizit), nahmen die FPÖ-internen Querelen immer mehr zu. Der staatstragende Kurs, für den vor allem Susanne Riess-Passer, Karl-Heinz Grasser und Peter Westenthaler standen, kam in immer größeren Misskredit beim orthodoxen Flügel der FPÖ. Am 7. September 2002 – fast auf den Tag genau 16 Jahre nach dem Innsbrucker Parteitag – fand schließlich das schon legendäre Delegiertentreffen in Knittelfeld statt. Einen Tag später traten Riess-Passer, Grasser und Westenthaler zurück. Am 9. September 2002 – wiederum fast auf den Tag genau 16 Jahre nach der Aufkündigung der SPÖ/FPÖ-Koalition

durch Franz Vranitzky – kündigte Wolfgang Schüssel vorgezogene Neuwahlen an. Diese brachten das bekannte Ergebnis: Erdrutschsieg für die ÖVP, Erdrutschniederlage für die FPÖ.

Von der österreichischen zur westeuropäischen „Normalität“

Stellt man die Geschichte der Zweiten Republik bis 1986 („Geschichte“ 1) und von da an bis heute („Geschichte“ 2) gegenüber, wie dies in Tabelle 1 veranschaulicht wird, zeigen sich verblüffende Parallelen: zuerst gibt es jeweils eine große Koalition → diese zeigt nach einiger Zeit Abnützungerscheinungen, es kommt zu Proporz, Blockaden und Stillstand → die große Koalition wird beendet, jeweils folgt eine Koalition mit der FPÖ – einmal gleich, einmal nach einem Intermezzo an Alleinregierungen → bald darauf kommt es zu schweren FPÖ-internen Konflikten zwischen staatstragenden Regierungsmitgliedern und orthodoxen populistischen Oppositionellen → die Koalition mit der FPÖ wird schließlich beendet, es folgen Neuwahlen.

Sollten die nun folgenden politischen Weichenstellungen in Österreich wiederum parallel zur Vergangenheit erfolgen, stehen wir daher – wie 1986/87 – vor einer neuerlichen Rückkehr zur österreichischen „Normalität“, vor der dritten großen Koalition dieser Republik. Eine Reihe von Politikern, Kommentatoren und Experten, die sich für eine solche Koalition aussprechen, betonen, dass diesmal alles anders werden wird. Solche Beteuerungen sind aber wohl mit großer Vorsicht zu genießen. Programme wie „Politik neu“, „Österreich neu“, „Koalition neu“ oder auch „Partei 21“ sind in aller Regel Marketingstrategien, die – als Marketingstrategien – mehr oder weniger gut funktionieren. Die Parteipolitik selbst und ihre Muster werden dadurch von innen jedoch nur selten reformiert. Eine baldige neuerliche Krise einer großen Koalition mit Blockaden, Junktimierungen, Proporz, Stillstand etc. scheint vorprogrammiert.

In der derzeitigen Diskussion wird zudem zu wenig der Blickpunkt auf die demokratiepolitische Komponente einer neuen großen Koalition gerichtet. Eine Regierung mit einer „breiten Mehrheit“ wird gefordert²⁵, die aufgrund der hohen Zustimmung seitens der Wähler besonders legitimiert sei.²⁶ Dabei wird jedoch kaum thematisiert, dass eine

breite Regierungsmehrheit gleichzeitig eine „kleine“ Opposition bedeutet, die keinesfalls eine derart starke Rolle spielt, wie eine große Partei in Opposition.²⁷ Die Kontrollfunktion des Parlaments, die sich in parlamentarischen Regierungssystemen unserer Zeit nicht im Verhältnis von Legislative zu Exekutive, sondern im Verhältnis von Regierung zu Opposition realisiert, kann in einer solchen Konstellation nicht voll zur Geltung kommen.

Konkurrenz statt Konkordanz

Breite Regierungsmehrheiten und die Politik der Konkordanz waren lange Zeit ein Markenzeichen der Zweiten Republik in Österreich. Deren Grundlagen haben sich jedoch weitgehend geändert, schon seit den achtziger Jahren – Aufkommen der Grünbewegung, Aufstieg der FPÖ als populistische Protestpartei, Krise der Sozialpartnerschaft etc. – und dann weiter verstärkt in den neunziger Jahren, insbesondere angesichts und in Folge des EU-Beitritts.²⁸ Eine „Verwestlichung“ Österreichs war und ist zu vergewärtigen²⁹, bei der Austragung politischer Konflikte trat Konkurrenz als Entscheidungsmuster immer häufiger an die Stelle von Konkordanz.³⁰ Nicht zuletzt aus Effektivitäts- und Effizienzgründen ist diese Entwicklung auch zu begrüßen. Freilich könnte der Bedarf an dringenden großen Reformen, der zweifelsohne besteht und für die weitgehend Verfassungsmehrheiten notwendig sind, eine vorübergehende große Koalition rechtfertigen. Allerdings ist es fraglich – wie schon oben ausgeführt –, ob eine neuerliche große Koalition über eine längere Zeit zu derartigen einschneidenden Reformen fähig ist. Viel spricht daher dafür, einen tiefen institutionellen Einschnitt in das politische System Österreichs vorzunehmen.

Eine neue große Koalition sollte deshalb sowohl aus inhaltlichen als auch aus demokratiepolitischen Gründen nur unter der Prämisse eingegangen werden, dass noch vor der nächsten Wahl ein Mehrheitswahlrecht eingeführt wird. Dann wäre gewährleistet, dass es in Zukunft in Österreich weder eine rechnerische noch eine – abgesehen von etwaigen dramatischen Ausnahmesituationen – politische Notwendigkeit für eine Koalition der beiden großen Parteien geben wird. Aus der österreichischen „Normalität“ würde eine westlichen demokratischen Standards entsprechende „Normalität“, mit einer

Tabelle 1: Die Zweite Republik als zwei (drei?) Geschichten mit vielen Parallelen

„Geschichte“ 1	„Geschichte“ 2	„Geschichte“ 3?
1945 bis 1966: erste große Koalition	1987 bis 1999: zweite große Koalition	2003 bis ????: dritte große Koalition?
60er Jahre: Krise der großen Koalition; Koalition mit der FPÖ wird politisch abgelehnt	90er Jahre: Krise der großen Koalition; Koalition mit der FPÖ wird politisch abgelehnt; Koalition mit den Grünen geht sich rechnerisch nicht aus	
1966: ÖVP gewinnt die absolute Mehrheit; SPÖ scheidet aus Regierung aus	in den 90er Jahren gibt es zwei, später drei weitere Parteien, davon eine sehr erfolgreiche Protestpartei: absolute Mehrheiten sind unerreichbar, die große Koalition muss daher fortgesetzt werden	
70er Jahre: SPÖ gewinnt stark	90er Jahre: beide Großparteien verlieren dramatisch	
1970: Wahlrechtsreform bringt ein Mehr an Proportionalität	1992: Wahlrechtsreform bringt eine Verfeinerung der Proportionalität	WAHLRECHTSREFORM?
1971 bis 1983: absolute Mehrheit der SPÖ	bis 1999: Fortsetzung der großen Koalition bei ständig sinkender Zustimmung; kittendes Glanzstück: der EU-Beitritt	
1983: Bruch der absoluten Mehrheit der SPÖ	1999: Kollaps der Großparteien: SPÖ 33,2%, ÖVP mit 26,9% nur mehr Dritter	
1983 bis 1986: kleine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ	2000 bis 2002: kleine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ	
13. September 1986: nationaler Flügel der FPÖ revoltiert am Innsbrucker Parteitag	7. September 2002: orthodoxer Flügel der FPÖ revoltiert am Knittelfelder Delegiertentag	
15. September 1986: Vranitzky kündigt Koalition auf	9. September 2002: Schüssel kündigt Neuwahlen an	
23. November 1986: vorgezogene Nationalratswahlen: SPÖ und ÖVP verlieren, FPÖ gewinnt stark	24. November 2002: vorgezogene Nationalratswahl: ÖVP (stark) und SPÖ gewinnen, FPÖ verliert stark	
Rückkehr zur österreichischen „Normalität“	?? Rückkehr zur österreichischen „Normalität“ ??	

stabilen Regierung und einer starken Opposition, die für ausreichende Kontrolle sorgt und für den Machtwechsel jederzeit bereit steht. Aber auch, wenn es doch zu einer Fortsetzung der ÖVP/FPÖ-Regierung kommen sollte, wären die Probleme nicht gelöst. Einer solchen Koalition könnte aus heutiger Sicht keine hohe Überlebensdauer prognostiziert werden. Die FPÖ entspricht von

ihrem personellen und ihrem inhaltlichen Substrat nach wie vor keiner herkömmlichen westeuropäischen Partei, mit der stabile Regierungen dauerhaft gebildet werden können. Die staatstragenden Politiker der FPÖ, denen man eine grundsätzliche Neuorientierung der FPÖ zugetraut hatte, sind nach den innerparteilichen Umwälzungen der letzten Monate weitgehend ausgeschieden. Das oben beschriebene

Szenario würde daher wohl später, aber doch eintreten und den Ruf nach einem Mehrheitswahlrecht erschallen lassen.

Lediglich eine ÖVP/Grüne-Koalition hätte einen derart innovatorischen Charakter, dass dauerhaft eine Veränderung der politischen Konstellationen und Koalitionsvarianten denkbar erscheint. Freilich gibt es keine Garantie, dass sich auch nach der nächsten Wahl eine Koalition zwischen einer der beiden Großparteien und den Grünen wieder ausgehen wird, sowie ebenso wenig dafür, dass es nicht auch bei den Grünen schon zuvor zu einem „Knittelfeld“ kommen würde.

Eine ÖVP-Minderheitsregierung würde schließlich erst recht den Ruf nach einer Wahlrechtsreform verstärken. Während Minderheitsregierungen in manch anderen Ländern – wie etwa in Schweden – Tradition haben, sind sie der österreichischen politischen Landschaft vollkommen fremd. Nur als einmalige, zeitlich begrenzte Übergangslösung wäre eine solche Regierung daher denkbar.

Klare Verhältnisse durch ein Mehrheitswahlrecht

Die Notwendigkeit für eine tiefgreifende Wahlrechtsreform in Österreich stellt sich somit mit großer Aktualität. Ein Mehrheitswahlrecht würde klare Verhältnisse schaffen. Der Wähler würde entscheiden – und nicht die Parteien in den Koalitionsverhandlungen –, wer die Regierung stellt und wer die Oppositionsfunktion auszuüben hat. Koalitionen wären nicht mehr nötig, die Mehrheitspartei könnte ihr politisches Programm umsetzen. Bei der nächsten Wahl wäre wieder der Wähler am Zug: Hat die Regierung ihre Sache gut gemacht, wird sie wiedergewählt, hat sie sie schlecht gemacht, wird sie abgewählt, und die andere große Partei kommt ans Ruder.

Offen bleibt die Frage, welches konkrete Modell der Mehrheitswahl herangezogen werden sollte. Viele plädieren dabei für die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen britischen Musters. Mit diesem Modell sind jedoch einige Nachteile verbunden. So würde dies die politische Demontage der Grünen, die im Parlament wohl nicht mehr vertreten wären, und weitgehend auch der FPÖ bedeuten, die vielleicht in einigen wenigen Wahlkreisen erfolgreich sein könnte.³¹ Zudem garantiert dieses Wahlsystem keine absolute Mandatsmehrheit einer Partei, viel-

mehr kann es dazu kommen – etwa wenn die FPÖ in genügend Wahlkreisen gewinnen würde –, dass keine der beiden Großparteien eine absolute Mehrheit im Parlament erreicht.³² Weiters kann dieses Wahlsystem auch zu extremen Verzerrungen und jedenfalls zu völlig zufälligen großen oder kleineren Parlamentsmehrheiten führen, je nachdem wie sich die Anhänger der einzelnen Parteien auf die Wahlkreise verteilen.³³ Schießlich scheint der große Vorteil dieses Wahlsystems, nämlich gleichzeitig ein starkes Persönlichkeitswahlrecht zu garantieren, heute auch nicht mehr so wirksam zu sein. Denn zum einen stünde der Wähler vor dem Dilemma, entweder seine Stimme für den von ihm präferierten Kandidaten seiner Wahl im Wahlkreis abzugeben (etwa für einen Kandidaten der SPÖ) oder durch seine Stimme für eine bestimmte Regierungsmehrheit (etwa für die ÖVP) zu votieren.³⁴ Zum anderen stellt dieses Wahlsystem hinsichtlich seiner Personalisierung bloß auf eine territoriale Repräsentation ab. Dabei scheinen – angesichts von Medialisierung, Globalisierung, Internet etc. – heute jedoch andere Kriterien zumindest ebenso wichtig zu sein. So fühlen sich sicherlich viele Wähler durch einen Mandatar bloß ihres Wahlkreises weniger gut vertreten als durch einen Mandatar, der zwar örtlich ganz wo anders angesiedelt ist, ihnen aber ideologisch und gesellschaftlich weit näher steht.³⁵ Diese Überlegungen sprechen daher gegen die Einführung der relativen Mehrheitswahl britischen Musters.

Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht als Alternative

Ich plädiere seit einigen Jahren für ein minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht.³⁶ Nach diesem Modell erhält die stimmenstärkste Partei die Hälfte der Mandate plus eins, die übrigen Mandate werden verhältnismäßig auf die restlichen Parteien aufgeteilt. Damit ist in jedem Fall eine absolute Mandatsmehrheit einer Partei gewährleistet, die allein die Regierung stellen kann. Bei der nächsten Wahl wäre der Wähler am Zug, diese Partei wiederzuwählen oder einer anderen Partei die Regierungsmehrheit zu verschaffen. Darüber hinaus wäre bei diesem Modell garantiert, dass alle Parteien, die bisher im Parlament vertreten sind, auch weiterhin parlamentarisch repräsentiert sind. Insbesondere die Grünen und die FPÖ bräuchten bei einer sol-

chen Wahlrechtsreform nicht um ihr politischen Überleben fürchten. Tabelle 2 zeigt die mandatsmäßigen Auswirkungen eines solchen Modells auf der Grundlage des Wahlergebnisses vom 24. November 2002.

Tabelle 2: Auswirkungen eines minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts

	Mandate derzeit	Mandate nach einer Reform
ÖVP	79	92
SPÖ	69	60
FPÖ	18	16
Grüne	17	15

Am größten sind die Mandatsverluste bei diesem Modell für die zweitgrößte Partei, im konkreten Fall wäre dies die SPÖ. Diese hätte jedoch beim nächsten Mal die Chance, ihrerseits Erster zu werden und die Mehrheitsprämie zu lukrieren. Die kleinen Parteien hätten bei einem minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrecht auf der Grundlage des letzten Wahlergebnisses hingegen einen geringen Mandatsverlust von nur je zwei Mandaten zu gewärtigen. Es steht auch nicht zu befürchten, dass die Wähler von diesen kleinen Parteien mit dem Argument „flüchten“ würden, dass eine Stimme für diese angesichts der Aussichtslosigkeit, die Regierungsmehrheit zu erringen, nutzlos wäre. Die Erfahrungen aus Ländern mit Mehrheitswahlrecht zeigen, dass viele Wähler kleine Parteien auch dann wählen, wenn sie keine Chance auf die Mehrheit haben, ja selbst dann, wenn ihnen aufgrund starker Verzerrungen nur geringe Chancen auf parlamentarische Vertretung zukommen.³⁷ Erst recht werden Wähler kleine Parteien daher weiter wählen, wenn sie vergleichsweise fast annähernd proportional – wie bei einem minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrecht – repräsentiert sind. Zudem könnte es für die Mehrheitspartei sogar reizvoll sein, eine kleine Partei als – freiwilligen – Koalitionspartner zu gewinnen, da ihre Mandatsmehrheit im Parlament ja knapp gehalten ist.

Das Modell eines minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts kann auch hochgradig personalisiert werden. So ist es einerseits mit Einerwahlkreisen und Stimmensplitting nach dem Muster des deutschen Wahlsystems koppelbar. Andererseits kann es ebenso mit einem Vorzugsstimmensystem gestaltet werden.

Ein Hauptvorwurf gegen dieses Wahlsystemmodell ist, dass es bei einer vergleichsweise niederen Zustimmung für die stimmenstärkste Partei – Nationalratswahl 1999: SPÖ 33,2% – zu einer hohen Verzerrung und damit zu einem Verlust an Legitimität kommt. Dem ist entgegenzuhalten, dass es gerade der Sinn eines Mehrheitswahlrechts ist, eine derartige Verzerrung mit dem Ziel herbeizuführen, die Effektivität des Systems zu gewährleisten. Andererseits könnte man das Wahlmodell auch insofern abändern, als man eine Stichwahl zwischen den beiden stimmenstärksten Parteien vorsieht. Die dabei erfolgreiche Partei würde die Mehrheitsprämie erhalten, die übrigen Mandate würden nach dem Ergebnis des ersten Wahlgangs auf die restlichen Parteien verteilt werden. Negativ könnten sich dabei jedoch Absprachen zwischen den Wahlgängen auswirken, die Surrogate von Koalitionsverhandlungen darstellen und klare politische Entscheidungsmuster wiederum verhindern oder zumindest verwässern könnten. Zudem bestünde die Gefahr, dass viele Wähler im ersten Wahlgang taktisch wählen würden: etwa die Grünen im ersten Wahlgang, weil man diese stark repräsentiert sehen möchte, und die ÖVP im zweiten Wahlgang, weil man sie als Regierungspartei wünscht. Dies könnte immer wieder zu starken Verzerrungen und sogar zu letztlich nicht gewollten Ergebnissen führen. Wolfgang Mantl schlägt schließlich vor³⁸, die Mehrheitsprämie nur dann wirksam werden zu lassen, wenn die stärkste Partei zumindest 40% der Stimmen erreicht. Zu Recht weist er darauf hin, dass ab einem solchen Ergebnis die Mehrheitsprämie von vielen als legitim empfunden würde. Offen bleibt allerdings freilich, wie die Effektivität des politischen Systems gewährleistet werden soll, wenn dauerhaft keine Partei an diese 40%-Grenze herankommt.

Wann, wenn nicht jetzt?

Die Zeichen der Zeit sprechen für die Einführung eines Mehrheitswahlrechts. Der Wiederaufstieg von ÖVP und SPÖ zu Großparteien, die Implosion der FPÖ, das Zaudern der Grünen hinsichtlich einer allfälligen Regierungsbeteiligung, die drohende Gefahr einer wiederum viele Jahre lang dominierenden großen Koalition mit Stillstand und Blockaden zeigen nicht nur demokratiepolitisch in diese Richtung, sondern haben in den letzten Wochen und

Monaten wohl auch dazu geführt, dass ein solcher Reformschritt in der Bevölkerung mehr akzeptiert würde, als dies vorher der Fall war. Das Wegfegen der Grünen und der FPÖ durch ein Wahlsystem à la Großbritannien fände freilich wohl kaum breite Zustimmung. Ein minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht, das einfach zu verstehen ist, das dem Wähler die Entscheidungsbefugnis über die Regierungsmehrheit einräumt und das gleichzeitig kleine Parteien schützt, könnte jedoch durchaus Akzeptanz finden.

Lange Zeit schien die Einführung eines Mehrheitswahlrechts in Österreich politisch undurchführbar. Vor allem auf Seiten der Sozialdemokratie war eine klare historisch-ideologische Präferenz für die Verhältniswahl dominierend. Im vergangenen Sommer ließ jedoch Alfred Gusenbauer aufhorchen.³⁹ Er sprach sich für den Wechsel zu einem Mehrheitswahlrecht aus, wobei er damit nach seinen Aussagen vor allem den weiteren Aufstieg der rechtsextremen Parteien in Europa verhindern will.⁴⁰ Die Reaktionen der ÖVP waren damals überwiegend ablehnend.⁴¹ Dies wird wohl einerseits in der damaligen Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner FPÖ be-

gründet sein. Andererseits konnten sich wohl auch viele in der ÖVP vor dem 24. November 2002 nicht vorstellen, dass ihre Partei bei einer Nationalratswahl jemals wieder Erster werden könnte. Ein Mehrheitswahlrecht, das die Vormacht der SPÖ zementieren würde, schien deshalb nicht opportun. Die Zeiten haben sich geändert. Selten gab es in Österreich derart ideale Bedingungen für den Wechsel zur Mehrheitswahl wie heute, jedenfalls nicht mehr seit den sechziger Jahren. Diese günstige Stunde sollte genutzt werden. Vieles spricht daher für eine dritte und letzte große Koalition, die den Wahlsystemwechsel beschließt.

Lässt man die vergangenen 30 Jahre Revue passieren, so muss man Gustav E. Kafka recht geben: die Wahlrechtsreform 1970 war ein Schritt in die falsche Richtung, der nichts Gutes für Österreich brachte. Viele Schwierigkeiten und Probleme der großen Koalition, der kleinen Koalitionen und der oftmaligen Regierungsverhandlungen hätte man sich erspart. Jetzt gilt es wieder, einen Schritt zu setzen. Hoffentlich diesmal in die richtige Richtung. Eine Rückkehr zur österreichischen „Normalität“ sollten wir uns nicht wünschen.

1 Gustav E. Kafka: Ein Schritt in die falsche Richtung, in: Heinrich Neisser/Anton Pelinka (Hg.): Für ein mehrheitsförderndes Wahlrecht in Österreich. 8 Plädoyers, Wien/München 1971, 9 ff., hier 23.

2 Nationalratswahlordnung 1971, BGBl. 1970/391.

3 Siehe Anmerkung 1.

4 Friedrich Kojas: Die absolute Mehrheitswahl, in: Neisser/Pelinka, Wahlrecht, 118 ff.

5 Manfred Welan: Mehrheitswahl – mehr Demokratie, in: Neisser/Pelinka, Wahlrecht, 57 ff.

6 Eine umfassende Darstellung der Diskussion um ein Mehrheitswahlrecht in den sechziger Jahren bietet Wolfgang Mantl: Der österreichische Parteienstaat. Die Rolle und einige Gegenwartsprobleme der Parteien in der österreichischen Demokratie, Retzhof bei Leibnitz 1969, 26 ff.

7 Der Disproportionalitätsgrad des österreichischen Wahlsystems nach Loosemore/Hanby sank von 5,1 (Wahlen zwischen 1923 und 1970) durch die Wahlsystemreform 1970 auf 2,1 (Wahlen 1971 bis 1990). Vgl. dazu eingehend Klaus Poier: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik, Wien/Köln/Graz 2001, 193 ff. m.w.N.

8 Dies hat freilich auch historische Gründe. Die Einführung des Verhältniswahlrechts in Österreich und in vielen anderen Staaten Europas nach dem Ende des Ersten Weltkriegs (vgl. dazu Karl Braunias: Das parlamentarische Wahlrecht. Ein Handbuch über die Bildung der gesetzgebenden Körperschaften in Europa, II. Band: Allgemeiner Teil, Berlin/Leipzig 1932, 203 f.) gilt weitgehend als politischer Erfolg sozialdemokratischer Parteien. Vgl. zur Wahlrechtsdiskussion in Österreich am Beginn des 20. Jahrhunderts: Karl Ucakar: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien 1985, 389 ff., sowie Poier, Mehrheitswahlrecht, 162 ff.

9 Vgl. dazu etwa Heinz Fischer: Zur Entwicklung des österreichischen Wahlrechts, in: Peter Kostelka/Rudolf Machacek/Oswin Martinek (Hg.): Dimensionen und Perspektiven des Rechts. Festschrift für Wilhelm Rosenzweig zum 80. Geburtstag, Wien 1988, 107 ff., hier 113, sowie Robert Kriechbaumer: Österreichs Innenpolitik 1970-1975, München/Wien 1981, 37 ff.

10 Von 1945 bis 1947 gab es eine Allparteienregierung aus ÖVP, SPÖ und KPÖ. Von 1966 bis 1970 gab es bekanntlich eine Alleinregierung der ÖVP, nachdem diese bei den Nationalratswahlen 1966 die absolute Mehrheit errungen hatte.

11 Eine eingehende Untersuchung dieser kleinen Koalition bietet: Anton Pelinka: Die Kleine Koalition. SPÖ-FPÖ 1983-1986, Wien/Köln/Graz 1993.

12 Vgl. grundlegend zu Theorien der Koalitionsbildung: William H. Riker: The Theorie of Political Coalitions, New Haven 1962; Abram de Swaan: Coalition Theories and Cabinet Formations. A study of formal theories of coalition formation applied to nine European parliaments after 1918, Amsterdam/London/New York 1973.

13 Vgl. dazu auch Pelinka, Koalition, 9 ff.

14 In der Schweiz gibt es ebenso eine Tradition breiter Regierungsmehrheiten. Allerdings gibt es in der Schweiz kein typisches parlamentarisches Regierungssystem. Vgl. auch Pelinka, Koalition, 9.

15 Im Juni 1986 sackte die FPÖ in den Rohdaten auf 1% ab. Vgl. dazu Ernst Gehmacher/Franz Birk/Günther Ogris: 1986: Das Wahljahr der Überraschungen – Aus dem Blickpunkt der Wahlverhaltenstheorie, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien/Köln/Graz 1988, 103 ff., hier 111.

16 FPÖ, Grüne und das Liberale Forum.

17 Im Mittelpunkt der Diskussion standen Direktwahl von Amtsträgern, Vorwahlen, Vorzugsstimmenmodelle und die mögliche Einführung eines Stimmensplitting wie in Deutschland. Vgl. dazu Poier, Mehrheitswahlrecht, 108 ff. m.w.N.

- 18 Vgl. kritisch Klaus Poier: Aktuelle Wahlrechtsvorschläge. Zugleich: eine kritische Auseinandersetzung mit der NRWO 1992, in: Andreas Khol/Günther Ofner/Günther Burkert-Dottolo/Stefan Karner (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999, Wien/München 2000, 255 ff.
- 19 a.A. Wolfgang C. Müller: Wahlsysteme und Parteiensysteme in Österreich, 1945-1995, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Günther Ogris (Hg.): Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995, Wien 1996, 233 ff. – Die NRWO 1992 brachte – wie Müller zu recht betont – eine Verschärfung der Eintrittshürde gegenüber dem vorherigen Wahlsystem (ein Grundmandat oder die 4%-Hürde sind nun weit schwerer zu erreichen als ein Grundmandat zuvor). Insgesamt wurde die Proportionalität des Wahlsystems jedoch dennoch erhöht (insbesondere durch das neu geschaffene dritte Ermittlungsverfahren in einem Bundeswahlkreis). Vgl. dazu Poier, Mehrheitswahlrecht, 198 ff.
- 20 Dieser Zugewinn beider Großparteien 1995 war m.E. insbesondere auf die im Wahlkampf erfolgte Polarisierung zwischen diesen beiden Parteien und die Aussicht auf eine mögliche Beendigung der großen Koalition zurückzuführen.
- 21 Vgl. Alfred Payrleitner (Hg.): Aufbruch aus der Erstarrung. Neue Wege in die österreichische Politik, Wien 1999.
- 22 ÖVP-Spitzenkandidat Erhard Busek hatte sich vor der Nationalratswahl 1994 zur Fortsetzung der großen Koalition „ohne Wenn und Aber“ bekannt.
- 23 Eine eingehende Darstellung der damaligen Ereignisse bietet etwa Berndt Ender: Eine Art Scheidungs-Report. Warum es nicht zur Neuaufnahme der SPÖ-ÖVP-Koalition kam, in: Khol/Ofner/Burkert-Dottolo/Karner, Jahrbuch, 243 ff.
- 24 Die Literatur zur „Wende“ ist umfassend. Exemplarisch seien genannt: Gerfried Sperl, Der Machtwechsel. Österreichs politische Krise zu Beginn des 3. Jahrtausends, Wien 2000; Michael Fleischhacker: Wien, 4. Februar 2000 oder die Wende zur Hysterie, Wien 2001; Andreas Khol: Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi, Wien 2001. Zahlreiche Artikel zur „Wende“ finden sich auch in Khol/Ofner/Burkert-Dottolo/Karner, Jahrbuch, sowie in Herwig Hösele/Reinhold Lopatka/Wolfgang Mantl/Manfred Prisching/Bernd Schilcher (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik, Graz 2001.
- 25 Vgl. etwa Die Presse, 27. November 2002, 4.
- 26 Auch dieses Argument ist fragwürdig. Die Wähler haben zwar jeweils deutlich für die beiden Großparteien gestimmt. Allein die Höhe der Summe der Stimmen beider Parteien als Indikator für die Zustimmung zu einer großen Koalition zu nehmen, ist jedoch sicherlich unzulässig, vor allem, da die beiden Parteien im Wahlkampf keine nur annähernd klaren Aussagen über geplante Koalitionsbildungen verlautet hatten.
- 27 Man denke etwa nur daran, dass Gesetze beim Verfassungsgerichtshof von einem Drittel der Nationalratsabgeordneten angefochten werden können (Art. 140 Abs. 1 B-VG). Nur im Zeitraum zwischen den Nationalratswahlen von 1994 und 1995 verfügte die Opposition gegen eine große Koalition in der Zweiten Republik über dieses Drittel im Nationalrat. Die SPÖ hingegen setzte dieses Recht in den letzten Jahren gegen Gesetze der schwarz-blauen Parlamentsmehrheit äußerst häufig ein.
- 28 Vgl. Poier, Mehrheitswahlrecht, 226.
- 29 Vgl. Anton Pelinka: Eine „Verwestlichung“ Österreichs? Zum Wandel des politischen Systems durch den EU-Beitritt, in: ZParl, Sonderband zum 25jährigen Bestehen. „Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente“ (1995), 278 ff.
- 30 Logische Folge dieser Entwicklung war auch die Infragestellung der Proporzwahl der Landesregierungen, die auch in Salzburg (LGBl. 1998/72) und Tirol (1998/104) abgeschafft wurde. In der Steiermark gab es im Vorjahr neuerlich eine Landtagsenquete zu diesem Thema (Siehe: Zukunftsorientierte Landesverfassung, Enquete des Steiermärkischen Landtages, Sten. Bericht, 14. GP, 15. Mai 2002). Literaturhinweise finden sich bei Poier, Mehrheitswahlrecht, 226.
- 31 Insbesondere dürfte dies in Kärnten der Fall sein.
- 32 Auch in Großbritannien kam es bei der Unterhauswahl im Februar 1974 zu einem solchen sogenannten „hung parliament“ (vgl. Emil Hübnert/Ursula Münch: Das politische System Großbritanniens. Eine Einführung, München 1998, 102).
- 33 Exemplarisch seien einige Beispiele genannt: Die Konservativen erlangten in Kanada 1984 mit 50,0% der Stimmen 74,8% der Mandate. Die Labour Party erhielt 1997 in Großbritannien mit 43,2% der Stimmen 63,4% der Mandate. In Sri Lanka erhielt 1970 die nur zweitstärkste Partei mit 36,9% der Stimmen 60,3% der Mandate.
- 34 Vgl. auch Dieter Nohlen: Wahlrecht und Parteiensystem, 3.A., Opladen 2000, 138.
- 35 Vgl. schon Poier, Wahlrechtsvorschläge, 264 und 286 f.
- 36 Erstmals: Klaus Poier: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Ein steirischer Reformvorschlag. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen über Funktionen, Modelle und Alternativen des Mehrheitswahlrechts, Graz 1998 (offsetvervielfältigt).
- 37 So erreichten die Liberalen in Großbritannien 1974 mit 19,3% der Stimmen ihr bestes Ergebnis nach 1945. In einem Wahlbündnis mit der SDP kamen sie 1983 sogar auf 25,4% der Stimmen, blieben aber mit 3,5% der Mandate bedeutungslos. Aufgrund der Krise der Konservativen erreichten sie 1997 mit 16,8% der Stimmen den bisherigen Höchstwert von 7,0% der Mandate.
- 38 Vgl. den Beitrag Wolfgang Mantls in diesem Heft.
- 39 Vgl. Der Standard, 26. Juli 2002, 7.
- 40 Fraglich bleibt freilich, ob sich Gusenbauer innerhalb der SPÖ durchsetzen könnte, insbesondere ob Heinz Fischer, geradezu der „Gralsrüter“ der Verhältniswahl in Österreich, einem solchen Wechsel zustimmen würde.
- 41 Vgl. Die Presse, 3. August 2002, 6.

Nationalrat – Österreich

Wahlergebnisse seit 1945

Jahr	Wahlber.	Stimmen				ÖVP		SPÖ		FPÖ ¹		KPÖ ²		Grüne ³		LIF		Sonstige	
		abgegeben	WB %	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1945	3.449.605	3.253.329	94,31	35.975	3.217.354	1.602.227	49,80	1.434.898	44,60	---	---	174.257	5,42	---	---	---	---	5.972	0,19
1949	4.391.815	4.250.616	96,78	56.883	4.193.733	1.846.581	44,03	1.623.524	38,71	489.273	11,67	213.066	5,08	---	---	---	---	21.289	0,51
1953	4.586.870	4.395.519	95,83	76.831	4.318.688	1.781.777	41,26	1.818.517	42,11	472.866	10,95	228.159	5,28	---	---	---	---	17.369	0,39
1956	4.614.464	4.427.711	95,95	75.803	4.351.908	1.999.986	45,96	1.873.295	43,05	283.749	6,52	192.438	4,42	---	---	---	---	2.440	0,06
1959	4.696.603	4.424.658	94,21	61.802	4.362.856	1.928.043	44,19	1.953.935	44,79	336.110	7,70	142.578	3,27	---	---	---	---	2.190	0,05
1962	4.805.351	4.506.007	93,77	49.876	4.456.131	2.024.501	45,43	1.960.685	44,00	313.895	7,04	135.520	3,04	---	---	---	---	21.530	0,48
1966	4.886.818	4.583.970	93,80	52.085	4.531.885	2.191.109	48,35	1.928.985	42,56	242.570	5,35	18.636	0,41	---	---	---	---	150.585	3,32
1970	5.045.841	4.630.851	91,78	41.890	4.588.961	2.051.012	44,69	2.221.981	48,42	253.425	5,52	44.750	0,98	---	---	---	---	17.793	0,40
1971	4.984.448	4.607.616	92,44	50.626	4.556.990	1.964.713	43,11	2.280.168	50,04	248.473	5,45	61.762	1,36	---	---	---	---	1.874	0,04
1975	5.019.227	4.662.684	92,90	49.252	4.613.432	1.981.291	42,95	2.326.201	50,42	249.444	5,41	55.032	1,19	---	---	---	---	1.464	0,03
1979	5.186.735	4.784.173	92,24	54.922	4.729.251	1.981.739	41,90	2.413.226	51,03	286.743	6,06	45.280	0,69	---	---	---	---	2.263	0,05
1983	5.316.436	4.922.454	92,59	69.037	4.853.417	2.097.808	43,22	2.312.529	47,65	241.789	4,98	31.912	0,66	65.816	1,36	---	---	103.563	2,13
1986	5.461.414	4.940.298	90,46	88.110	4.852.188	2.003.663	41,29	2.092.024	43,12	472.205	9,73	35.104	0,72	234.028	4,82	---	---	15.164	0,31
1990	5.628.912	4.848.741	86,14	143.847	4.704.894	1.508.600	32,06	2.012.787	42,78	782.648	16,63	25.685	0,55	225.081	4,78	---	---	150.093	3,19
1994	5.774.000	4.730.987	81,94	97.873	4.633.114	1.281.846	27,67	1.617.804	34,92	1.042.332	22,50	11.919	0,26	338.538	7,31	276.580	5,97	64.095	1,60
1995 ⁴	5.768.099	4.959.455	85,98	115.282	4.844.173	1.370.510	28,29	1.843.474	38,06	1.060.377	21,89	13.938	0,29	233.208	4,81	267.026	5,51	55.640	1,15
1999	5.838.373	4.695.225	80,42	72.871	4.622.354	1.243.672	26,91	1.532.448	33,15	1.244.087	26,91	22.016	0,48	342.260	7,40	168.612	7,40	69.259	1,51
2002	5.912.592	4.982.261	84,27	72.616	4.409.645	2.076.833	42,30	1.792.499	36,51	491.328	10,01	27.568	0,56	464.980	9,47	48.083	0,98	8.354	0,17

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

zusammengestellt von Isabella Poier

1 1949 und 1953: WDU

2 1953: Wahlgemeinschaft Österreichische Volkspopposition. 1956, 1959, 1962, 1966: Kommunisten und Linksozialisten

3 1983: VGÖ-Stimmen (93.798 / 1,93 %) bei „Sonstige“ enthalten.

1986: GAL-Stimmen (6.005 / 0,12 %) bei „Sonstige“ enthalten.

1990: VGÖ-Stimmen (92.277 / 1,96 %) bei „Sonstige“ enthalten.

4 Stimmenergebnis unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl vom 13. 10. 1996.

Nationalrat – Steiermark

Wahlergebnisse seit 1945

Jahr	Wahlber.	Stimmen				ÖVP		SPÖ		FPÖ ¹		KPÖ ²		Grüne ³		LIF		Sonstige	
		abgegeben	WB %	ungültig	gültig	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1945	531.238	499.310	93,99	5.449	493.861	261.358	52,92	205.779	41,67	---	---	26.724	5,41	---	---	---	---	---	---
1949	678.328	664.301	97,93	10.546	653.755	280.719	42,94	244.482	37,40	94.991	14,53	29.617	4,53	---	---	---	---	3.946	0,60
1953	708.311	682.335	96,33	19.817	662.518	269.662	40,70	272.360	41,11	89.895	13,57	29.177	4,40	---	---	---	---	1.424	0,22
1956	716.017	698.769	97,59	11.659	687.110	313.510	45,63	302.325	44,00	47.513	6,91	23.762	3,46	---	---	---	---	---	---
1959	726.066	701.489	96,62	11.108	690.381	308.835	44,73	312.776	45,30	47.116	6,82	21.654	3,14	---	---	---	---	---	---
1962	739.653	714.987	96,67	10.088	704.899	327.852	46,51	304.810	43,24	48.034	6,81	24.404	3,43	---	---	---	---	---	---
1966	752.162	727.606	96,74	10.550	717.056	356.703	49,75	313.763	43,76	34.976	4,88	11.331	1,58	---	---	---	---	283	0,04
1970	782.640	749.353	95,75	9.807	739.546	337.463	45,63	354.023	47,87	36.877	4,99	8.988	1,22	---	---	---	---	2.195	0,29
1971	772.901	740.471	95,80	10.822	729.649	324.894	44,53	357.198	48,95	35.594	4,88	11.963	1,64	---	---	---	---	---	---
1975	779.866	750.536	96,24	10.033	740.503	325.372	43,94	372.219	50,27	33.936	4,58	8.976	1,21	---	---	---	---	---	---
1979	811.261	779.044	96,03	11.269	767.775	317.651	41,37	394.397	51,37	47.184	6,15	8.543	1,11	---	---	---	---	---	---
1983	836.331	801.368	95,82	14.301	787.067	332.668	42,27	389.179	49,45	31.265	3,97	5.991	0,76	14.361	1,82	---	---	13.603	1,73
1986	859.323	820.081	95,43	21.189	798.892	327.557	41,00	352.219	44,09	79.364	9,93	7.160	0,90	32.592	4,08	---	---	---	---
1990	883.795	823.232	93,15	28.137	795.095	263.800	33,18	344.525	43,33	133.797	16,83	5.711	0,72	31.334	3,94	---	---	15.928	2,00
1994	905.719	793.151	87,57	20.457	772.694	212.122	27,45	282.781	36,60	181.051	23,43	2.980	0,38	47.683	6,17	38.057	4,93	8.040	1,04
1995	904.431	791.823	87,55	27.292	764.531	225.620	29,51	303.089	39,64	162.194	21,21	3.121	0,41	30.830	4,03	32.177	4,21	7.499	0,98
1999	912.056	731.249	80,18	9.704	721.545	193.381	26,80	243.917	33,80	210.672	29,20	4.686	0,65	41.960	5,82	18.993	2,63	7.906	1,10
2002	920.100	771.855	83,89	9.257	762.598	340.185	44,61	281.965	36,97	73.540	9,64	7.269	0,95	53.011	6,95	6.628	0,87	---	---

Wahlber. = Wahlberechtigte; WB % = Wahlbeteiligung in %

zusammengestellt von Isabella Poier

1 1949 und 1953: WDU

2 1953: Wahlgemeinschaft Österreichische Volkspopposition

3 1983: VGÖ-Stimmen (12.195 / 1,55 %) bei „Sonstige“ enthalten.

1990: VGÖ-Stimmen (8.818 / 1,11 %) bei „Sonstige“ enthalten.

Leserbrief

Es ist unüblich, dass im Politicum Leserreaktionen auf Beiträge in der vorangegangenen Ausgabe publiziert werden. Ausnahmsweise und auf besonderen Wunsch veröffentlichen wir nachstehenden Text von Professor Kurt Dieman-Dichtl, wobei wir Wert auf die Feststellung legen, dass Herausgeber und Redaktion für Form und Inhalt keine Verantwortung übernehmen und sich auch nicht damit identifizieren. Die Veröffentlichung erfolgt nach dem Prinzip einer offenen Auseinandersetzung in einem breiten Meinungsspektrum. In diesem Sinne der Pluralität hatte die Redaktion auch bewusst Andreas Mölzer um seinen Beitrag im Politicum „Migration“ gebeten.

„Blick' ich umher in diesem edlen Kreise, welch hoher Anblick macht mein Herz erglüh'n...“

Wolfram von Eschenbachs Lobpreis in Wagners „Tannhäuser“ passt nicht mehr ganz zur Reihe der Autoren, die im Organ des „Steirischen Institutes für Politik und Zeitgeschichte“, „Politicum“, gewöhnlich zu schreiben Gelegenheit finden. In der Ausgabe Nr. 91 taucht plötzlich der mit allerlei politischen Hypothesen belastete Name Andreas Mölzer auf. Die offensichtliche Einmaligkeit dieser Tatsache lässt die Spekulation, „Sage mir, wen du für dich schreiben lässt, und ich sage dir wer du bist“, nicht hochkommen.

Zur Bekräftigung dessen, scheint es angebracht, ein Bild des Zufallsautors, der einen Beitrag zum Thema der „Politicum“-Ausgabe „Migration und Integration“ schrieb, zu zeichnen. Dieses Bild würde gewiss Wolframs Jubelruf nicht herausfordern: „Und sieh, mir zeigt sich ein Wunderbrunnen, in den mein Geist voll hohen Staunens blickt...“. Zunächst in groben Strichen ein paar Lebensdaten, die bereits auf einige später dargelegte Lebensdaten des Andreas Mölzer hinweisen.

Zunächst studierte der 1952 Geborene in Graz Geschichte und Volkskunde, ohne freilich seine Studien jemals abgeschlossen zu haben. Im schlagenden Studentencorps „Vandalia“ – welch treffender Name! – empfing Mölzer die höheren Weihen eines Altdeutschfaschierers, in Gestalt zünftiger Schmissee über Backe und Nasenspitze; hier erwarb er auch die Grundlagen seiner deutschdümmlerischen Ausrüstung. Journalistisch trat er schon damals in

der Rechtsaußenpresse Österreichs und Deutschlands auffällig in Erscheinung. Dabei gerierte er sich als eifriger Fürsprecher für das „Urgestein“ des sogenannten „Dritten Lagers“, den einstigen SA-Führer und altgedienten FPÖ-Politiker Otto Scrinzi.

1983-1990 war Mölzer in der „Schriftleitung“ des Zentralorgans aller noch verbliebenen Anhänger einer überwunden geglaubten Ideologie, „Aula“ genannt, tätig. Fünf Jahre lang war er dann Chefredakteur der FPÖ-Zeitung „Kärntner Nachrichten“. Seine unter dem Pseudonym „Noricus“ erschienenen Beiträge, erweckten bereits die förderliche Aufmerksamkeit von Österreichs größtem Zeitungsmacher Hans Dichand. 1987 wurde gegen die „Kärntner Nachrichten“ ein Verfahren wegen Verdachtes der „Nationalsozialistischen Wiederbetätigung“ eingeleitet. Chefredakteur Mölzer wurde von der Bundespolizeidirektion Klagenfurt einvernommen und in einem Verwaltungsstrafverfahren, wegen Übertretung nach Artikel 9 Abs. 1 Z.7 EGVG zu einer Geldstrafe von ATS 3000 verurteilt. 1989 kandidierte Mölzer auf der FPÖ-Liste für den Kärntner Landtag, ohne jedoch den Einzug zu schaffen.

Ein Jahr später gab Mölzer das Jubelbuch „Jörg – der Eisbrecher“ heraus. Der Gepriesene bedankte sich 1991 mit der Berufung seines Laudators zum „Grundsatzreferenten“ in der Bundesparteientrale der FPÖ; im Rahmen des „Freiheitlichen Bildungswerkes“ wurde Mölzer als Betreuer des „historischen und ideologischen Schrifttums der FPÖ“ installiert. Gleichzeitig erhielt er ein Bundesratsmandat, das er, zwei Jahre später, wieder verlor. Freund Haider tröstete ihn mit einer Nationalratskandidatur, die er dann doch nicht für angebracht hielt, weil er (Haider), in Hinblick auf die beabsichtigte Stimmenmaximierung, von allzu übertriebener Deutschdümmelei abrückte. Unbeschadet des „Wortbruches“ seines „Eisbrechers“, setzte Mölzer seine journalistischen Tätigkeiten eifrig fort. Dazu kamen zahlreiche Auftritte als Redner und Referent in deutschen Vereinigungen, die wiederholt ins Visier des Verfassungsschutzes gerieten. Beispielsweise trat Mölzer im Herbst 2002 in Frankfurt/Main, gemeinsam mit Franz Schönhuber, bei einer Veranstaltung der Zeitschrift „Nation und Europafreunde“ auf, die vom Deutschen Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingestuft wird. Aus Anlass der Wiedervereinigung Deutschlands veröffentlichte Andreas Mölzer 1991, nach lyrischen Hervorbringungen ohne literarische Rele-

vanz, ein Buch mit dem verräterischen Titel „Und wo bleibt Österreich?“. Diesem „Hauptwerk“ des Autors den Untertitel „Mein Kampf“ beizufügen, mag nicht gewagt erscheinen! Schon im Vorwort bekennt sich Mölzer zu einer „Deutschen Kulturnation“, in die er Österreich selbstverständlich mit einbezieht. Im ersten Kapitel „Deutschland – und ich bin nicht dabei“ – nimmt er alle Kernaussagen des Buches wie folgt vorweg: „Das ganze deutsche Volk hat sich nun in freier Selbstbestimmung in einem Staatswesen vereinigt. Seltsam nur, daß ich nicht dabei bin. Logischerweise gibt es da nur zwei Möglichkeiten: Entweder ich gehöre nicht zu diesem ‚ganzen deutschen Volk‘, bin also kein Deutscher, oder es war nicht das ‚ganze deutsche Volk‘.“

Dann schreibt der „Zwangsentdeutsche“ von den „nationalen Sehnsüchten der Deutschen“ und sieht die „Österreicher dem austriakisch-nationalen Sonderweg überlassen“. Das Epitheton „austriakisch“ führt Mölzer gern in Mund und Feder, um alles Österreichische herunterzumachen. Selbstverständlich hält er sich in seinen Kronenzeitungskommentaren in dieser Hinsicht zurück. Vor Hans Dichand kann man doch nicht die „Katze“ aus dem Sack lassen! Die „germanophoben Verfechter einer eigenständigen österreichischen Nation“ werden von ihm mit einer „deutschen Frage“ konfrontiert, die sich in keiner Weise stellt, am wenigsten in der von Mölzer behaupteten Form. Inzwischen ist Andreas Mölzer zum ständigen „Hintergrund“-Kaffeesudleser der „Kronenzeitung“ aufgestiegen. Dass seine Kolumne „braungetönt“ ist, liegt natürlich an der Farbe des Kaffees!

Mit radikaler Konsequenz reklamiert Mölzer in seinem Buch die Österreicher als „Deutsche“. Den Ruf der Leipziger Demonstranten von 1989, „Wir sind ein Volk“, deutet der „Antiaustriake“ als „Kampfanzeige an die Verfechter des Status quo von 1945“. Dieser Status ermöglichte immerhin das Wiedererstehen eines selbständigen Österreich! Natürlich bejammert Mölzer auch die „seit mehr als vier Jahrzehnten geübte Welle der nationalen Identitätsverweigerung Österreichs“. Er spricht sich auch dagegen aus, die „politische, wie geistige Kleinstaaterei, wie sie nach 1945 zur eigentlichen Staatsräson Österreichs geworden ist, aufrecht zu erhalten“. Wien bezeichnet er als „deutsche Stadt“, und in einem eigenen Kapitel seines Buches erklärt er unumwunden: „Dem mitteleuropäischen Kleinstaat Österreich, der immerwährenden neutralen Alpen-

republik, die 1945 bekanntlich aus der Weltgeschichte allgemein, im speziellen aber aus der deutschen Geschichte ausgestiegen war, sollte endlich eine weitere Perspektive eröffnet werden.“ Welche Perspektive damit gemeint ist, bedarf nach dem bisher Gesagten keiner weiteren Erklärung.

Nach seinem Rückzug aus der „Aula“ (1995), wurde Andreas Mölzer Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der vom deutschen Verfassungsschutz bescheinigt wird, dass sie „zur Erosion der Abgrenzung zwischen Demokraten und Rechtsextremisten beitrage.“ 1997 wurde Mölzer Chefredakteur der aus der „Neuen Freiheit“ hervorgegangenen Wochenzeitung „Zur Zeit“. Hauptaufgabe dieses Blattes ist der „Brückenschlag“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, „Nationalen“ (Deutschnationalen, nicht Österreichischnationalen) und Katholiken. Seit der Regierungsbeteiligung der FPÖ erhält das Mölzerblatt über ATS 800.000 jährliche Presseförderung.

In alter Brückenbauertradition der „nationalen“ Säulenheiligen, Edmund Glaise-Horstenau, Arthur Seiß-Inquart, Anton Rintelen, Bischof Hudal und Tarras von Borodajkewycz, dienen Andreas Mölzer als Mitherausgeber seines Blattes die „Renommierkatholiken“ Botschafter Johann Josef Dengler, aus dem Lager der ÖVP und des CV, sowie FPÖ-Bundesrat John Gudenus. Mit von der Fördererpartie sind auch der ehemalige Mocksekretär Herbert Vytiska und – indirekt wohl auch – der St. Pöltener Bischof Kurt Krenn, der seinen „Pressesprecher“ Michael Dinohobel (vormals Sekretär von Kardinal Groer) wiederholt in der Mölzer-Zeitung „Zur Zeit“ schreiben ließ. Vytiska schleuste auch seinen ehemaligen Chef, den gleichviel ehren- wie bedauernswerten Alois Mock, als Autor in „Zur Zeit“ ein. Vytiska lukrierte einträgliche Inserate für das Mölzerblatt bei führenden Regierungs- und Landesinstitutionen. Auf „Klingelbeuteltour“ im vorderen Orient (Libanon) befand sich Mölzers Verlagsleiter, Walter Tributsch. Hauptziel der Mölzerzeitung ist der Kampf gegen „Multikultur“ und für das „Kulturdeutschtum“, dem selbstverständlich auch Österreich zugeordnet wird. Zur redaktionellen Praxis gehört es unter anderem, Zitate zu verfälschen, wenn es gilt, das Bekenntnis zur österreichischen Nation auf ein solches bloß zum österreichischen Staat zu reduzieren. Dies entspricht haargenau der Auffassung des Mölzer-Hintermannes Jörg Haider, der die österreichische Nation als „Missgeburt“ zu erklären beliebte.

Einen Glanzpunkt in der Geschichte von „Zur Zeit“ setzte der „Oberkatholik“, ehemalige Maltesergesandte und Heiligenkreuzer Stiftshochschulprofessor DDDr. Robert Prantner, indem er die Ritualmordlegende um den „Anderl von Rinn“ auf dem Spirituskocher seiner vorkonziliaren Theologie aufwärmte. Prantner hat im Zusammenhang damit seine öffentlichen Ämter verloren.

Ende Jänner 2001 wurde der „Zur Zeit“-Autor Hans Gamlich, wegen „Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz“ verurteilt. Er hatte Hitler einen „großen Sozialrevolutionär“ genannt. Wie singt doch Wolfram von Eschenbach: „Da blick’ ich auf zu einem nur der Sterne, der an dem Himmel, der mich blendet, steht...“. Mölzer zog sich nach der Gamlich-Affäre kurzfristig aus der Chefredaktion zurück: „Nordische List“, möchte man fragen? Anschließend wurde er mit der hochdotierten Funktion eines „Kulturberaters“ der Kärntner Landesregierung und ihres Landeshauptmannes betraut. Nach baldiger Rückkehr auf den Chefredakteursessel, schreibt Mölzer in der eigenen Zeitung auch unter dem Pseudonym „Norbert Niemann“. In einem so gezeichneten Beitrag forderte er ungeniert ein „Ende der Vergangenheitsbewältigung“.

Zur Wahlniederlage der FPÖ in Wien, die bereits den Zusammenbruch vom 24. November 2002 ankündigte, meinte ein Gerhard Sailer in der Mölzerzeitung, dass daran nicht Haiders antisemitische Attacken Schuld gewesen wären. Sailer meint viel-

mehr, dass „die verabreichte Dosis noch zu gering gewesen sei“. Hauptverantwortung für eine solche Ungeheuerlichkeit tragen selbstverständlich die Herausgeber und der Chefredakteur. Dies ist, im Hinblick auf Mölzers Mitarbeit am „Politicum“, ausdrücklich festzuhalten. Nach der FPÖ-Niederlage bei der jüngsten Nationalratswahl, forderte Mölzer im Fernsehen, wo er immer wieder auftreten darf, eine „weltanschauliche Erstarkung“ seiner Partei. Was er unter „Weltanschauung“ versteht, geht aus all dem Gesagten, unmissverständlich hervor.

In seinem „Politicum“-Artikel, unter dem auch wieder verräterischen Titel „(K)einwanderungsland Österreich“, wendet sich Andreas Mölzer gegen die „frühe Multi-Kulti-Sentimentalität“ und führt als „Musterbeispiel“ das Lied „Griechischer Wein“ von Udo Jürgens an. In diesem Lied wird bekanntlich das Heimweh eines griechischen Gastarbeiters besungen. Ein solches Heimweh gilt Andreas Mölzer wenig, weil er nur ein Heimweh kennt, das Heimweh nach Deutschland. Die Krone seiner Aussagen bildet seine Klage über das „ach so tolerante Naturell des Homo Austriacus“. (Warum nicht ungeniert der „Austriaken“?) Toleranz gehört nicht zuletzt zu jenen hohen ethischen Werten, von denen Wolfram von Eschenbach in seiner Ansprache auf der Wartburg kündigt: „Ihr Edlen, mögt in diesen Worten lesen, wie ich erkenn’ der Liebe reinstes Wesen.“

Commendatore Prof. Kurt Dieman-Dichl

Autorenverzeichnis

- Mag. Claus Albertani
Redakteur der Tageszeitung „Kleine Zeitung“
- Dr. Warnfried Dettling
lebt als freier Autor in Berlin und im Waldviertel
- Mag. Christopher Drexler
Abgeordneter der Volkspartei zum Steiermärkischen Landtag
- Herwig Hösele
Präsident des Bundesrates
- Waltraud Klasnic
Landeshauptmann der Steiermark
- Dr. Reinhold Lopatka
Klubobmann der Volkspartei im Steiermärkischen Landtag
- Dr. Wolfgang Mantl
o.Univ.Prof. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaften und Verwaltungslehre der Universität Graz
- Dr. Klaus Poier
Univ.Ass. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaften und Verwaltungslehre der Universität Graz
- Alexander Purger
Redakteur der Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“
- Hans Rauscher
Kolumnist der Wochenzeitung „Format“ und der Tageszeitung „Der Standard“
- Claus Reitan
Chefredakteur der „Tiroler Tageszeitung“
- Dr. Bernd Schilcher
o.Univ.Prof. i.R. am Institut für Zivilrecht, Ausländisches und Internationales Privatrecht der Universität Graz
- Dr. Andreas Schnider
Univ.Doz., Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Mitglied des Bundesrates
- Hermann Schützenhöfer
Landesrat der Volkspartei in der Steiermärkischen Landesregierung
- DDr. Hubert Sickinger
Wissenschaftler am Institut für Konfliktforschung in Wien
- Dr. Andreas Unterberger
Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“
- Hubert Wachter
Redakteur der Wochenzeitung „NEWS“
- Mag. Judith Wilhelm
Dissertantin am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaften und Verwaltungslehre der Universität Graz

Wissenschaftlicher Beirat

Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher (Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching (stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Norbert Pucker (stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Kurt Salamun (stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Alfred Ableitinger
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek
Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch
Prof. Dr. Renate Kicker
Univ.-Prof. Dr. Grete Walter-Klingenstein
Prof. Dr. Karl A. Kubinzky
Univ.-Prof. Dr. Yvonne Luisi-Weichsel
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mantl
Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold
Hon.-Prof. Dr. Bernhard Pelzl
Univ.-Prof. Dr. Johannes W. Pichler
Univ.-Prof. Dr. Walter Pieringer
Univ.-Ass. Dr. Klaus Poier
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack
Univ.-Prof. Dr. Wolf Rauch
Univ.-Prof. DDr. Willibald Riedler
Mag. Wolfgang Schinagl
Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer
Univ.-Prof. DDr. Ota Weinberger
Univ.-Prof. Dr. Kurt Weinke
Univ.-Prof. Dr. Heimo Widtmann
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Zach

Politicum 92

Schriften des Steirischen Instituts für Politik und Zeitgeschichte
Jänner 2003/23. Jahrgang

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein für steirische Politik und Zeitgeschichte
Karmeliterplatz 6, 8010 Graz

Redaktion dieser Nummer: Klaus Poier, Judith Wilhelm

Druck: Medienfabrik Graz

Bestellungen: Steirisches Institut für Politik und Zeitgeschichte
Karmeliterplatz 6, 8010 Graz

ISSN 1681-7273 Politicum (Graz)